

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



24. Oktober 1981
Jg. 2 Nr. 22

G 7756 D Preis:
2 DM



"Guten Flug, Esser. Ich hoffe, die Opferbereitschaft der Bundesbürger zahlt sich für Sie aus."
"Unsere Kapitaleinsätze pflegen sich in der Regel zu rentieren, lieber Graf."



CDA: Vorwärts zum Familienglück!
Norbert Blüm und die CDU machen's möglich
Seite 3



Lohnbewegung 1981/82: Reallohnverteidigung möglich, Bedeutung des Kampfes um Arbeiterrechte nimmt zu
Seite 7



„Der unvergessene Krieg“: Reaktion warnt vor „Desorientierung“ durch Filmserie
Seite 36

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,00 DM

Inhalt

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| <i>CDA: Vorwärts zum Familienglück! Norbert Blüm und die CDU machen's möglich</i> | Seite 3 |
| Franz Josef Strauß zur Rolle der BRD in der Weltpolitik | Seite 4 |
| Helmut Kohls „christlicher Realismus“: Krieg „um des rechten Friedens willen“ | Seite 5 |
| <hr/> | |
| <i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i> | Seite 6 |
| <i>Lohnbewegung 1981/82: Reallohnverteidigung möglich, Bedeutung des Kampfes um Arbeiterrechte nimmt zu</i> ... | Seite 7 |
| <i>Südafrika: Streiks gegen Werk von Mercedes Benz</i> | Seite 7 |
| <i>Niederlande: Kapitalisten im Angriff, was macht der FNV?</i> | Seite 8 |
| <i>EWS-Währungsbeschlüsse: „DM rauf“ — Fortschritte bei der Einigung Europas unter BRD-Fuchtel</i> | Seite 8 |
| <i>AfG-„Konsolidierung“: Verschärfung der Zumutbarkeit</i> | Seite 9 |
| <i>Demonstration 10.10.: Nationale Interessen der BRD? — Seite Politiker unterbreiten Vorschläge</i> | Seite 10 |
| <i>Theaterbeschäftigte: Opernchorsänger fordern 1½ Tage frei</i> | Seite 11 |
| <i>Haushalt 82: Neue Dimensionen bei „Sparen“ und Rüsten</i> | Seite 12 |
| <i>BRD-Direktinvestitionen: Frankreich und England überundet — jetzt „weltweite Industrien“ mit Europa „als Basis der weltweiten Aktivitäten“</i> | Seite 13 |
| Stellungnahmen der Gewerkschaften zum Kapitalexport | Seite 14 |
| Siemens: Monopolisierung und Kapitalexport | Seite 16 |
| Gesetze und Verordnungen der Bundesregierung zur Förderung des Kapitalexports | Seite 17 |
| <hr/> | |
| <i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i> | Seite 18 |
| <i>Untere Lohngruppen: Fuba-Betriebsrat erreicht 170 Höhergruppierungen</i> | Seite 19 |
| <i>Wohnungsbau: Senkung der Wohnqualität angestrebt</i> .. | Seite 19 |
| <i>Startbahn West: Hessische Landesregierung gerät unter Druck</i> | Seite 20 |
| <i>Studentenprozesse: Amnestie für Heidelberger Studenten!</i> | Seite 21 |
| <i>Gewerkschaftsjugend: Gegen Kriegsvorbereitungen und Sparhaushalt</i> | Seite 21 |

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| <i>Maschinenbau: Benteler will 175 Arbeiter entlassen — Betriebsrat befürchtet Schließung</i> | Seite 22 |
| Benteler-Strategie | Seite 22 |
| <i>NRW: Kürzungen bei Privatschulen</i> | Seite 23 |
| <i>§ 99 StGB: IGM-Gewerkschaftssekretär verfolgt</i> | Seite 23 |
| <i>Asylrecht: Fertigessen statt Sozialhilfe in bar</i> | Seite 24 |
| <i>Manteltarifvertrag: HBV Bayern beantragt Schlichtung</i> .. | Seite 24 |
| <i>IG Metall: Vor 25 Jahren die Lohnfortzahlung im Streik erkämpft. Die Rektion will sie abschaffen</i> | Seite 25 |
| Dokumente der IG Metall zum Streik 1956/57 | Seite 26 |
| Stichwort Lohnfortzahlung | Seite 27 |
| <hr/> | |
| <i>Internationale Nachrichten</i> | Seite 28 |
| <i>Jugoslawien: Wirtschaftskrise: Aus eigener Kraft die Unabhängigkeit sichern</i> | Seite 29 |
| <i>UdSSR: Kamawerk erreicht geplante Leistung</i> | Seite 29 |
| <i>Italien: Streiks gegen Haushalt und Lohnsenkung</i> | Seite 30 |
| <i>USA: Alles für den „Geist des Unternehmertums“!</i> | Seite 30 |
| <i>Irland: Ergebnisse des Hungerstreiks</i> | Seite 31 |
| <i>Brasilien: Militär gegen Landbesetzungen</i> | Seite 31 |
| <i>Ägypten: Keine Trauer um Sadat, aber die Volkskräfte müssen sich erst noch sammeln</i> | Seite 32 |
| Geschichte und Programm der Moslembrüderschaft ... | Seite 33 |
| <hr/> | |
| <i>Aus Kultur und Wissenschaft</i> | Seite 34 |
| <i>Polnischer Film: Wajdas Kampf um authentische Berichterstattung über die Geschichte der Arbeiterbewegung</i> | Seite 34 |
| Malkos fünfzigste Nummer | Seite 34 |
| Sehnsucht nach der Besiegung Preußens | Seite 34 |
| Iwan Tschonkin, Eine Satire | Seite 35 |
| <i>Katholische Soziallehre: Laborem exercens: Papst proklamiert Ewigkeit des Lohnsystems</i> | Seite 35 |
| <i>„Der unvergessene Krieg“: Reaktion warnt vor „Desorientierung“ durch Filmserie</i> | Seite 36 |
| <i>Geschichte der Werkzeugmaschinen: Auch kein Ruhmesblatt für die deutsche Bourgeoisie</i> | Seite 37 |
| Haushaltseinkommen aus Nettolohn und aus Transferleistungen | Seite 38 |
| Entwicklung der Einnahmen des Arbeiterhaushaltes 1980 — 1982 | Seite 39 |

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 — 12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13 — 17) Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 — 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28 — 33): Ulrich Grothus; für Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge (S. 34 — 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

Vorwärts zum Familienglück! Norbert Blüm und die CDU machen's möglich

Erstes Ziel der Unionspolitik dieser Monate ist, der christlich konservativen Richtung einen gesellschaftlichen Rückhalt zu schaffen, der einem Kabinett aus Kohls und Biedenköpfen mehr möglich macht, als bloß die Labung untergeordneter Parteifunktionäre mit Posten und Planstellen.

Die Unionspolitiker wollen die Macht. Sie wollen das Recht, der ganzen Bevölkerung ihr Schema konservativer Vorstellungen durch Einsatz staatlicher Gewalt aufzwingen zu können. Die Politiker der Unionsparteien haben in den letzten Jahrzehnten lernen müssen, daß das bloße Haben von parlamentarischen Mehrheiten und der nackte Berechtigungsschein für Anwendung staatlicher Gewalt keineswegs ausreichen, um die Perspektiven konservativer Politik zur unabänderlichen Realität zu machen. Sie mußten ja erleben, daß die Unterdrückung der Bewegungen der Arbeiter, aber auch der Studenten, der Schüler ganz leicht zu einer Schwächung der Regierungsparteien führen kann. So erging es der Union unter Erhard, dem unvergessenen Bundespräsidenten Lübke und Kurt Georg Kiesinger.

Die Rückkehr der Union auf die Kommandobrücken des westdeutschen Staatsschiffes wird deswegen entweder auf ihrer Fähigkeit beruhen, die entrechteten Klassen der kapitalistischen Gesellschaft im Kampf um ihre Interessen zu lähmen, ihre Widerstandskraft zu unterminieren und zu zersetzen, oder aber sie wird tatsächlich nicht viel zu bedeuten haben. An der Entwicklung der einschlägigen Fähigkeiten arbeitet die Union verbissen seit Jahren, in jünster Zeit sogar fieberhaft.

Die Tagung der Sozialausschüsse der CDU, der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft CDA, zog so großes öffentliches Interesse auf sich, weil die gewerkschaftliche organisierte Arbeiterbewegung, ihre Kampfkraft und ihre politischen Möglichkeiten das Haupthindernis für ein Austoben konservativer Ideologie und reaktionärer Politik darstellen und weil die CDA nun einmal das Fraktionsinstrument der CDU in der Gewerkschaftsbewegung ist.

Der Parteitag der CDU, er findet im November statt, wird von Norbert Blüm die Meldung entgegennehmen können, man habe auf dem Mannheimer CDA-Kongreß ein Fanal entzündet, an dem sich eine große Zahl christ-

licher Arbeitnehmer wärmen könne. Die Strategie und Taktik, die für die Spaltertätigkeit der CDA erdacht und auf deren Mannheimer Kongreß verabschiedet wurde, ist nämlich ziemlich umfassend. Das System dieser Strategie und Taktik besteht in einem zunächst ganz rückhaltslosen Eintreten für die Belange der durch die kapitalistischen Verhältnisse am übelsten geknechteten Teile der Bevölkerung, aus welchem dann regelmäßig ein Angriff

CGB-Gewerkschafter. Die CDU organisiert ihr Einwirken auf die DGB-Gewerkschaften also nicht nur fraktionsmäßig, sondern hat nicht nur ein Pferdchen laufen, sondern mehrere. Ihre Einflußbildung auf den DGB ist durch dauernd wirksame Spalterstellungen flankiert. Die Kanäle, durch die im Bedarfsfalle Mittel in diese Spalterunternehmungen zu leiten wären, sind jedenfalls gegraben. Hinsichtlich der CGB-Arbeitsgemeinschaft heißt's im

Norberta Blüm demonstriert die preiswerte Herstellung von Nestwärme



auf Interessen der ganzen Arbeiterbewegung, wenn auch windschief, so doch einigermaßen plausibel entwickelt wird.

Wer hätte den Aufschrei der Gewerkschaftsbewegung vergessen, als Strauß im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes sich gegen den Gedanken der Einheitsgewerkschaft wandte mit dem Ziel, deren Spaltung populär zu machen? Norbert Blüm zog damals vor, seine Hände in Unschuld zu waschen wie nur je ein Pontius Pilatus. Aber ein Blick in den Geschäftsbericht der CDA belehrt jeden eines Besseren. Die CDA unterhält nicht nur eine Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer DGB-Gewerkschafter, sondern auch eine Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer DAG-Gewerkschafter, eine Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer DBB-Gewerkschafter (Deutscher Beamtenbund) und eine Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer

Geschäftsbericht lakonisch: „Im Berichtszeitraum fanden keine Sitzungen statt. Jedoch ist vorgesehen, im Oktober 1981 eine Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft durchzuführen mit dem Ziel der Neubelebung dieser Arbeit.“

Der CDA-Bundeskongreß machte öffentliches Aufsehen hauptsächlich wegen der andächtigen Bemerkungen Norbert Blüms über die von ihm so genannte Mutterarbeit. Tatsächlich peilen die Sozialausschüsse mit der einschlägigen Propaganda sehr einschneidende Änderungen der Lebensverhältnisse der lohnabhängigen Massen an. Die Unfähigkeit der Sozialdemokratie zur Beseitigung der kapitalistischen Beschäftigungskrisen liegt heute auf der Hand. In Zeiten solcher Beschäftigungskrisen kommt spontan der Solidarverband der Familie stärker ins Bewußtsein. Im bürgerlichen Lager sieht man in der Notlage der Familien eine Chance zur weiteren Lohnsenkung. Wie soll das funktionieren?

In den langen Jahren des Arbeitskräftemangels waren die Kapitalisten stark interessiert an allem, was die Verwandlung von Reproduktionszeit der Arbeiterbevölkerung in Arbeitszeit für die Kapitalisten ermöglicht. Das hatte gewisse Folgen für den Lohnstandard und den Standard an öffentlichen Leistungen. Der Anspruch der Kapitalisten, passende Arbeitskräfte jederzeit am passenden Ort haben zu können, führte zu einer Zerlegung der Verwandtschaftsverbände, die Mobilität führte zu einer Instabilisierung selbst der engsten Familienverhältnisse. Die Übernahme von vorher weithin noch im Rahmen der Familie erledigten Aufgaben der Reproduktion durch zumeist staatliche Institutionen beziehungsweise durch staatlich kontrollierte Versicherungen führte zu schweren Widersprüchen bei der von der damit verbundenen Bevormundung betroffenen Bevölkerung. An der demagogischen Ausnutzung dieser Widersprüche arbeitet die Union seit Jahr und Tag und man kann schon sagen Tag und Nacht.

Die Christlich Soziale Arbeitnehmerschaft wendet sich nun dem folgenden Problem zu: Die ansonsten so erfolgreiche Kritik am staatlich bevormundeten Schul- und Erziehungswesen fand und findet naturgemäß bei jenen keinen sonderlichen Anklang, deren Einkommen und verfügbare Zeit überhaupt nicht ausreicht, um unter den gegenwärtigen Umständen derartige Aufgaben in Familienregie wahrzunehmen.

men. Also muß etwas geschehen. Die Vorstellung der Sozialausschüsse ist: Wiederbelebung der Familie durch staatliches Zuschußwesen. Das läßt sich lyrisch und in Kritik der zerstörenden Wirkung der kapitalistischen Gesellschaft auf die Familie begründen, da läßt sich aber gleichzeitig ein Geschäft zu Gunsten der Kapitalisten abschließen. Man denke sich eine Familie, bestehend aus einem vierzigjährigen Mann, einer gleichaltrigen Frau, einer zwanzig Jahre alten Tochter und einem neunzehnjährigen Sohn. Mit wie wenig Geld könnte diese Familie doch auskommen, wenn sie zusammenlebte? Wie niedrig könnte die Rente sein, wenn noch die Oma in derselben Wohnung hauste? Verglichen mit dem Geldbedarf derselben Leute, etwa als fünf selbständige Haushalte gedacht, würde vielleicht die halbe Summe immer noch hinreichen.

In Erwägung dieses großen Reservoirs für Lohnsenkungen vermag die CDA freilich einen strammen Kritikurs gegen Erscheinungen der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeitskraft zu fahren. Man verlangt das Verbot der Arbeit bei Nacht und in Schichten, ja sogar das Verbot der Überstunden. Man verlangt eine einschneidende Änderung bei der Arbeitsintensität: „Die Vermenschlichung der Erwerbsarbeit ist eine Forderung für die Familie. Denn sie trägt die Last, wenn die Familienmitglieder von der Arbeit ‚kaputt‘ nach Hause kommen. Umgekehrt wür-

de ein Betrieb nicht akzeptieren, wenn Arbeitnehmer wegen besonderer familiärer Belastungen ‚kaputt‘ zur Erwerbsarbeit kommen.“ Aber keine Sorge, ihr Kapitalisten, das ist nur fürs Herz. Am Gartenzaun der Familienidylle steht nämlich: Heimarbeit!

„Neue Informationssysteme und Technologien bieten die Möglichkeit, wieder zu kleineren Produktionseinheiten zurückzukehren und Erwerbsarbeitsplätze in der Nähe des Wohnbereichs und eventuell ins Heim zu verlagern.“

Das war was! Urahn, Ahn, Mutter und Kind, alle beim Lötzen zusammensind! Und keine einzige Stunde würde mit Fahrtzeit vergeudet! Und damit's recht ordentlich nestwarm wird: „Das Baurecht muß so reformiert und gehandhabt werden, daß in stärkerem Maße individuelle und originelle Wohnformen möglich werden.“ Klar, wenn man die Zimmerdecken noch niedriger hängt, als gegenwärtig schor der Fall, originell ist das immer.

Der ganze Sums mit der nötigen Hörschätzung der Mutterarbeit verfolgt den Zweck, materielle Anreize zur Gruppierung der Arbeiterbevölkerung in Sippschaftsverbänden zu schaffen. Innerhalb dieser würde dann für kaum ein Familienmitglied der Lohn bzw. das Versicherungseinkommen zum Unterhalt einer selbständigen Existenz ausreichen. Aber alles wäre unheimlich schön nestwarm. Wird sich nicht die Mutter- oder auch Vaterbindung der Kinder am innigsten entwickeln, wenn

Franz Josef Strauß zur Rolle der BRD in der Weltpolitik

Franz Josef Strauß, einer der wichtigsten Politiker des christlich-konservativen Lagers, ist bekannt dafür, „kein Blatt vor den Mund“ zu nehmen. In einer „Analyse der weltpolitischen Situation“ (1) kommt er zu einigen Aussagen, die ungefähr über die zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik der Unionsparteien eine Vorstellung vermitteln.

Strauß geht davon aus, daß „für den Gedanken der deutschen Wiedervereinigung die Idee der Bismarckschen Staatsschöpfung nach wie vor die entscheidende gewesen“ (S. 160) ist. Diese Bismarcksche Staatsschöpfung war für den deutschen Imperialismus Ausgangsbasis, um die Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten zu versuchen. Trotz gescheiterter Versuche und heute eingeschränktem Territorium soll die Verwirklichung der „Bismarckschen Staatsschöpfung“ erneut zum Ausgangspunkt für den Kampf um die Neuauflage der Welt gemacht werden

Strauß kündigt an, daß dabei auch die deutschsprachigen Länder vereinigt werden können unter der Knute des BRD-Imperialismus, wenn er feststellt: „Man kann nicht behaupten, daß Österreich weniger deutsch sei als Ostpreußen es gewesen ist.“ (S. 160)

Strauß definiert eine „europäische Sicherheit“, die es den westdeutschen Imperialisten ermöglicht, auf der ganzen Welt ihre Expansion wirtschaftlich zu betreiben und militärisch abzuschern: „Die Veränderungen an der Nordflanke und die Veränderungen im Mittelmeerraum und in Afrika können zu einer totalen Veränderung unserer Sicherheitslage führen, ohne daß ein Quadratcentimeter in Europa, wo die Fronten sich gegenüberstehen, den Besitzer zu wechseln brauchte. Und darum vertrete ich ja auch die Meinung, daß heute der Schutzauftrag der NATO – ich meine jetzt nicht die Entsendung von Truppen, sondern das politisch-militärische Verantwortungsgebiet der NATO – in seiner geographi-

schen Ausdehnung nicht so beschränkt bleiben kann, wie ursprünglich einmal unter ganz anderen technischen Voraussetzungen definiert worden ist.“ (S. 166)

Zweifelsohne kann am sichersten „politisch-militärische Verantwortung“ übernommen werden, wenn diese Länder im Mittelmeerraum und Afrika von Militärstützpunkten der NATO bedeckt und von Marionetten regiert werden. Beispiel hierfür ist etwa die Türkei, deren Militärregierung zur Herstellung der „Europäischen Sicherheit“ alle politischen Parteien verboten hat.

Die BRD wird jedoch im Rahmen des NATO-Bündnisses nur zu Höchstleistungen zur Verteidigung der „europäischen Sicherheit“ in der Lage sein, wenn einige im ersten und zweiten Weltkrieg entstandenen Vorurteile gegen die „Deutschen“ beseitigt werden. Strauß: „Sie (die USA d. Verf.) sind einem Irrtum erlegen, weil sie – wenn ich es jetzt vereinfachend sagen darf – als die einzigen möglichen Kriegsursachen der Menschheit und der Weltge-

sie wie früher auch im Elternschlafzimmer aufwachsen?

Konsequent macht sich die CDA stark für das Recht des einzelnen Arbeitnehmers, seine tägliche, jährliche, seine Lebensarbeit selbst und nach individuellem Interesse zu bestimmen. Teilzeitarbeit, Job-Sharing, flexible Altersgrenze. Auf diesem Wege kann ein Familienmitglied immerhin was dazuverdienen. Der Kapitalist kann das Arbeitstempo so hochschrauben, wie das eben für einen Vier-Stunden-Tag möglich ist. Wer das Tempo nicht mehr aushält, geht flexibel in Rente und paßt auf die Enkel auf, im Rahmen der Familie hat jeder seinen Platz.

Die modernisierte Form der Stunden- und Tagelöhnerarbeit, der Heimarbeit, läuft auf die Verwandlung der Lohnabhängigen in Familienabhängige hinaus. Die Verhältnisse in diesen Familien können nur patriarchalisch sein. Wer den größten Brocken beischafft, schafft auch an. Dafür allerdings haben die lohnabhängigen Frauen, die so erbittert kämpfen mußten, um sich überhaupt ein Stück weit aus der Abhängigkeit vom Ehemann zu lösen, Norbert Blüm bis jetzt keinen Dank gewußt. Vor der Gewerkschaftsbewegung liegt jetzt die allerdings spannende Aufgabe, die Kritik an den Folgen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit einer Kritik an den konservativen Vorstellungen vom Familienglück zu verbinden, denn sonst wird der Unsinn um sich greifen.

schichte – jedenfalls der letzten Jahrhunderte – die Deutschen und die Japaner gesehen haben ... Denn ich möchte sagen, Preußen und später Deutschland hatten und haben in Europa eine bestimmte Ordnungsfunktion für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts.“ (S. 168) Strauß versucht hier die Verbrechen des deutschen Imperialismus zu beschönigen und zukünftige Ordnungsmaßnahmen in Europa zu legitimieren.

Die Beanspruchung einer Ordnungsmacht in Europa ist nicht nur eine Aggressionserklärung gegenüber Osteuropa, sondern auch gegenüber den kleineren westeuropäischen Ländern. Strauß behauptet diese Rolle des europäischen Hegemons auch gegenüber dem US-Imperialismus, der vor allem Nutznießer des zweiten Weltkrieges war, wenn er ihnen einen „Irrtum“ bezüglich der Rolle Deutschlands in Europa vorwirft und sie ein wenig bei ihrer Rolle als Weltpolizist ablösen will.

Helmut Kohls „christlicher Realismus“: Krieg „um des rechten Friedens willen“

In wenigen Minuten von der Beteuerung, man wolle „als Christen“ Werke des Friedens tun, zu einer handfesten christlichen Begründung für imperialistischen Krieg zu kommen, ist ein Kunststück. Helmut Kohl hat es in der Bundestagsdebatte am 9.10. über die Bonner Demonstration unter dem Stichwort „christlicher Realismus“ fertiggebracht.

Als erstes muß dieser Sorte Realismus eine feste Heimstatt in der christlichen Diskussion verschafft werden: „(Es) ist richtig, ... daß gerade wir, die wir versuchen, unser Leben als Christen zu führen, Werke des Friedens tun wollen. Aber ich wende mich mit Entschiedenheit gegen diejenigen, die das Wort Gottes als Argumentensammlung für politische Auseinandersetzung mißbrauchen und die mit dem Anspruch „Wir wollen endlich mit der Bergpredigt ernst machen“ allen denjenigen, die für christlichen Realismus eintreten, unchristliche Gesinnung nachsagen.“

Das sei ganz unangebracht. Die christlichen Pazifisten würden „bestimmte Forderungen der Bergpredigt, so das Friedensgebot, absolut setzen.“ Dagegen kann sich die Allparteien-Rüstungskalition ausgerechnet auf das Gebot der – Nächstenliebe berufen: „Die Bergpredigt, die jetzt soviel zitiert wird, verlangt mit ihrer Aufforderung zur Nächstenliebe von uns christlichen Realismus.“

Der sieht so aus: „Der Christ kann seine persönliche Verantwortung gegenüber Familie, Staat und Welt nicht einfach überspielen. Er sieht sich in die Ordnung dieser Welt verwiesen, er muß in ihr wirken. In diesen Bereich des vom Heilshandeln Christi Relativierten gehört die Welt und das Handeln des Politikers. Als Politiker sind wir den Ordnungen dieser Welt verpflichtet ...“ Im Handumdrehen ist aus einer irdischen Ordnung, „in der“ (wo auch sonst?) der Christ wirken muß, eine Vielzahl von Ordnungen geworden, denen der christliche Politiker „verpflichtet“ ist, was ein kleiner, aber für den konservativen Dreh wesentlicher Unterschied ist. Die „Ordnungen dieser Welt“ sind nämlich durch das „Böse“ bedroht, welches sich sogleich vor allem als Bedrohung der bestehenden Eigentumsverhältnisse entpuppt. Kohl fährt fort, „... daß wir dem Bösen und der Zerstörung, der

Rechtsunsicherheit, der Anarchie wehren sollen. Der Christ, der in Verantwortung für seinen Nächsten steht, muß *widerstehen* können.“ Wem muß er widerstehen? Der „Rechtsunsicherheit“ und „Anarchie“, womit die Existenz von Armee, Polizei, Staatsanwälten und Zuchthäusern glücklich aus der „Verantwortung für den Nächsten“ hergeleitet ist.

Das „Heilshandeln Christi“ muß sodann als Begründung herhalten, warum die aus „christlichem Realismus“ geborene Militanz ausschließlich zur Aufrechterhaltung der bestehenden, nicht aber zur Herbeiführung anderer Verhältnisse zulässig ist. „Wir wissen um die Grenzen unseres Handelns, das nicht Heil schaffen, sondern Unheil verhindern soll. Das Heil ist uns nicht für diese Welt verheißen worden ... Als Politiker geht es uns um die Sorge für das Wohl des Landes und seiner Menschen.“

Obwohl auf diese Weise ziemlich weitgehende militärische Ziele nach außen wie brutale Unterdrückung jeder „Anarchie“ im Innern zu rechtfertigen sind, soll die Unterscheidung von „Heil“ und „Wohl“ beim Wählerpublikum der CDU/CSU den beruhigenden Eindruck hinterlassen, an eine direkte Neuauflage der düsteren Heils-Versprechungen des Faschismus sei nicht gedacht. Ziele und Mittel scheinen durch die Bindung an die bestehende, also immerhin bekannte, Ordnung begrenzt.

Damit ist freilich nicht gemeint, das Wohl der imperialistischen BRD „und ihrer Menschen“ könne nicht noch ein bißchen Ausdehnung „nach draußen in die Welt“ vertragen. Der – noch – in Europa herrschende Frieden ist nämlich nicht „recht“. Dazu führt Kohl – „und dieses Zitat gehört in diese Stunde“ – folgende bemerkenswerte Äußerung des evangelischen Theologen K. Barth aus dem Jahre 1938 an: „Um des rechten Friedens willen darf die Kirche dem Staat nicht wehren, das Schwert zu führen. Die Diktatur ist als solche die Bedrohung des rechten Friedens, und Bedrohung des rechten Friedens durch Diktatur heißt: durch jede Diktatur, ob es eine braune oder eine rote Diktatur ist. (Beifall bei der CDU/CSU)“ Könnte dem drohenden „Unheil“ aus dem Osten nicht ein für allemal durch „das Schwert“ vorgebeugt werden?

(1) Konservative Bilanz der Reformjahre, Würzburg 1981, L. Bossle (Hg)

ZK der PVAP geht gegen „Solidarität“ vor

Das Zentralkomitee der PVAP, dessen 10. Vollversammlung am 16.10. begann, hat einen „Appell an die Werktätigen in Stadt und Land“ gerichtet, in dem es zur Einstellung aller Streikaktionen aufruft mit dem Argument: „Kein vernünftig Denkender sät den Ast ab, auf dem er sitzt.“ Darüber hinaus verabschiedete das ZK einen elf Punkte umfassenden Beschluß. Um die von der polnischen Arbeiterbewegung 1980 erkämpften Errungenschaften, insbesondere freie Samstage, das Streikrecht und die Bildung unabhängiger Gewerkschaften aufzuheben, plant das ZK die Neuverhandlung des Abkommens von Gdansk. Die Gewerkschaft Solidarität hat diesen Angriff zurückgewiesen. Die PVAP will die baldige, angeblich befristete Aussetzung des Streikrechts durch Antrag ihrer Fraktion im Sejm durchsetzen. Die Aufhebung der freien Samstage

hat sie in die Form einer Aufforderung gekleidet. Um die Steigerung der Produktion gegen die Gewerkschaftsbewegung durchzusetzen, hat das ZK Vorbereitungen getroffen, einen Krieg gegen die Arbeiterbewegung zu führen. Es hat den seit einem Jahr amtierenden 1. Sekretär des ZK Kania durch die Kritik der mangelhaften Durchführung der Beschlüsse des 9. außerordentlichen Parteitags zum Rücktritt bewogen und durch Wahl von Ministerpräsident und Verteidigungsminister Armeegeneral Jaruzelski alle wichtigen Ämter für einen Ausnahmezustand in einer Person vereinigt, Voraussetzung, um schlagartig den Parteiapparat, die Polizei, die Miliz und das Militär zur zwangsweisen Durchführung der Produktion einzusetzen.

Um ihre Mitgliedschaft aus der Gewerkschaft Solidarität herauszulösen, hat das ZK be-

gonnen, seine eigenen Reihen von Mitgliedern dieser Gewerkschaft zu säubern. Das bisherige ZK-Mitglied Bratkowski, Redakteur der Zeitschrift des Jugendverbandes, wurde aus der Partei ausgeschlossen, weil er einen Artikel über Kuron veröffentlicht hatte. Mindestens zwölf Mitglieder und Kandidaten des ZK, angesehene Funktionäre in den Betrieben, erklärten ihren Austritt aus der Gewerkschaft Solidarität. Sie hielten jedoch fest, daß die Politik der Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene der Verteidigung der Interessen der Arbeiter diene.

In den Einheiten der Armee hat die PVAP eine Kampagne initiiert, durch Resolutionen die Tätigkeit der Gewerkschaft Solidarität zu verurteilen. Der Militärdienst der Soldaten der Landstreitkräfte ist um zwei Monate wegen der komplizierten inneren Lage verlängert worden.

Verbot für türkische Organisationen?

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Liselotte Funcke, FDP, hat in einem Gespräch mit der Neuen Ruhr Zeitung vom 25.9.81 das Verbot für radikale türkische Organisationen in der BRD verlangt. Gewalttätigkeiten und Demonstrationen — wie die Demonstration von 20000 Leuten gegen die Machtergreifung des Militärs in der Türkei am 12.9.81 in Duisburg — führten letztlich dazu, das Verhältnis zu den deutschen Mitbürgern noch zu verschlechtern, so Funcke. Es ist kein Zufall, daß dieser erneute Vorstoß in Richtung Verbot der revolutionären türkischen Organisationen jetzt erfolgte. Die Forderung nach einem Stopp der Wirtschafts- und Militärhilfe für die Militärs war auf der Demonstration in Duisburg weitverbreitet, und das trifft die ausländischen Belange der Bundesregierung. Am 16.9. hatte die Bundesregierung ein neues Abkommen mit der Militärjunta über Wirtschafts- und Militärhilfe unterzeichnet. Außenminister Genscher äußerte in diesem Zusammenhang, daß dieses Geld zur Demokratisierung des Empfängerlandes beitragen möge. Die Bundesregierung beweist ihre Unterstützung der Militärregierung in der Türkei auch durch „vorbeugende Überwachung“ von türkischen revolutionären Organisationen durch den Verfassungsschutz.

Am 16.9. stellte die CDU/CSU die kleine Anfrage im Parlament: „Trifft es zu, daß die Überwachung von Vereinigungen extremistischer Türken wegen der für die Beobachter von den Beobachteten ausgehenden Gefahren so schwierig ist, daß den von Mitgliedern ... verübten strafbaren Handlungen nur unzureichend vorgebeugt werden kann ...?“

Die Antwort der Bundesregierung, man müsse zwar Besonderheiten bei deren Überwachung bedenken, „die Sicherheitsbehörden haben ihre Arbeit jedoch auf diese Gegebenheiten eingestellt“. Offensichtlich hat schon so mancher Verfassungsschützer Prügel bezogen. Vermutlich wird auch das Verbot der Parteien in der Türkei die Bundesregierung nicht dazu bewegen, die NATO-Südflanke zu schwächen.

Junge Union will Dialog mit der Jugend

Die Junge Union (JU), Jugendorganisation der CDU und CSU, hat am Samstag, den 17. Oktober, in Köln ihren „Deutschlandtag“ durchgeführt. Matthias Wissman ist wieder zum Vorsitzenden der JU gewählt worden. Die Mitgliederzahl der JU ist seit 1970 von 144308 auf 260451 Mitglieder 1981 gestiegen. Mitglied der JU kann man bis zum 35. Lebensjahr werden. Die Mitgliedschaft der Jungen Union verjüngt sich laut Geschäftsbericht. Die Anzahl derjenigen Neueintritte, die gleichzeitig in die CDU eintreten, geht zurück. Über das eigentliche Thema des Kongresses „Entwicklungspolitik“ wurde nur beiläufig gesprochen. Es kam zu einer Kontroverse über die Behandlung der Friedensbewegung. Wissmann erklärte: „Jeder Deutsche, der genügend Verstand und Herz hat, will den Frieden. Nicht die eine oder andere Gruppe, wir alle sind Friedensbewegung.“ Er sagte, man müsse klarmachen, daß die Union keine „Rüstungspartei“ ist. Einige Delegierte hatten sich am 10. Oktober an der Bonner Demonstration beteiligt und kritisierten, daß die Union keine Politik unter der Friedensbewegung entfalten wurde. Diese

Äußerungen wendeten sich gegen die Äußerung Kohls, der die Bonner Demonstration als Volksfrontpolitik bezeichnete.

Verschiedene Delegierte wiesen darauf hin, daß der Großteil der Demonstration in Bonn Christen waren. Die Delegierten forderten, den „Dialog mit der Jugend“ zu verbessern. Bezüglich dieses Integrationsprogrammes wurde ummißverständlich festgestellt: „Frieden und Freiheit“ gehören zusammen und müssen auch mit Waffengewalt verteidigt werden.

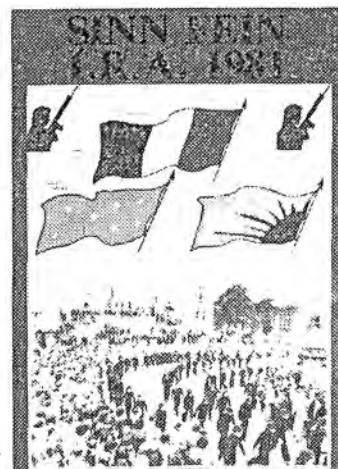
NATO-Streit über Nuklearstrategie?

US-Präsident Reagan hatte über einen Krieg in Europa erklärt: „... könnte ich eine Möglichkeit sehen, wo man taktische Waffen gegen Feldtruppen einsetzt, ohne daß dies eine der beiden Supermächte dazu bringt, auf den Knopf zu drücken.“ Dienstag drauf, am 20.10., trat die Nukleare Planungsgruppe der NATO zusammen. Die „FAZ“ schrieb:

„Die NPG hat selten so große Bedeutung gehabt wie in diesem Herbst.“ Denn: „Die europäischen Bundesgenossen wollen ein Mitspracherecht in der Zielplanung und der

Stationierung haben.“ (Hervorhebung von uns, d. Red.)

Die USA bereiten den Krieg vor. Das ist bekannt. Die BRD-Imperialisten tun seit langem das gleiche *aus eigenen Interessen*. Ihre „pikierte“ Reaktion auf Reagan soll das nur verdecken. Jetzt fordern sie „Mitspracherecht“. Um „Reagan zu kontrollieren“? Wofür, wenn nicht für den möglichen *Einsatz*, wollen sie denn die Raketen in Europa stationiert wissen?



Die Informationsbroschüre Sinn Fein I.R.A. 1981 (in deutscher Sprache, Preis 4.- DM) ist zu beziehen über: Frank Gallagher, Arnsberger Str. 21, 6000 Frankfurt.

Lohnbewegung 1981/82

Reallohnverteidigung möglich, Bedeutung des Kampfes um Arbeiterrechte nimmt zu

In der Gewerkschaftsbewegung keimt die Entschlossenheit auf, durch Einsatz geeigneter Mittel die Verteidigung des Reallohnes einzuleiten. Selbst in höheren Funktionärskreisen z.B. der IG Metall erkennt man, daß ein Versagen vor dieser Aufgabe zu einer erheblichen Schwächung der organisierten Arbeiterschaft führen würde. Auf Seiten der Kapitalisten allerdings besteht weiterhin die entschiedene Absicht, die Beschäftigungskrise zu einer weiteren Senkung der Reallöhne zu benutzen. So erhebt sich die Frage: Können die Gewerkschaften bei derart hoher Arbeitslosigkeit überhaupt eine erfolgreiche Verteidigung des Reallohnstandards ins Werk setzen? Widerspricht das nicht den Gesetzen des kapitalistischen Warenmarktes, wonach ein Überangebot an Arbeitskräften, vor allem ein langandauerndes, zu einem Preisverfall für die Ware Arbeitskraft führen muß? Und besteht bei sinkender Produktion nicht seitens der Kapitalisten direkt ein Interesse an Streiks, einfach um Löhne zu sparen?

Zum zweiten Argument zuerst: Vor allem, was die großen Industriebranchen betrifft, ist an ihrer Produktion der Exportanteil sehr hoch. Innerhalb der BRD ist zwischen den Unternehmen die Konkurrenz um Exportaufträge hart. Ebenso hart ist die Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Die Kapitalisten müssen die abgeschlossenen Lieferverträge halten. Sie sind gerade wegen der scharfen Konkurrenz äußerst streikempfindlich. Keine Rede davon, daß sie vernügt zuwarten können, bis, noch bevor sie etwa ihre Lager ausgeräumt hätten, die Streikkassen erschöpft wären und die Gewerkschaften zu Kreuze gekrochen kämen.

Zu dem anderen Argument: Das Überangebot an Arbeitskräften, das ohne jeden Zweifel in Folge der Marktwirtschaft gegenwärtig besteht, kann von den Kapitalisten nicht als Anti-Streiktruppe eingesetzt werden, jedenfalls gegenwärtig nicht. Dagegen steht die mühsam genug erkämpfte Arbeitslosenversicherung, dagegen steht auch ein moralischer Faktor. Heute wäre es in der BRD nicht einfach, große Streikbrecherhaufen zu organisieren. Der Terror, den die hohe Arbeitslosenquote den Kapitalisten ermöglicht, ist deswegen mehr auf den Einzelnen gezielt als auf die organisierte Arbeitnehmerschaft anwendbar. Der Einzelne muß freilich fürchten, daß man ihn kündigt, wenn er auffällt. Diesem Druck kann die Gewerkschaftsbewe-

gung aber sich entgegenstemmen, indem sie streng auf organisiertes Handeln achtet, so daß sich kein Einzelner auffällig exponieren muß.

Wenn auch für diese kommende Lohnbewegung durchaus möglich ist, Abschlüsse zu erzielen, die den Reallohn auf das Niveau von 1980 zurückführen, so wäre ganz falsch zu übersehen, daß die Kapitalisten sich damit keineswegs abfinden werden. Ihr Interesse ist, den Arbeitsmarkt zu liberalisieren, das heißt, den Konkurrenz-



Metall-Lohnbewegung 1980/81. In diesem Jahr stellt sich die Aufgabe der Anhebung der unteren Lohngruppen eher noch viel schärfer.

kampf unter den Lohnabhängigen zu brutalisieren auf zweierlei Art: Sie wollen die Kampfrechte der Gewerkschaften beschnitten wissen, und sie wollen die Rechte der Arbeitslosen mindern. Für das erste Ziel bedürfen die Kapitalisten der Justiz, von der sie bedient werden wie nur je ein reicher Freier. Für das zweite Ziel bedürfen die Kapitalisten einer willfährigen oder immerhin erpreßbaren Regierung.

Dieser Tage berät der Bundeshauptausschuß der F.D.P. über einen Antrag des Bundesvorstandes, der die Stellung der Liberalen zur Arbeitslosigkeit umreißen soll. Dies Gruselpapier sieht vor: eine „Selbstbeteiligung an den Kosten für die Lohnfortzahlung durch Einführung von Karenztagen“; die Umstellung des gegenwärtigen Umschülgeldes von Lohnprozenten auf einen Fixbetrag; Schaffung von Gesetzen, die Teilzeitarbeit, job-sharing, Sonderurlaub, vorzeitigen Ruhestand oder Teilruhestand ausgedehnt anwendbar machen. Abbau des bestehenden Facharbeitermangels durch betriebliche Nachqualifizierung Arbeitsloser, d.h. konkret Beschäftigung von

Arbeitslosen für ein Lehrlingsgeld. Sodann noch: bei Sperrzeiten Kürzung der Anspruchsdauer. Bei Berufsanfängern Berechnung des Arbeitslosengeldes nach der Ausbildungsvergütung. Einrechnung des Arbeitslosengeldes in den Lohnsteuerjahresausgleich. Und noch vieles andere mehr.

Dies Programm der FDP deckt sich mit den Zielvorstellungen von CDU/-CDU weithin. Da die FDP mit der SPD in Koalition ist, muß man annehmen, daß diese Festlegung der FDP-Parteilinie vorwiegend darauf berechnet ist, die SPD auf einen Kurs zu nötigen, der sie vollends unmöglich macht bei der Arbeiterbevölkerung und letztlich die Bildung einer Regierung parlamentarisch ermöglicht, die aus dem oben skizzierten Gruselkabinett arbei-

terfeindlicher Maßnahmen eine gesetzliche Realität macht. Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung stellt sich in Betracht dieser Intrigen in nicht allzulanger Frist die Problematik des politischen Streiks aufs Neue und sehr praktisch.

Südafrika Streiks gegen Werk von Mercedes Benz

In der ersten Oktoberwoche streikten die azanischen Arbeiter des Mercedes-Automontagewerkes in East London (Kapprovinz) dreimal gegen die Entlassungen von fünf Arbeitern und legten damit das Werk still. Am Mittwoch, den 7.10.81, drohte die Geschäftsleitung, alle am Mittwoch Streikenden zu entlassen und schon am Donnerstag andere Arbeiter einzustellen. Die Kapitalisten haben diese Drohung nicht wahr machen können. Sie mußten sich bereit erklären, mit der Gewerkschaft, die dem Internationalen Metallgewerkschaftsbund angehört über ein Ab-

kommen zur Wahl und Tätigkeit von Betriebsobmännern (shop stewards agreement) zu verhandeln. Die Verhandlungen begannen am Freitag, den 17.10., das Ergebnis war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. In dem Mercedes Benz-Werk arbeiteten 1980 2794 Arbeiter und Angestellte, 1979 2640. Mercedes setzte 1979 550 Mio. DM um, 1980 setzten die Kapitalisten schon 781 Mio. DM um. Insgesamt streikten in der ersten Oktoberwoche 10000 azanische Arbeiter in südafrikanischen Betrieben. Die meisten Streiks richteten sich gegen die neuen Gesetzesvorlagen zur Altersversorgung, zur Beitragszahlung, zur Altersgrenze und zu den Auszahlungen. Belegschaften in weiteren Betrieben streikten gegen Entlassungen von Arbeitern und für Lohnforderungen.

Die schwarzen, vom Siedlerregime unabhängigen Gewerkschaften kämpfen für ihre Anerkennung durch die Kapitalisten und für einen Mindestlohn von 2 Rand/Std. für ungelernte Arbeiter (1 Rand = 2,29 DM). Das staatlich festgelegte Minimum im Stahl- und Maschinenbereich beträgt ab 1. Juli 81 Rand 1,36. Bei den Automobilwerken von VW, Ford, General Motors hatten die Belegschaften erkämpft, daß ab 1. Januar 82 2 Rand Mindestlohn gezahlt werden.

Die Kapitalisten von British Leyland hatten ebenso wie der Finanzbourgeois Oppenheimer bei dem Automontage-Werk Sigma Tausende von Arbeitern entlassen, als diese Anfang des Jahres für die Erhöhung des Mindestlohns, Anerkennung der Gewerkschaft und die Wahl von Betriebsobmännern streikten. Die Kapitalisten mußten die Entlassenen wieder einstellen. Bei Sigma wählten kürzlich auf der Grundlage eines Abkommens die Arbeiter 41 Betriebsobmänner, die Lohnverhandlungen führen und die Belegschaften gegen die Kapitalisten vertreten.

Niederlande

Kapitalisten im Angriff, was macht der FNV?

Die niederländische Regierungskoalition aus Christdemokraten (CDA), Sozialdemokraten (PvdA) und Liberalen (D'66) ist nach nur fünf Wochen auseinandergebrochen. Anlaß ihres Scheiterns war der Streit um die Finanzierung des von den Sozialdemokraten befürworteten Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Wie berichtet, hatten sich die drei Parteien auf ein Regierungsprogramm geeinigt, das v.a. eine Reallohnsenkung von 2 bis 2,5% im Durchschnitt vorsieht. Die Kapitalisten fordern jetzt die vollständige Beseitigung der Lohn-

indexierung und damit Reallohnsenkungen von mehr als 5%. Weiter verlangen sie, daß die Löhne im öffentlichen Dienst von den Löhnen in der Industrie „abgekoppelt“ und noch stärker gesenkt werden, und drittens sind sie mit den „Spar“-maßnahmen für 1982 – u.a. Senkung der Sozialausgaben um 2,6 Mrd. hfl – bei weitem noch nicht zufrieden.

Gegenüber diesem Angriff scheint die Gewerkschaftsbewegung zur Zeit wie gelähmt. Zwar vereinigten sich Ende September der sozialistisch orientierte Gewerkschaftsbund NVV und der katholische Gewerkschaftsbund NKV nach sechsjähriger Zusammenarbeit in der Einheitsgewerkschaft FNV, zweifellos ein Ereignis von historischer Bedeutung. Doch haben die FNV-Gewerkschaften (1 Mio. Mitglieder) im ersten Halbjahr 81 15000 Mitglieder verloren, Resultat einer Politik, die weder die dauernden Lohnsenkungen noch die Angriffe auf Renten, Arbeitslosengeld usw. verhindern konnte. Auch mit dem auf dem „Fusionskongreß“ beschlossenen Kurs wird der

FNV Kapitalisten und Regierung nicht stoppen können.

Im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehe die Forderung nach arbeitsplatzschaffenden Programmen. Der Gewerkschaftskongreß wollte dabei sogar nicht ausschließen, daß auch die Lohnabhängigen „ihren Beitrag“ leisten, durch weitere Lohnsenkung und Kürzung der Sozialversicherungsleistungen. Einig war der Kongreß nur, daß die Kaufkraft der Mindesteinkommen verteidigt werden muß: wenn nicht durch Lohnerhöhungen, dann durch Erhöhung staatlicher Zahlungen wie Wohngeld, die jetzt schon ein Drittel des Einkommens der schlechtestbezahlten Lohnabhängigen ausmachen. Nur zwei FNV-Gewerkschaften treten dafür ein, daß die Reallohne gesichert werden müssen: Sie fordern 2% Lohnerhöhung über die Lohnindexierung hinaus. – Die Antwort der Reaktion? Sie ließ die Regierung ausgerechnet über das Arbeitsbeschaffungsprogramm platzen, denn sie will die PvdA gänzlich „auf Kurs“ bringen oder aber aus der Regierung entfernen.

EWS-Währungsbeschlüsse

„DM rauf“ – Fortschritte bei der Einigung Europas unter BRD-Fuchtel

Eigentlich hatte die Bundesregierung sich die Änderung der Devisenkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) etwas anders gedacht. Klar war: Mehrere Staaten würden abwerten müssen. Die BRD-Kapitalisten hatten ihren Vorsprung in der Ausbeutung „ihrer“ Arbeiter ausbauen können. Infolgedessen hatten sie ihren Exportüberschuß nach Frankreich von 6,72 Mrd. DM 1979 auf (die Angaben bis August 81 haben wir aufs ganze Jahr

hochgerechnet, d. Red.) 10,08 Mrd. DM 1981 steigern können, nach Belgien von 3,36 Mrd. DM auf 4,08 Mrd. DM, nach Italien ein Defizit von 1,32 Mrd. DM 1979 in einen Überschuß von 3 Mrd. DM in diesem Jahr verwandelt. Eine massive Abwertung war also fällig, wenn die französischen, belgischen, italienischen Kapitalisten nicht schwere Verluste an Devisen und wachsende Schulden bei westdeutschen Kapitalisten hinnehmen wollten. Für die



Mit 100 Mrd. Kronen im Ausland verschuldet, betrieb die dänische Regierung seit 1979 mehrere Programme zur Steigerung der Ausbeutung. Demonstration im März 1980: „Keinem soll die Arbeitslosenunterstützung genommen werden!“

BRD-Kapitalisten ist der vorübergehende Konkurrenznachteil durch billigere französische etc. Waren hinnehmbar, weil durch geringere Preissteigerungen hierzulande bald wieder aufzuholen. Vor allem: Nach der Abwertung sind italienische, französische und belgische Firmen für westdeutsche Bourgeois billiger zu haben! Und sind solche „Einkäufe“ vielleicht kein „Fortschritt“ bei der „Einigung Europas“?

So weit, so gut. Am 8.10. wollte Schmidt Mitterrand aufsuchen, um die Einzelheiten auszuhandeln. Vielleicht ein wenig westdeutsches Nachgeben gegenüber dem Franc gegen französische Zusagen, westdeutsches Kapital von Verstaatlichungen zu verschonen? Vielleicht französische Abwertung, aber stärkere belgische, so daß belgische Firmen auch für französische Kapitalisten billiger zu haben wären?

Aber es kam anders. Die italienischen Kapitalisten, besorgt um eine Übervorteilung bei derlei „deutsch-französischer Freundschaft“, lancierten die geplanten Abwertungen in ihrer Presse, die Spekulation schlug los: gegen den französischen Franc. Matthöfer und Frankreichs Finanzminister Delors mußten eiligst eine Sondersitzung der EWS-Finanzminister und Zentralbankchefs einberufen, das „Zweier-Geschäft“ war geplatzt.

Herauskam stattdessen: Gegenüber der zwischen den EWS-Zentralbanken benutzten „Europäischen Währungseinheit“ („ECU“; 1 ECU = 2,41 DM = 6,17 FF usw.) wurde der französische Franc um 3% abgewertet, die DM und der niederländische Gulden um je 5,5% aufgewertet. Die italienische Regierung wurde mit der Drohung, man werde ihre Exporte zu behindern wissen, zu einer Abwertung um 3% gezwungen. Lediglich die belgische Regierung konnte – wieder einmal, wie westdeutsche Bankiers grimmig feststellten – eine Abwertung verhindern.

Alles in allem eine DM-Aufwertung von 8,76% gegenüber Franc und Lira, um 5,9% gegenüber allen EWS-Staaten – Ausnahme Niederlande.

Seit dem 12.3.1979 ist das „Europäische Währungssystem“ in Kraft. Mitglieder sind alle EG-Staaten bis auf Großbritannien und Griechenland. Vor allem von westdeutschen Kapitalisten betrieben, verpflichtet das EWS alle Mitgliedsstaaten, ihre Wechselkurse gegenüber der neugeschaffenen Währungseinheit „ECU“ „mit Mitteln in unbegrenzter Höhe“ (1) zu verteidigen. Um genügend Devisen zur Verteidigung der festgelegten Wechselkurse zu haben, vor allem gegen Angriffe von US-Banken, vereinbarten die Zentralbankchefs, daß jede Zentralbank 20% ihrer Gold- und Dollarreserven bei einem „Europäischen

Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit“ zu hinterlegen habe. Die Notenbanken können diese Guthaben anfordern, um am Devisenmarkt gegen Kursschwankungen ihrer Währungen zu intervenieren. Zusätzlich stellten die Notenbanken 14 Mrd. ECU als „kurzfristigen Währungsbeistand“ bereit, den einzelne Notenbanken – gegen „entsprechende Verzinsung“, wie die Bundesbank betont – von anderen Notenbanken abfordern können. Weitere 11 Mrd. ECU sind „mittelfristiger Währungsbeistand“, anzufordern bei den einzelnen Regierungen. Sollte eine Notenbank diesen letzteren „Beistand“ benötigen, so ist die jeweilige Regierung berechtigt, nicht nur Zinsen zu fordern, sondern auch wirtschaftliche Auflagen wie der IWF zu machen.

Stärkste Wirtschafts- und Handelsmacht in der EG, erhofften sich die BRD-Kapitalisten von stabilen Wechselkursen bessere Möglichkeiten zur Ausweitung ihrer Exporte. Sollte einer der imperialistischen Konkurrenten in der Ausbeutung „seiner“ Arbeiter zurückfallen, so wäre er entweder gezwungen, von der BRD-Zentralbank oder -Regierung Kredite aufzunehmen, um seinen Wechselkurs zu verteidigen. Dafür müßte er Zinsen zahlen und wirtschaftliche Auflagen „kassieren“. Sollte er stattdessen seine Währung abwerten, so hätten erstens die westdeutschen Kapitalisten bessere Möglichkeiten zum Kauf seiner Fabriken. Zweitens wäre dies gar nicht seine souveräne Entscheidung. Änderungen der EWS-Wechselkurse sind nämlich nur bei Zustimmung *aller* Notenbanken, möglich.

Norbert Kloten, Mitglied des Zentralbankrats der Bundesbank, vermerkte schon Ende 79 trocken, die Bildung des EWS sei „ein Oktroi (Diktat, d. Red.) der beiden Großen“, den die kleineren EG-Staaten „hinzunehmen hatten“, sowieso sei er „erstaunt“, daß ein solches Abkommen mit seinen „irreversiblen (unumkehrbaren, d. Red.) Souveränitätsoffern“ ohne irgendeine Entscheidung der nationalen Parlamente habe durchgeboxt werden können (2). Um ihren geplanten Fischzug abzusichern, drängten die BRD-Imperialisten von Anfang an auf weitere Absicherung des EWS-Systems.

Zwar sei schon einiges erreicht, stellte Kloten weiter fest: „Als der belgische Franken und auch die dänische Krone ihre Abweichungsschwellen überschritten, wurden in beiden Fällen die Notenbankzinsen in mehreren Stufen erhöht; ferner kam es in Belgien zu Haushaltskürzungen, und in Dänemark ... wurde am 5. November von der Regierung ein bis zum Jahresende geltender Preis- und Einkommens-(Lohn-)Stop verfügt.“ Blicke inzwischen hinzuzufügen: und am 24.9.79

eine DM-Aufwertung um 2%, und eine Abwertung der dänischen Krone am 24.9.79 um 3%, am 30.11.79 um weitere 5%, und im März 81 eine Abwertung der Lira um 6%, und jetzt die jüngsten Beschlüsse. Aber, so weiter Kloten im Dezember 1979, schon im EWS-Vertrag sei vereinbart, bis zum 1.3.81 das System in eine „Endphase“, evtl. mit „eigener Zentralbank“, weiterzuentwickeln. Daran müsse festgehalten werden, um die „Harmonisierung der Wirtschaftspolitik“ zu erreichen.

Aus diesen Plänen ist vorerst nichts geworden. Zwar ist bis heute noch kein Mitgliedsstaat aus dem EWS wieder ausgetreten. Aber die EG-Regierungschefs vereinbarten auf Druck der anderen EWS-Mitglieder am 1.12.80, die „Anfangsphase“ des EWS bis 1.3.83 zu verlängern.

Diese Zeit wollen die westdeutschen Imperialisten mit allen Mitteln zur weiteren Stärkung ihrer Position nutzen. Unmittelbar nach der letzten EWS-Devisenkursänderung verkündeten die Kapitalisten deshalb, „Außenhandel fürchtet um den Export“ (Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels), „VDMA befürchtet rückläufige Aufträge“ (Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbauer). Das ging gegen die Arbeiter und kündigte Ausweitung des Kapitalexports und weitere Lohnsenkungen an. Für die Bauern hatte das „Handelsblatt“ am 6.10. vermerkt, durch die nach Änderung der Devisenkurse nötige Erhöhung des Grenzausgleichs für westdeutsche Agrarexporte von 3,2% auf 8,3% „würde ... der Spielraum für eine effektive Anhebung der deutschen Agrarpreise im nächsten Wirtschaftsjahr schon jetzt ziemlich eingeengt.“

(1) Bundesminister der Finanzen, Das Europäische Währungssystem, Reihe: Bürger-Information, S. 27. (2) N. Kloten, Das Europäische Währungssystem, in: Europa-Archiv 4/1980, S. 111ff.

AfG-„Konsolidierung“ Verschärfung der Zumutbarkeit

Die entscheidenden Voraussetzungen für den Bezug von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung werden im §103 des Arbeitsförderungsgesetzes (AfG) geregelt: die Verfügbarkeit für die Arbeitsvermittlung und die Kriterien von zumutbarer Arbeit. Geplant ist der Zusatz, daß der Arbeitslose auch bereit sein muß, „an zumutbaren Maßnahmen zur Beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung, zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten sowie zur beruflichen Rehabilitation teilzunehmen“.

Faktisch festgelegt werden die Kriterien der Zumutbarkeit jedoch durch Rechtsverordnungen der Bundesregierung und des Arbeitsministers oder durch Anordnungen und nichtöffentliche Erlasse und Durchführungsanweisungen der Bundesanstalt für Arbeit, wie z.B. der Stinglsche Runderlaß vom August 78 („nur für den Dienstgebrauch!“). Darin werden die Arbeitslosen in drei Qualifikationsstufen eingeteilt (A mit Hochschulausbildung, B mit Fachausbildung, C alle übrigen Beschäftigten), nach je 6 Monaten erfolgloser Arbeitsvermittlung ist Arbeit in der nächstniedrigen Stufe zumutbar. Zumutbar ist Arbeit bei drei Stunden Fahrzeit täglich, nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit Wochenendpendeln, nach einem Jahr Umzug. Zumutbar sind Einkommenseinbußen von 10% und Schichtarbeit.

Das geplante Konsolidierungsgesetz gibt der Bundesanstalt für eine angepaßte Anordnung eine Frist bis zum 31.3.82, ansonsten wird die Bundesregierung ermächtigt, „Näheres zur Zumutbarkeit durch Rechtsverordnung zu regeln“. Die Begründung im Referentenentwurf weist die Richtung: „Das bedeutet insbesondere, daß diese Personen (die Arbeitslosen, Red.) bereit sein müssen, an zumutbaren beruflichen Bildungsmaßnahmen teilzunehmen, auch wenn sie während dieser Zeit keine Lohnersatzleistungen (z.B. Arbeitslosengeld, -hilfe oder Unterhaltsgeld, Red.) erhalten“.

Zu diesen beruflichen Bildungsmaßnahmen zählen auch Arbeitserprobungen und sog. Trainingsmaßnahmen in Betrieben. Unter dem Vorwand, erst wieder in den allgemeinen Arbeitsprozeß eingegliedert werden zu müssen, werden schon jetzt langfristig Arbeitslose gezwungen, in bestimmten Betrieben für ein halbes Jahr voll zu arbeiten, oft branchenfremd als Hilfsarbeiter und zwecks „Bewährung“ besonders hart und rechtlos. Die Firmen zahlen keinen Pfennig für die Arbeiter. Gegenüber dem Arbeitsamt verlangen sie bisher keine Gebühren für dieses „Training“. Deswegen sollen diese „Betrieblichen Bildungsmaßnahmen“ auch ausgeweitet werden.

Noch zahlt das Arbeitsamt für die Zeit der Maßnahme Unterhaltsgeld. Durch die Verschärfung der Voraussetzung für den Bezug von UHG (Beschränkung auf den Kreis der Beitragszahler) sollen in Zukunft aber z.B. ehemalige Hausfrauen auf diese Weise völlig ohne Bezahlung arbeiten müssen und höchstens das Fahrgeld erstattet bekommen. Wer sich weigert, „steht der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung“, erhält auch keinerlei andere Leistungen und wird noch nicht einmal als Arbeitsloser gezählt.

Demonstration 10.10.

Nationale Interessen der BRD?

– Politiker unterbreiten Vorschläge

300000 Menschen haben in Bonn demonstriert. Christen, Liberale, Grüne, Sozialisten und Kommunisten hatten verschiedene Begründungen für die Demonstration. Keine Aktionseinheit, sondern eine große Demonstration hat in Bonn stattgefunden. Eine Frage bleibt offen und strittig. Gelingt es den bürgerlichen Kräften, mit nationalen Positionen in den nächsten Monaten die Opposition gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung und der NATO an sich zu binden, oder können Christen, Liberale, Grüne, Sozialisten und Kommunisten diesen Angriff abwehren? Wie der bürgerlichen Presse zu entnehmen ist, hat die Bourgeoisie keine abschließende Meinung. Wie man den Zeitungen und Flugblättern der Sozialisten und Kommunisten entnimmt, sind sie uneins und teilweise von bürgerlichen Standpunkten überrollt.

Die Bourgeoispolitiker sind noch darüber zerstritten, ob sie die politische Opposition gegen ihre Aufrüstungspolitik mehr durch frontalen Angriff aufzureiben oder mehr durch Umarmung zu erdrücken versuchen sollen. Die Bundesregierung wurde nicht einig, ob sie sich von der Demonstration „beeindrückt“ zeigen oder aber die Gefahr für ihre „Friedenspolitik“ hervorheben müsse. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ehmke schrieb im „Vorwärts“:

„Ich habe die Friedensbewegung nie als unseren Gegner, sondern als wichtigen Diskussionspartner angesehen. Die Demonstration hat gezeigt, daß die Friedensbewegung selbst in stärkerem Maße dialogfähig werden will ... Sie wird dann zu einem weit gerechteren Urteil über das kommen, was die sozialliberale Regierung an Friedenspolitik in den letzten zwölf Jahren geleistet hat.“

Der CDU-Vorsitzende Kohl sprach vom „Erlebnis der Volksfront“ und davon, „daß hier Zehntausende marschieren sind, die in Wahrheit eine andere Republik wollen“; Parteifreund Biedenkopf jedoch warnte, daß sich die CDU bei solcher Behandlung der Friedensbewegung ihrer Einflußmöglichkeiten beraube:

„Die Bezeichnung ‚Volksfront‘ sei politisch verfehlt, weil dieser Begriff die Verbindung politischer Kräfte ‚bis in den marxistischen Bereich hinein‘ mit dem Ziel signalisiere, eine grundlegende Systemveränderung herbeizuführen. ‚Diese Demonstration hatte eine ganz andere Zielrichtung‘ ... Diese Demonstration sei ... ein in der jüngeren Vergangenheit einmaliger Ausbruch ‚einer gemeinsamen Sehnsucht‘ gewesen ... Dies sei mit Gefahren verbunden, denn Ängste und Sehnsüchte seien ‚wichtiger Stoff‘, aus dem Menschen gemacht werden, ‚aber umgeformt‘.“ (Frankfurter Allgemeine, 17.10.)

Das „Umformungs“-konzept hat die Reaktion schon ausgearbeitet:

„Wenn Helmut Kohl in dieser Woche mit Ronald Reagan spricht, hat er eine vortreffliche Gelegenheit, sich zum Fürsprecher des wohlverstandenen nationalen Interesses aller Deutschen zu machen, indem er dem Präsidenten den dringlichen Rat gibt, den

Deutschlandvertrag von 1955 mit neuem Leben zu erfüllen. In Art. 7 dieses Vertrages haben sich die drei Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland auf ein gemeinsames Ziel verpflichtet: ‚Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.‘ ... Kohl hat konkreten Anlaß, Präsident Reagan eine politische Aktualisierung des Deutschlandvertrages anzuraten. Ein immerhin nützlicher Ertrag der Bonner Massendemonstration am Wochenende war es, die Regierungen in Bonn, Paris, London und Washington darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß sich in jenen Teilen der westdeutschen Bevölkerung, die von politischer Romantik und dem Selbstbewußtsein von Gralshütern der unbefleckten Moral zu Hunderttausenden auf die Straßen getrieben werden, ein explosives Seelengemisch zusammenbraut: Friedenssehnsucht verbindet sich mit einem links-neutralistischen Nationalismus, den man als jugendbewegten Nationalneutralismus bezeichnen kann. Die emotionale Sprengkraft eines solchen Gemenges von verständlichen Sehnsüchten nach Frieden und nationaler Einheit sollte niemand unterschätzen.“ (Die Welt, 13.10., „Dann soll man offen für die Wiedervereinigung eintreten – Der Deutschlandvertrag als Antwort auf den neuen Nationalneutralismus“)

Der „Rheinische Merkur – Christ und Welt“ unterbreitet sogleich einen „praktischen“ Vorschlag:

„Nach Osten heißt der Weg ... Wie soll es nach dieser Demonstration im Hofgarten nun weitergehen? Warum richten sie nach ihrer friedlich verlaufenen Bonner Demonstration nicht die Bitte an Erich Honecker, den Staatsratsvorsitzenden, demnächst die Hauptstadt der DDR in die Reiseroute markanter Demonstrationsorte einschließen zu dürfen ... Jedem Gutwilligen leuchtet ein, daß die Verwirklichung des Vorschlags ... eine vertrauensbildende Maßnahme von großer Kraft und Bedeutung wäre.“

Ob sich die Demonstration in Bonn gegen die Bundesregierung gerichtet hat und ob sie von der Bundesregierung Zugeständnisse erzwingen wird, darüber macht der Veranstalter „Aktion Sühnezeichen“ keine Aussagen. Er geht noch weiter. Er will über alles

reden. Andreas Zumach, „Aktion Sühnezeichen“:

„Der 10. Oktober war ein Höhepunkt. Wir müssen jetzt als Friedensbewegung ... die Kontroversen innerhalb der Friedensbewegung noch intensiver austragen und Ziele, die über die Verhinderung der Stationierung der Pershing II und der Cruise-Missiles reichen, verankern. Wir haben die Forderung nach ‚Verringerung der Atomwaffen in Ost- und Westeuropa‘ (Aufruf zum 10.10), nach einem ‚wechselseitigen, umfassenden Abrüstungsprozeß‘, ‚gegen neue Atomwaffen in Europa‘ und ‚für ein atomwaffenfreies Europa‘ unterschrieben. Wir reden also auch über die SS 20, ohne allerdings die offizielle Doktrin vom ursächlichen Zusammenhang zwischen ihrer Stationierung und den Pershing II und den Crui-

sche Allianzpolitik der BRD angesichts der Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und ihrer Militärblöcke deutlich Ausdruck verschafft wurde. Eppler ging auch in diese Richtung, freilich ohne die NATO-Mitgliedschaft in Frage zu stellen. Mechttersheimer meinte gar, daß er sehr ernst nimmt, was in unserer Verfassung steht: ‚Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus!‘ ... Was aber hat es mit ‚Nationalismus‘ zu tun, wenn Völker ihre eigenen Angelegenheiten in die eigene Hand nehmen wollen und zu diesem Zweck jenseits von Blocklogik und Abendländertum das Bündnis mit anderen Völkern suchen?“ (KVZ 42/81)

Ähnlich äußerte sich Rechtsanwalt Schily, AL Westberlin, gegenüber der französischen Zeitung „Libération“:

unverbindliches Eintreten ‚gegen das Wett-rüsten in Ost und West‘ als wesentliches Anliegen der Demonstration ausgegeben. Am Ende läuft es geradewegs darauf hinaus, daß ‚wir‘ eigentlich ja *alle* für den Frieden sind und daß Helmut Schmidt selbst am liebsten vorneweg marschiert wäre. – Wenn da bloß nicht diese fatale „Einäugigkeit“ zugunsten der Sowjetunion gewesen wäre ...“ (Arbeiterkampf, 12.10.)

Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD kritisiert in einem Flugblatt reaktionäre Aussagen der Kundgebungsredner und warnt vor nationalen Strömungen:

„Wenn man diese Realität aber nicht anerkennt, dann kommt man in das Fahrwasser



300000 demonstrierten in Bonn. – Transparent des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD.

se-Missiles zu übernehmen ... gewaltfrei bleiben.“ (UZ, 16.10.)

Abrüsten in Ost und West, diese Parole bestärkt die nationalen Interessen der westdeutschen Bourgeoisie und gibt den bürgerlichen Kräften Raum. Das DKP-Präsidium schreibt am 16.10.:

„Alle Bonner Parteien wollen im Sinne der Rechtfertigung des NATO-Raketenbeschlusses und der Unterordnung unserer nationalen und Friedensinteressen unter die der US-amerikanischen Hochtüchtigungs- und Konfrontationspolitik auf die Friedensbewegung einwirken. Sie wollen die alte Mär von der „Bedrohung aus dem Osten“, von der Verfälschung sozialistischer Friedens- und Entspannungspolitik intensivieren und die breite Front unterschiedlicher Kräfte aufbrechen.“ (UZ, 16.10.)

Die DKP wundert sich über die Hetze. Hat sie aber nicht den Krefelder Appell und die Forderung auf den Unterschriftenlisten „Beendet das Wett-rüsten in Ost und West“ mit initiiert? Unterläuft ihr nicht bereits ein zweiter Fehler, wenn sie von „nationalen Interessen“ spricht? Der KBW geht von der These aus, daß die Hauptkriegsgefahr von der Sowjetunion ausgeht. Unter der Überschrift „Das Streben nach Unabhängigkeit“ propagiert er nationalistische Positionen:

„Neu war also an der Demonstration und Kundgebung, daß dem Unabhängigkeitsstreben gegenüber beiden Supermächten und dem Widerstand gegen die imperialisti-

„Dennoch suchen wir nicht die Schaffung eines neuen 3. Reiches zu erreichen. Wir wollen nur Ost- und Westdeutschland aus der Konfrontation der beiden Blöcke herausreißen.“

Die anderen sozialistischen und kommunistischen Organisationen schließen Gemeinsamkeiten mit der Bundesregierung aus. Die KPD schreibt nach Bonn:

„... um die Front des Friedenskampfes zu festigen, heißt für uns vor allem für den Zusammenschluß all jener zu arbeiten, die die Losung der Neutralität verfolgen und für richtig finden. Dabei wird der Kampf gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß natürlich nach wie vor im Mittelpunkt stehen, aber diese Forderung nach NATO-Austritt muß mit verstärkter Kraft vertreten und verbreitet werden ... die Friedensbewegung ... wird sich nicht von der Regierung vereinnahmen lassen ... (Roter Morgen, 16.10.)

Der Kommunistische Bund polemisiert gegen die Bundesregierung:

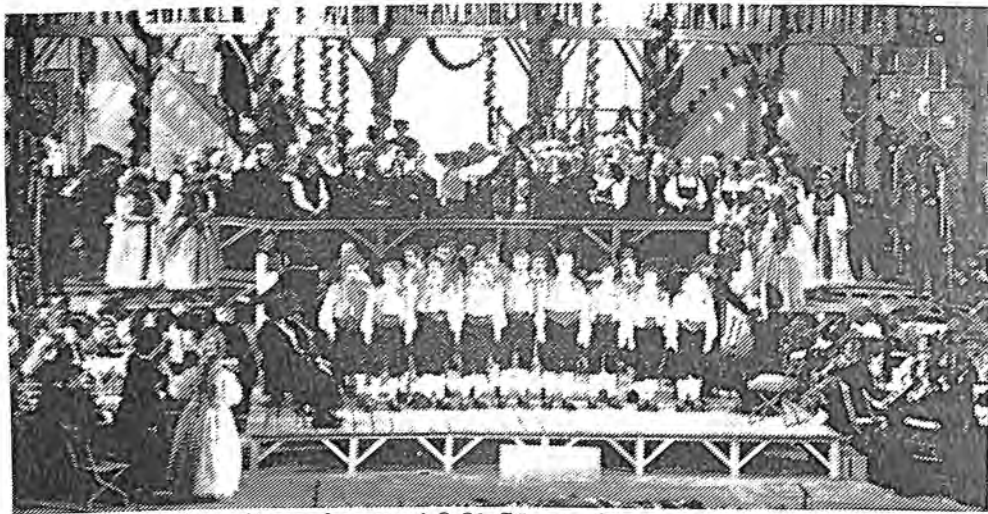
„Wenn man den Erfolg der Bonner Demonstration schon nicht verhindern konnte, mußte man zumindestens versuchen, ihre *Inhalte* zu deformieren. Dieser einleuchtenden Logik mochten sich am Ende auch maßgebliche Regierungspolitiker und die Medien nicht verschließen: Vom zentralen Demonstrationsziel (bedingungslose Aufhebung des NATO-„Nachrüstungs“-Beschlusses) wurde so wenig wie möglich gesprochen, dafür ein ebenso allgemeines wie

des Nationalismus, wie es Herrn Eppler geschehen ist, ob er es nun will oder nicht. Die Konsequenz aus seiner Rede ist die Forderung nach einem starken imperialistischen Europa und damit nach einem starken imperialistischen Deutschland, da die BRD heute schon das Sagen hat in Westeuropa. Diese nationalistischen Gedanken sind heute weitverbreitet. Sie sind ein politischer Vorschlag an die westdeutschen Konzernherren, sich von den USA auch militärisch abzukoppeln. Zu welchem Zweck, das hat schon viel früher einer ausgesprochen als Herr Eppler, F.J. Strauß ...“

• Theaterbeschäftigte Opernchorsänger for- dern 1½ Tage frei

Im September hat die DAG in ihrer Bereichsgruppe der Vereinigung Deutscher Opernchöre (VDO) eine Urabstimmung über Kampfmaßnahmen für die Durchsetzung eines halben freien Tages mehr durchgeführt. Von 1500 bundesweit in der VDO organisierten Chorsängern haben sich bei 99% Beteiligung 97% für Kampfmaßnahmen ausgesprochen.

Durch Unterbesetzung der Chöre ist der bisher tarifvertraglich abgesicherte freie Tag pro Woche tatsächlich nicht einmal durchgesetzt. Am National-



Die „Meistersinger“ wurden am 4.8.81 flüsternd gesungen. Es gab mehrere solche Aktionen für einen halben Tag mehr Freizeit

theater Mannheim z.B. mußten in diesem Jahr die Chorsänger bereits siebenmal durcharbeiten, d.h. 14 Tage am Stück, weil auch der eine freie Tag verschoben wurde. Sowieso besteht am freien Tag arbeitsvertraglich festgelegte Rufbereitschaft.

Der „normale“ Arbeitstag der Chöre basiert zwar auf 8 Stunden, die aber verteilt über den ganzen Tag. So sind in der Regel am Vormittag die täglichen Chorproben, ca. 2–3 Stunden. Bei neuen Stücken kommen anschließend Stell-, Bühnen- und Hauptproben mit dem ganzen Ensemble hinzu. Abends dann Vorstellung, wobei die Chormitglieder zum Schminken etc. ca. 1–2 Stunden vor der Vorstellung schon im Theater sein müssen. Laut Dienstvorschrift wäre das nur eine halbe Stunde, und so werden auch nur 30 Minuten als Arbeitszeit angerechnet.

Die Chöre sind dabei noch die Sparte der künstlerischen Berufe mit den weitestgehenden Gruppentarifverträgen zu den Arbeitsbedingungen. Die Vergütung besteht aus einer Grundgage plus dem Ortszuschlag wie im öffentlichen Dienst. Die Grundgage richtet sich allerdings nach der Größe des Theaters und dem Zahlungswillen der Theaterleitung. An kleineren Häusern verdient ein Chorsänger beispielsweise 1450 DM brutto plus dem jeweiligen Ortszuschlag.

Für eine insgesamt Verbesserung der brutalen Arbeitsbedingungen der Künstler führt die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger (GDBA) in der Gewerkschaft Kunst des DGB seit Jahren Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeberverband, dem Deutschen Bühnenverein, dessen Vorsitzender derzeit der Frankfurter OB Wallmann ist. Der Deutsche Bühnenverein ist der grundsätzlichen Auffassung, daß die Kunst unter Anwendung von Arbeits- und Sozialrecht auf die Bühnenbeschäftigten leiden würde und weist die Forderungen der GDBA nach neuen Tarifverträgen über Ar-

beits- und Ruhezeiten sowie zum Kündigungsschutz von jeher zurück. Eine Durchsetzung der Forderungen für die GDBA ist schwierig, da Theaterbetriebe dem Tendenzschutz unterliegen und damit allgemeines Arbeits- und Sozialrecht erst per Tarifvertrag durchgesetzt werden muß. Die Durchsetzungskraft der GDBA ist geschwächt durch die Mitgliedschaft der Beschäftigten in anderen Verbänden und zu nicht unerheblichem Teil in der DAG. Kampfmaßnahmen sind aufgrund nicht bestehenden Kündigungsschutzes nicht einfach. So wurden nach der „Flüsteraktion“ an der Bayerischen Staatsoper (s. Bild) zwei Chormitglieder fristlos entlassen und der gesamte Chor verwahrt und mit einer Vertragsstrafe belegt.

Haushalt 82 Neue Dimensionen bei „Sparen“ und Rüsten

Eines ist sicher: Eine weitere „Finanzierungslücke“ von mehreren Milliarden DM im Bundeshaushalt 82 hätte eine größere Anzahl derjenigen, die am 10.10. gegen die Rüstungspolitik der NATO und der BRD demonstrierten, auf den Gedanken bringen können, ja müssen, die Schließung der „Lücke“ durch Senkung des Rüstungshaushaltes zu fordern. Eine solche Forderung hätte die Kritik des ganzen Spar- und Rüstungshaushaltes 82 ganz ungemein gefördert. Die Bundesregierung wartete also erst einmal ab.

Nach der Demonstration dann ist es soweit: Am 15.10. entdecken „führende Politiker von SPD und FDP“ in einem Koalitionsgespräch über den Haushalt 82 eine „zusätzliche Lücke von 2,5 Mrd.“ (Frankfurter Allgemeine v. 16.10.). Diese ergebe sich aus neuen Annahmen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit (durch-

schnittlich 1,5 Mio. Arbeitslose statt wie im Haushaltsentwurf zugrundegelegt 1,4 Mio. bedeuteten zusätzlich 1,2 Mrd. DM Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit), aus neuen „Hilfen für die notleidende Stahlindustrie“ (290 Mio.) und schließlich aus „geringeren Steuer-Einnahmen“.

Bis zum erneuten Koalitionsgespräch am 18.10. macht Finanzminister Matthöfer eine „Finanzierungslücke“ nicht mehr von 2,5 Mrd., sondern bereits von 5 bis 7 Mrd. DM aus. Die „geringeren Steuer-Einnahmen“ sind in den drei Tagen von gut 1 Mrd. auf ca. 4 Mrd. geklettert, die veranschlagten Ausgabenerhöhungen (welche weiteren, bleibt noch hinter verschlossenen Türen) von 1,5 auf 3 Mrd. DM.

Nach dem Koalitionsgespräch, am 20.10., sind aus den „bis“ 7 Mrd. glatte 7 Mrd. DM „Finanzierungslücke“ geworden, seit der Vorlage des Haushaltsentwurfs am 11.9. sind nicht einmal sechs Wochen vergangen.

Daß der Bundesregierung die Entwicklung des Arbeitsmarktes unbekannt war, als sie am Haushalt rechnete, ist ernsthaft nicht anzunehmen; seit längerem zeichnet sich ein rasches und nachhaltiges Ansteigen der Arbeitslosigkeit ab. Daß sich die Vorausschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb weniger Wochen und dann innerhalb weniger Tage so gravierend ändern, daß völlig neue Annahmen über die Steuereinnahmen nötig werden, ist ebenfalls nicht anzunehmen. Erst recht ist nicht anzunehmen, daß für die Entwicklung der „Finanzierungslücke“ schon aller Tage Abend ist. Die wohlbekannten „gut unterrichteten Kreise“ aus dem Finanzministerium lassen schon die Zahl von 10 Mrd. DM durchsickern. Die Bundesregierung hat Entscheidungen über Steuererhöhung, weitere Neuverschuldung und vor allem weitere „Spar“maßnahmen hinausgeschoben und sucht die gemeinsame „Lösung mit der Union“ (Kölner Stadtanzeiger v. 20.10.)

Denn: Die CDU/CSU hat im Bundesrat und in der Bundestags-Haushaltsdebatte am 16. – 18.9. ein „Spar“-paket eingebracht, „das ein Mehr an Einsparungen von über 10 Milliarden (!) für den Gesamthaushalt ... mit sich bringen (würde) – über die rund 5 Mrd. DM Einsparungen hinaus, die Sie vorgeschlagen haben ...“ (CDU-MdB Häfele). Beabsichtigt sind u.a. die Kürzung des Arbeitslosengeldes, des BaFöG und der Sozialhilfe. Beabsichtigt ist nach den CDU-Ankündigungen weiterhin die Erhöhung des Rüstungshaushaltes, die Frage ist höchstens noch, welchen Anteil diese Erhöhung an der 10-Mrd.-„Lücke“ haben wird.

Frankreich und England überrundet – jetzt „weltweite Industrien“ mit Europa „als Basis der weltweiten Aktivitäten“

Sechs Monate nach dem letzten Tarifabschluß gibt das Wirtschaftsministerium Zwischenbericht: „Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland nahmen im ersten Halbjahr 1981 um 4,310 Mrd. DM zu.“ (Mitteilungen des BMWi v. 29.9.81)

Damit war auch die letzte Lohnbewegung nicht in der Lage, den Expansionsaufschwung zu gefährden, den Alt-Bundespräsident, Entwicklungs- und Außenminister Walter Scheel im Januar 81 wie folgt ausgemalt hat: „Unsere Unternehmen waren in den vergangenen Jahren im Ausland recht investitionsfreudig. Zwischen 1952 und dem ersten Halbjahr 1980 investierten sie dort direkt 71 Mrd. DM; davon 1979 allein 7,8 Mrd., im ersten Halbjahr 1980 waren es 4,8 Mrd. DM.“ (Vortrag auf einer Tagung des IFO-Wirtschaftsinstitutes)

Aber wie soll es weitergehen? Im Frühsommer dieses Jahres trafen sich in Frankfurt einige Herren auf Einladung der Schmalenbachgesellschaft (einem Förderverein von Managern und Wissenschaftlern), um etwas abgeschieden vom Rummel um „die japanische Gefahr“ und „die deutschen Defizite in der Zahlungsbilanz“ diese Frage mal nüchtern und sachkundig zu prüfen. Zu ihrem Tagungsthema „internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen“ hatten sie sich – was sonst nur bei einzelnen Konzernen und Unternehmen üblich ist – einen Unternehmensberater für die Firma „BRD“ kommen lassen. Die weltweit renommierte Unternehmensberatungsfirma McKinsey und Co. kam dann über die Konkurrenz- und Expansionsbedingungen des weltweiten Unternehmens BRD zu folgendem Ergebnis (Sondernummer der „Zeitschrift für Betriebswirtschaftliche Forschung“ und Vorbericht in der „Wirtschaftswoche“ Nr. 29 und 30/81): Grundlinie: Die Japaner nicht überschätzen und die USA nicht unterschätzen. Zielsetzung: „Im Rahmen einer Langfriststrategie ... auf Teilmärkten einen Innovationsvorsprung herauszuholen, um schließlich den Gesamtmarkt, die gesamte Konkurrenz anzugreifen und das Endziel einer überlegenen Marktabdeckung auf breiter Front zu erreichen.“ Die Mittel und Maßnahmen auf dem Weg zu diesem Endziel hätten zu sein: „Gezielte Forschung und Entwicklung ... die Produktivität nicht nur von Personal, sondern auch von Material und Sachkapi-

tal betreiben ... sich nicht zersplittern ... damit die kritische Masse erhalten bleibt ... durch Kombination von Export und Lokalproduktion weltweite Industrien zu entwickeln ... dabei Europa als den großen Heimmarkt, als die Basis der weltweiten Aktivitäten, auszubauen.“ So sei „aus der Defensive in die Offensive“ zu kommen gegen die japanische und US-amerikanische Konkurrenz.

Weltweite Industrie durch Kombination von Waren- und Kapitalexport aufzubauen mit Europa als „Heimmarkt“, das ist – neben der Sicherung der Rohstoffbasis, die McKinsey nicht zu erwähnen brauchte, weil sowieso

längst beschlossene Politik – die Leitlinie auch der westdeutschen Direktinvestitionen seit über einem Jahrzehnt. Deshalb wird der Bericht von McKinsey für die Herren in Frankfurt weder sehr einfallsreich noch neu gewesen sein, aber dafür eine Bestätigung ihrer Konzernpolitik aus berufenem Munde.

In seltsamem Kontrast zu der regen westdeutschen Expansionstätigkeit steht die diesbezügliche öffentliche Meinung. Die Reaktion hat erreicht, über ihrer wirtschaftlichen Aggressionspolitik den Propagandamantel von der ganz un-imperialistischen und feinen Art der westdeutschen Expansion auszubreiten. Was ein richtiger „Multi“ ist – und wer wäre denn nicht ge-

Lohnabhängige westdeutscher Konzerne, Inland und Ausland, 1961, 1975, 1980

| Konzern | 1961 | | | 1975 | | | 1980 | | |
|-----------|---------|---------|-------------------|----------------------|---------------------|-------------------|---------|---------|-------------------|
| | Inland | Ausland | in % ¹ | Inland | Ausland | in % ¹ | Inland | Ausland | in % ¹ |
| VW AG | 69 558 | 11 206 | 13,9 | 117 667 | 59 157 | 33,5 | 158 870 | 99 060 | 38,4 |
| Siemens | 202 000 | 26 000 | 12,9 | 207 000 | 89 000 | 30,1 | 235 300 | 108 700 | 31,6 |
| Daimler-B | 88 666 | 6 599 | 6,9 | 129 730 ² | 25 135 ² | 16,2 | 146 323 | 37 069 | 20,2 |
| Hoechst | 51 820 | 6 880 | 11,7 | 105 070 | 76 580 | 42,1 | 100 904 | 85 946 | 46,0 |
| BASF | o.A. | o.A. | | 88 832 | 22 613 | 20,3 | 87 373 | 29 145 | 25,0 |
| Thyssen | o.A. | o.A. | | 120 920 | 20 529 | 14,5 | 127 700 | 24 389 | 16,0 |
| AEG | o.A. | o.A. | | 132 800 | 29 300 | 18,1 | 115 530 | 29 670 | 20,4 |
| Krupp AG | o.A. | o.A. | | 71 915 | 6 997 | 8,9 | 76 747 | 8 959 | 10,3 |
| Mannesm. | 77 415 | 6 279 | 7,5 | 85 215 | 23 336 | 21,5 | 74 731 | 28 760 | 27,8 |
| Bosch | o.A. | o.A. | | 70 276 | 35 277 | 33,4 | 74 773 | 45 247 | 37,7 |

1) Lohnabhängige im Ausland in % aller Lohnabhängigen. 2) = 1974. – Quellen: 1980, 1975: Geschäftsberichte der Konzerne. Da in den Konzernberichten nur die Lohnabhängigen der „konsolidierten“ Unternehmen aufgeführt werden, also zumeist solche, an denen der Konzern mit mindestens 50% beteiligt ist, wird die tatsächliche Zahl der Lohnabhängigen im Inland wie im Ausland höher liegen. Angaben für 1961 aus: Geschäftsbericht der Siemens AG 1960/61, F. Fröbel, J. Heinrichs, O. Kreye: „Die neue internationale Arbeitsteilung“, Hamburg 1979, S. 473f.

BRD-Direktinvestitionen und Kapitalerträge aus dem Ausland in Mrd. DM

| | 1971 | 1975 | 1980 |
|------------------------------------------------------------------|-------|-------|--------|
| Bestand an Direktinvestitionen lt. Bundesbank ¹ | 23,78 | 42,01 | 74,83 |
| eigene Schätzung ² | 30,50 | 60,00 | 115,30 |
| Totaler priv. Kapitalexport im jew. Jahr ³ | 8,46 | 21,86 | 27,37 |
| Kapitalerträge aus dem Ausland | 8,70 | 12,41 | 23,91 |
| – aus priv. Direktinvestitionen | 1,18 | 1,71 | 2,39 |
| – aus priv. Portfolioinvestitionen | 1,38 | 1,24 | 2,10 |
| – aus priv. Krediten und Darlehen | 3,29 | 4,60 | 12,21 |
| – aus öffentl. Krediten und Darlehen ⁴ | 2,80 | 5,04 | 7,13 |

Quellen: 1) Bundeswirtschaftsministerium, „Leistung in Zahlen“ 1978, und Deutsche Bundesbank, „Zahlungsbilanzstatistik“, div. Ausgaben. 2) Die Deutsche Bundesbank definiert als „Direktinvestitionen“ jeden Erwerb einer Beteiligung von mehr als 10% des Kapitals einer ausländischen Firma. Dies entspricht der Definition des US-Statistischen Amtes, wogegen das französische, britische und japanische Statistische Amt nur Beteiligungen von mehr als 25% als „Direktinvestition“ erfassen. Niedrigere Beteiligungen gelten als „Portfolioinvestitionen“. Dafür erfaßt die Deutsche Bundesbank a) die „Altvermögen“, d.h. die nach dem 2. Weltkrieg nicht beschlagnahmten Kapitalanlagen z.B. in der Schweiz, Südafrika, der Türkei, Indien, Pakistan, Argentinien, Kolumbien, Portugal nicht. Diese beliefen sich 1969 auf 2 – 2,5 Mrd DM (vgl. E. Scharrer, a.a.O., S. 473f.). Außerdem erfaßt die Bundesbank lediglich den Kapitalexport. Die japanische, britische, US-Statistik erfassen dagegen die reinvestierten Gewinne ebenfalls, so daß die Bundesbank-Angaben unter den Vergleichszahlen der übrigen imperialistischen Staaten liegen.

Wir haben deshalb zu den offiziellen Angaben der Bundesbank addiert: a) die Altvermögen, b) die reinvestierten Gewinne. E. Scharrer („Förderung privater Direktinvestitionen“, Hamburg 1972) schätzt, daß nur 30% der Gewinne aus Direktinvestitionen als „Kapitalertrag“ in die BRD zurückfließen. Nach dieser Schätzung und den Angaben der Bundesbank über „Kapitalerträge aus Direktinvestitionen“ haben wir den tatsächlichen Bestand an westdeutschen Direktinvestitionen geschätzt und die „Altvermögen“ hinzuaddiert. 3) netto. Erfasst sind Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen, Kredite und Darlehen, ohne reinvestierte Gewinne. 4) inkl. Zinsgewinne der Deutschen Bundesbank, nach „Zahlungsbilanzstatistik“, a.a.O.

Stellungnahmen der Gewerkschaften zum Kapitalexport

Die BRD-Gewerkschaften, die europäischen und die internationalen Gewerkschaften haben auf verschiedenen Ebenen gegen den Kapitalexport der großen Konzerne Stellung genommen. Verstärkt tun sie das, seit die Imperialisten, auch die BRD-Imperialisten, Produktionsstätten auflösen und die Produktion in andere Länder verlagern. Die Stellungnahmen richten sich gegen die teilweise dadurch entstehende Arbeitslosigkeit in den eigenen Ländern, aber auch gegen die Rechtlosigkeit der Arbeiter in den Ländern der Dritten Welt gegenüber den Kapitalisten und gegen ihre niedrige Entlohnung. Die Gewerkschaften wollen eine bessere Zusammenarbeit der internationalen Arbeiterbewegung erreichen. Falsch werden die Stellungnahmen da, wo sie davon ausgehen, daß die imperialistischen Konzerne den Völkern der Dritten Welt beim Aufbau ihrer nationalen Wirtschaft nutzen können.

Antrag der Verwaltungsstelle Hildesheim an den 13. o. Gewerkschaftstag der IGM

Der 13. o. Gewerkschaftstag möge beschließen: In immer stärkerem Ausmaß wird von den Unternehmern in den letzten Jahren Produktion in Länder mit niedrigem Lohn und niedrigen Materialkosten ausgelagert und Kapital exportiert. Die Unternehmer nutzen hierbei die höhere Ausbeutung und Unterdrückung von Kolleginnen und Kollegen in diesen meist diktatorischen Ländern (z.B. Südkorea) aus. Dadurch ist in Europa in manchen Industriebereichen der Erhalt von Produktion und damit Arbeitsplätzen bedroht. Die Unternehmer werden mit unseren Steuern

ermitteln hierbei noch unterstützt. Da diese Entwicklung äußerst bedrohlich für den Erhalt an Arbeitsplätzen ist, wird der Vorstand beauftragt:

- eine überregionale öffentliche Kampagne zu organisieren, die in Betrieben sowie in öffentlichen Bereichen diese Gefahr ins Bewußtsein der Mitglieder und anderer Menschen bringt. Und die öffentlichen Medien und Politiker auf unsere Forderungen aufmerksam macht.

- In dieser Kampagne fordern wir den Stopp von Produktionsauslagerung und Kapitalexport in Länder, in denen keine freien Gewerkschaften zugelassen sind sowie den Stopp der Begünstigung von Produktionsauslagerungen und Kapitalexport in Länder, in denen keine freien Gewerkschaften zugelassen sind, sowie den Stopp der Begünstigung von Kapitalexport und Produktionsauslagerung mit Hilfe unserer Steuermittel.

(Der Antrag ging als Material an den Hauptvorstand)

Entschließung Nr. 28 des 13. o. Gewerkschaftstages der IGM: Multinationale Gesellschaften (Auszüge)

- Die UNO soll einen Verhaltenskodex verabschieden

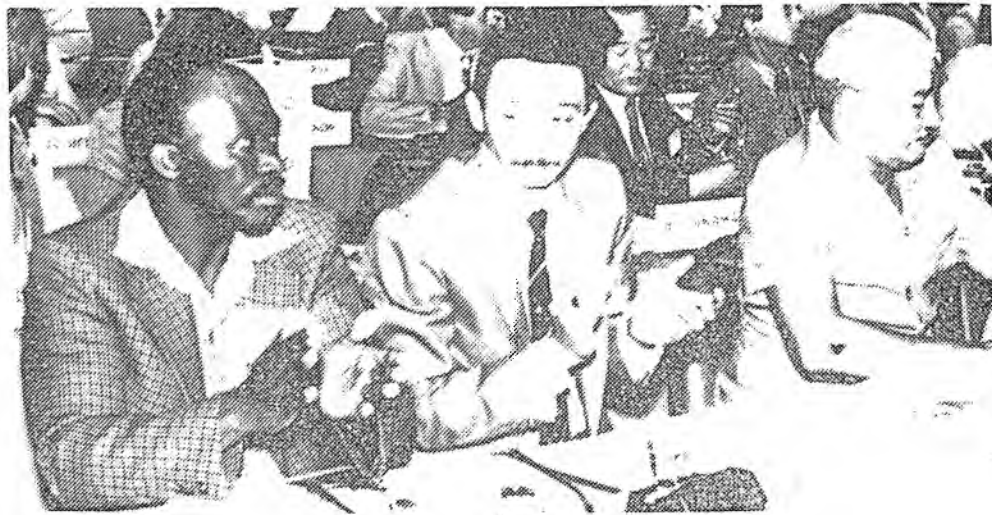
- Die internationalen Unternehmen sind darauf zu verpflichten, ihr Sozialverhalten und insbesondere die Behandlung der Gewerkschaften in ihren Tochtergesellschaften öffentlich darzulegen

- Die multinationalen Konzerne sind auf nationaler und internationaler Ebene zu öffentlicher Rechnungslegung zu verpflichten ...

- Die gewerkschaftliche Gegenmachtposition ist durch die Erweiterung und Verbesserung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer in allen Ländern zu verstärken

- Die öffentliche Diskussion über die Kontrolle multinationaler Konzerne muß verstärkt werden, um ein Klima für die Durchsetzung rechtlicher Kontrollmöglichkeiten zu schaffen

Die zunehmende Internationalisierung von Unternehmen zwingt zu verstärkten gewerkschaftlichen Aktivitäten ...



Vertreter von General-Motors-Gewerkschaften aus 20 Ländern haben sich im Juni 81 getroffen, um ihre Forderungen gegen den Konzern zu besprechen.

gen solche Auswüchse – , ist immer „ein Amerikaner“. Die westdeutschen Direktinvestitionen und Kapitalexporte muß man immer „sehr differenziert sehen“ – so einige Bundestagsparlamentarier nach einer „Expertenanhörung“ 1974. Und überhaupt ist die Vermögensanlage der BRD im Ausland ja durch den Krieg auf Null zurückgeworfen worden usw.

Wer wollte schon bestreiten, daß der Bestand an US-Direktinvestitionen im Ausland von anderer Größenordnung ist als der seiner imperialistischen Konkurrenten. Diesen Bestand geben US-Statistiken für 1979 mit 192,3 Mrd. US-\$ an

Folgt man aber nicht der Verdunkelungsstatistik der westdeutschen Bundesbank, sondern nimmt eine Schätzung vor über diejenigen Anlagen und Investitionen ausländischer Profite in ausländischen Firmen der BRD, die nicht in westdeutschen Statistiken auftauchen – (s. dazu Tabelle Seite 13) – so ergibt sich für Ende 1979 folgendes Bild: Direktinvestitionsbestand der BRD rd. 60 Mrd. US-\$, britische Direktinvestitionen rd. 40 Mrd. \$, französische rd. 20 – 25 Mrd. \$, japanische Direktinvestitionen 27,2 Mrd. US-\$.

Wir lassen uns gerne in den Einzelangaben und Schätzungen korrigieren, aber festzustellen bleibt: Ende der

70er, Anfang der 80er Jahre hat die westdeutsche Monopolbourgeoisie ihre europäischen Konkurrenten einschließlich der alten Kolonialmächte im Bestand an Direktinvestitionen im Ausland überrundet. Der Maßstab für den zukünftigen Ausbau westdeutscher Direktinvestitionen ist jetzt die Verringerung des Abstandes zu den USA, die Vergrößerung des Abstandes zur europäischen Konkurrenz und die Verhinderung einer Aufholbewegung der japanischen.

Die Kombination von „Export und Lokalproduktion“, also der Einsatz von Direktinvestitionen auf denjenigen Märkten, wo der Anteil am Warenex-

Beschluß des Gewerkschaftstages der ÖTV 1980 (Auszüge)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Bundesregierung aufzufordern:

- Schließen der offenen Schiffsregister in Billigflaggenländern
- Deutschen Reedern das Ausflaggen zu erschweren bzw. Verbot der Ausflagging durch gesetzgeberische Maßnahmen
- Subventionen bzw. andere Unterstützungen im Rahmen des Schiffspolitischen Programms der Bundesregierung dürfen aus Steuergeldern nur geleistet werden, wenn sichergestellt ist, daß auf den Schiffen die Bedingungen den sozialen Mindestvorschriften und Sicherheitsnormen entsprechen ...

Europäischer Gewerkschaftsbund, Aktionsprogramm bis 1982

II. Unternehmenskonzentration und multinationale Konzerne

... die wichtigsten Forderungen sind:

- Schaffung eines europäischen Konzernrechts
- Genaue Festlegung der Informationspflicht für multinationale Konzerne
- Verbesserung der Steuertransparenz
- Errichtung einer europäischen Dienststelle, an die die Investitionen und Investitionsprogramme der Unternehmen zu melden sind

Aus dem Sonderbericht des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB), der für ein IMB-Seminar zu den multinationalen Konzernen in Asien 1981 vorbereitet wurde. Folgende Kritik wurde darin an den Konzernen ausgesprochen:

- Maßregelung von Gewerkschaftern
- eine weit schlechtere Behandlung von Gewerkschaftern in Entwicklungsländern als in Industrieländern
- weitgehende Gleichgültigkeit gegenüber der nationalen Wirtschaftsentwicklung in Regionen, in denen sie niedergelassen sind

Drittes asiatisches IMB-Elektroseminar in Malaysia 1981

Eine der Schlußfolgerungen des Seminars: „Die Harmonisierung der Löhne und Arbeitsbedingungen könnte ein Instrument darstellen, das gegen die Tendenz der Arbeitgeber zur Produktionsverlagerung in Niedriglohnländer eingesetzt werden kann.“

Die Entwicklungscharta des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), angenommen auf der 70. Vorstandssitzung des IBFG, Mai 1978

... In den Ländern, in denen die Gewerkschaftsbewegung schwach ist oder ein beschränktes Aktionsfeld hat, sollten die Regierungen dafür Sorge tragen, daß die Multinationalen Konzerne das Wohlergehen ihrer Arbeitnehmer respektieren und faire Arbeitsnormen anerkennen, insbesondere das Vereinigungsrecht und das Recht auf freie Kollektivverhandlungen ... Neben einer nationalen Gesetzgebung und Überwachung der Auslandsinvestitionen sind internationale Aktionen erforderlich, um zu gewährleisten, daß die Multinationalen Konzerne tatsächlich zu den sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungszielen beitragen ...

Kongreß der internationalen Textil-, Bekleidungs- und Ledervereinigung 1976

... Die Gewerkschaftsorganisationen sind gegen Vergünstigungen aus öffentlichen Mitteln ..., die die Verlagerung der Produktionskapazitäten von den industrialisierten Ländern in die Entwicklungsländer fördern, solange solche Handlungen nicht mit der formellen Verpflichtung über die Qualität der im Gastland geschaffenen Arbeitsbedingungen verbunden sind.

port schon hoch ist, um die Beherrschung von Teilmärkten zu erreichen und dann zu „weltweiten Industrien“ vorzustoßen (McKinsey), ist auch schon in vollem Gange.

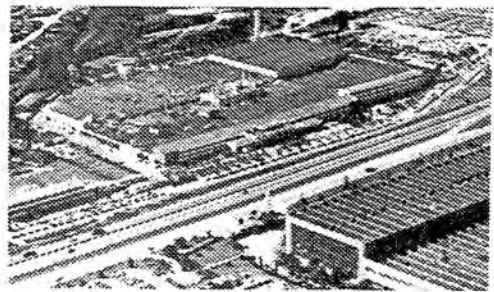
Die Rangfolge der Branchenaufteilung der westdeutschen Direktinvestitionen folgt der Reihenfolge ihrer jeweiligen Weltmarktanteile. Chemieindustrie, Elektroindustrie, Maschinen und Anlagenbau, Fahrzeugbau und in den letzten Jahren Erdöl- und Erdgasgewinnung sind die Hauptexpansionsbranchen der westdeutschen Direktinvestitionen. Diese Branchen halten – in der genannten Reihenfolge – die größten Anteile am gegenwärtigen Di-

rektinvestitionsbestand. Der dazugehörige BRD-Anteil an den jeweiligen Exportmärkten: Weltexportmarkt für Chemie: BRD 24% Marktanteil, vor USA 18% und Japan 7%; Weltexport Elektroindustrie: BRD 25% Marktanteil, vor USA 21% und Japan 22%; Fahrzeugbau: Weltexportmarktanteil BRD 24%, hinter Japan 25% und vor USA 22%.

Dieser Vergleich hat zwar eine beschränkte Aussagekraft wegen der unterschiedlichen Größe der inneren Märkte der USA, Japans und der BRD. Tatsache aber ist, daß Ende der 70er Jahr die BRD im Warenexport nahe an die US-Imperialisten herange-

kommen ist und 11% des Weltexportmarktes erobert hat – hinter USA mit 13% und vor Japan mit 7%. Gegen die japanischen Imperialisten rechnen die westdeutschen Konzerne mittel- bis langfristig sich gute Konkurrenzchancen aus, weil sie wegen der hohen Spezialisierung des japanischen Exportgeschäfts auf höhere Anfälligkeit der japanischen Konkurrenz gegen einen Rückgang des Weltmarktes mit Fortgang der Krise hoffen.

Aus dieser Konkurrenzlage ergeben sich die regionalen Schwerpunkte der geplanten BRD-Direktinvestitionen: Sicherung des „europäischen Heimatmarktes“, der Basis – (Anteil am bisherigen Direktinvestitionsbestand 50,5%) – Angriff auf die US-Märkte in Nordamerika – (Anteil am west-



VW-Niederlassung „Chrysler Motors do Brasil“: 3423 Lohnabhängige

deutschen Direktinvestitionsbestand 27,6%) – und Mittel- und Südamerika – (Anteil 12,3%) – und Angriff auf die von Japan beherrschten Märkte in Asien. Außerdem: Vormarsch in Afrika über das südafrikanische Kolonialregime sowie über Ägypten, Libyen, Algerien, Nigeria im Norden und Westen. Spanien – wo die BRD zusammen mit Brasilien über die Hälfte aller Direktinvestitionen außerhalb der EG und Nordamerika hält – als Sprungbrett nach Afrika und Lateinamerika.

Für die Finanzierung der ehrgeizigen westdeutschen Kapitalexportholitik unter den Bedingungen einer Vertiefung der Wirtschaftskrise und schrumpfenden Weltmärkten ist der folgende Umstand ganz offensichtlich eingeplant: 1980 konnte die BRD allein aus privaten und öffentlichen Krediten und Darlehen einen jährlichen Kapitalertrag von 19,34 Mrd. DM ziehen. Das sind rund 7,5 Mrd. DM weniger als der Betrag des Kapitalexports im gleichen Jahr ohne Kredite (siehe Tabelle S. 13). Das heißt aber, daß die westdeutsche Monopolbourgeoisie, ganz abgesehen von den bisher aufgehäuften Devisen und Goldreserven, mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise nicht einmal auf fortgesetzte Überschüsse aus dem Warenexport angewiesen wäre, um einen schwunghaften Kapitalexport zu finanzieren. Sie schöpft ständige Deviseneinnahmen aus ihrem internationalen Gläubigergeschäft

Siemens: Monopolisierung und Kapitalexport

Die Geschichte von Siemens ist engstens verknüpft mit den Weltmachtbestrebungen des deutschen Imperialismus, seinen Niederlagen und seinen erneuten Anstrengungen nach Beherrschung der Welt. Gekennzeichnet ist diese Geschichte durch Monopolisierung des Elektroanlagenkapitals im Innern und dem Kapitalexport ins Ausland. Schon 1880, beim Erstarken des deutschen Imperialismus vor dem 1. Weltkrieg, waren von den knapp 3000 Siemens-Beschäftigten 50% im europäischen Ausland beschäftigt. 1913 baute Siemens sein Imperium auf 33 Fabriken, davon 16 in Deutschland und 17 im europäischen Ausland aus. Mit der Niederlage im 1. wie im 2. Weltkrieg verlor Siemens zwar einen großen Teil seines Auslandskapitals, aber die Zeit nutzten die Siemens-Kapitalisten für neue Eroberungspläne auf dem Weltmarkt. Noch 1960 waren 20000

Bevölkerung zunimmt und die Energie größer ist.“ Anders in Worten, in den Taten jedoch gleich, klingt es aus dem Mund von Dr. Tacke 1978: „Ich glaube, die Regierungen in den Entwicklungsländern sind sich darüber im klaren, daß sie die multi-nationalen Unternehmen zur Lösung ihrer Probleme brauchen ... Die Multis können sicherlich einen nennenswerten Beitrag zur Lösung der Nord-Süd-Probleme leisten ... Es ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen, das für beide Seiten von Vorteil ist.“

Das klingt fast wie von der Kanzel. Die Methode, wie sich Siemens als imperialistischer Konzern in der 3. Welt festsetzt, am Beispiel Südafrikas: Die Infrastruktur des Landes wird durch den Aufbau des Nachrichten- und Informationswesens erobert, die Wartung dieses Siemens-Systems wird notwendig, Werkstätten aufgebaut und im Jahre 1958 wird dann die Produktion mit Gründung der Siemens S.A. Ltd. nach Südafrika verlagert.

Die Monopolisierung im Innern geht einher mit der Verstärkung des Kapitalexports. Nahm Siemens in der Umsatzrangliste der Weltalektrokonzerne 1971 noch den 7. Platz mit 15 Mrd. DM Umsatz ein, so schob sich der Konzern 1980 auf den 5. Platz vor. Der Umsatz verdoppelte sich beinahe auf 29 Mrd. DM. Erzielte Siemens 1971 noch 59% des Weltumsatzes in der BRD und 8% in Asien, Australien, Afrika, so änderte sich das Verhältnis bis 1980 auf 49% zu 16%. Die Anzahl der Siemens-Fabriken mit mehr als 50% Beteiligung steigerte sich von 44 im Jahre 1971 auf 69 im Jahre 1980.

Die Direktinvestitionen aller westdeutschen Unternehmen entfielen Mitte der 70er Jahre zu 30% auf Länder der 3. Welt. Bei Siemens ist der Anteil 40%. Welche Triebkräfte stecken dahinter? Zum einen, wie in dem Beispiel Südafrika: Die Beherrschung der Infrastruktur bedeutet großen Einfluß auf den gesamten Warenmarkt, muß aber auf dem jeweiligen Markt mit Produktionsstätten verbunden sein. Zum anderen das Lohnniveau in den Ländern der 3. Welt, das im Vergleich zur BRD um 70 – 90% niedriger ist. Am Beispiel Halbleiter-Herstellung zeigt sich, wie Siemens diese Verlagerung durchführt. Zuerst gingen z.B. Gehäuseherstellung, Kontaktieren usw. nach Villach (Österreich); heute läuft die Produktion ganz in Singapur.

„Nur“ 27% der bisherigen Direktinvestitionen der BRD sind Investitionen in Länder der Dritten Welt, läßt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung mitteilen, um die imperialistische Unschuld westdeutscher Konzern- und Regierungspolitik zu untermauern. Erstens läßt sich tatsächlich mit einem geringeren Kapitalbetrag Arbeitskraft in den Ländern der Dritten Welt flüssig machen und auspressen als in den Industrieländern, zweitens konzentrieren sich diese Investitionen auf ca. 10 Länder der Dritten Welt, und drittens ist das relative Gewicht der Direktinvestitionen in diesen Ländern zur gesellschaftlichen Gesamtproduktion bedeutend größer als in den Industrieländern.

Walter Scheel voller Freude: „Die Talsohle scheint 1980 überwunden zu sein. Die deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern konzentrieren sich heute auf Volkswirtschaften mit relativ großen Binnenmärkten, fortgeschrittener gesamtwirtschaftlicher Entwicklung und Rohstoffreserven ... Die Spitzengruppe bilden ausnahmslos Schwellenländer und OPEC-Staaten.“

Mit der absehbaren drastischen Verschlechterung der Profitbedingungen in den imperialistischen Ländern und dabei eben auch der BRD plant die westdeutsche Monopolbourgeoisie eine Steigerung des Kapitalexports und der Direktinvestitionen gerade in die Länder der Dritten Welt. Was sich seit der Krise 74/75 bereits bei den westdeutschen „multinationalen“, d.h. imperialistischen Konzernen abzeichnet (s. Tabelle S. 13), wird die allgemeine Richtlinie: Erweiterungsinvestitionen, also zusätzlicher Ankauf von Arbeitskraft, in den Ländern der Dritten Welt, Rationalisierungsinvestitionen und Produktionsstillegungen in der BRD. Das ist die sogenannte „neue internationale Arbeitsteilung“. Senkung des Lohnstandards in der BRD, wachsende industrielle Reservearmee in Westdeutschland und Erschließung neuer und noch größerer Reservearmeen auf noch niedrigerem Niveau der Reproduktion in den Ländern der Dritten Welt, das sind die Ertragsziele für die neuen Direktinvestitionen.

Nicht etwa weil in der BRD die Löhne steigen oder „zu hoch“ sind, wie die Propaganda der Kapitalisten lautet, sondern gerade in den Branchen, wo die Löhne in der BRD bereits niedrig, das Anlagekapital pro Arbeitsplatz gering, der Arbeitsprozeß bereits in der BRD so organisiert ist, daß Akkord- und Schichtarbeit die Regel sind – da lassen sich ganze Produktionsabteilungen in „Niedriglohnländer“ verlagern und selbst der Rücktransport in die BRD ist noch profitabel. Die hervorragendsten Beispiele sind die Textil- und



Afrikanische Arbeiterinnen in der Elektroindustrie. Siemens profitiert von der rassistischen Unterdrückung.

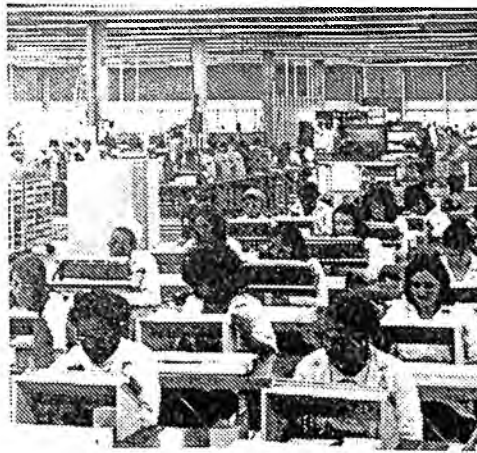
oder 10% der Siemens-Belegschaft im Ausland beschäftigt. 1978 dagegen 99000 oder 30%.

Auch ideologisch sind die Siemens-Kapitalisten fest mit der imperialistischen deutschen Bourgeoisie verbunden: Wilhelm von Siemens 1915: „Das lebensfähige Starke darf nicht geopfert werden dem Unlebensfähigen und Unnützen ... Die arische Kultur verdrängt die schwarze und hat sich der gelben gegenüber zur Geltung zu bringen. Germanische Entwicklung drängt die romanische zurück. Deutschland hat mehr Anrecht an Land und Absatzgebieten als Frankreich und Spanien, weil die

Elektroindustrie. Aber selbst für Teilbereiche des Maschinen- und Anlagenbaus und des Fahrzeugbaus kommt eine Studie im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft nicht umhin, im Fahrzeugbau 4 von 10 und in der Chemieindustrie 6 von 10 Entlassungen ursächlich auf Produktionsauslagerungen zurückzuführen. In der Elektrotechnik, dem Straßenfahrzeugbau und der Eisen-, Stahl- und Nicht-Eisen-Metallerzeugung stellt die gleiche Untersuchung einen wachsenden Anteil von Produkten aus westdeutscher Auslandsproduktion an den Importen in die BRD seit 1970 fest. (1)

Nicht genug aber, daß die westdeutschen Arbeiter durch Lohnkürzung, durch Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit den Kapitalexport finanzieren, daß sie ganze Produktionsanlagen soweit funktionsfähig machen, daß die Kapitalisten sie exportieren können – aus Steuerabzügen von dem gekürzten Lohn fördert die Bundesregierung dann noch eben dieselben Produktionsauslagerungen als „Entwicklungshilfe“ an die Länder der Dritten Welt.

Die „neue Arbeitsteilung“ findet sich nämlich in den „Grundsätzen der



„Mit unserer neuen Telefonfabrik in Curitiba, Brasilien, sichern wir uns eine gute Position im Fernspreckmarkt des Landes.“ Aus: Siemens-Geschäftsbericht 74/75

Bundesregierung zur Entwicklungspolitik“ von 1980: „Die Regierung unterstützt privatwirtschaftliche Zusammenarbeit durch ein umfangreiches Förderungsinstrumentarium ... sie beabsichtigt, arbeitsintensive und kapitalsparende Produktionsmethoden ... zu fördern.“ Seit der Krise 74/75 heißt

die Devise des Bonner „Entwicklungshilfeministeriums“: weniger „unproduktive Hilfe“ – das sind Kredite – und dafür mehr „produktive Hilfe“, das sind private Direktinvestitionen in die Entwicklungsländer.

Es gibt wirklich viele Gründe, für ein vollständiges Verbot des privaten Kapitalexports einzutreten. Aber bevor man sich den Kopf zerbrechen müßte, wie das zu regulieren wäre, sind Maßnahmen der Gewerkschaftsbewegung möglich und werden auch bereits ergriffen gegen den unerträglichen Zustand, daß die Lohnabhängigen die Kapitalexporte mindestens dreifach „fördern“ sollen: durch nicht bezahlte Arbeitsintensivierung bei Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit, durch Senkung des Reallohnes und durch Abzüge und Steuern von dem gesenkten Lohn.

(1) Fikentscher, Moritz: Die Auswirkungen deutscher Direktinvestitionen in Entwicklungsländern auf Produktion und Beschäftigung in der Bundesrepublik, Tübingen 1980. Datenmaterial zur Entwicklung der Textilindustrie und zum Kapitalexport in Niedriglohnländer einschließlich Konzern- und Beteiligungslisten in: Fröbel, Heinrichs, Kreye: Die neue internationale Arbeitsteilung, Hamburg (rororo) 1977.

Gesetze und Verordnungen der Bundesregierung zur Förderung des Kapitalexports

1952: Die Bundesregierung hebt das von den Alliierten verhängte Verbot jeglichen Kapitalexports auf.

1959: Am 25.11. tritt das erste „Investitionsförderungsabkommen“ der Bundesregierung – mit Pakistan – in Kraft. Wie alle späteren Abkommen dieser Art sichert es den westdeutschen Kapitalisten „Gleichbehandlung“ mit Inländern, freien Devisen- und Kapitaltransfer etc. zu. Im Fall von Enteignungen ist Pakistan zu umgehender Entschädigung verpflichtet. Sind die BRD-Kapitalisten mit der Entschädigungssumme nicht einverstanden, entscheidet ein „gemeinsames Schiedsgericht“. Über die Hermes AG übernimmt die Bundesregierung im gleichen Jahr die Garantie für Kapitalanlagen im Ausland. Grundlage ist der § 8 des Haushaltsgesetzes, der (in der Fassung von 1976) festlegt: „Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen ... 3. zur Absicherung des politischen Risikos für förderungswürdige Anlagen im Ausland ...“ Die Gesamtsumme der Garantien wird jährlich im Haushaltsgesetz festgelegt.

1961: Die Außenwirtschaftsverordnung (AWV) tritt in Verbindung mit dem Außenwirtschaftsgesetz in Kraft. Sämtliche Beschränkungen

des Kapitalexports sind damit aufgehoben. Am 9.6. verabschiedet der Bundestag das „ERP-Entwicklungshilfegesetz“: Die staatliche „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ stellt künftig „kleinen und mittleren“ Kapitalisten für Kapitalexporte in Staaten der Dritten Welt zinsgünstige Darlehen zur Verfügung. Das Gesetz wird Anfang 1979 durch ähnliche Förderungsmaßnahmen abgelöst. Am 14.11. tritt Walter Scheel sein Amt als erster „Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ an.

1963: Am 23.12. verabschiedet der Bundestag das „Entwicklungshilfe-Steuerengesetz“, das bis 1979 gültig ist, dann vom Bundestag unbefristet verlängert wird. Die Kapitalisten dürfen „Vermögenszuwächse“, d.h. Kapitalanlagen in Staaten der Dritten Welt, für die Steuer um 15% verringern und 6 Jahre lang eine steuerfreie Rücklage von 40% der Kapitalanlage bilden.

1969: Der Bundestag verabschiedet das „Auslandsinvestitionsgesetz“. Die Kapitalisten dürfen „Anlaufverluste“ aller ausländischen Kapitalanlagen in der BRD von der Steuer absetzen. Das im gleichen Jahr verabschiedete Devisenausgleichsabkommen BRD – USA erlaubt der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“, künftig Kapitalanlagen „mittlerer und kleiner“ Kapitalisten in den USA mit verbilligten Krediten zu fördern.

1970: Zur „Sicherung der Rohstoffversorgung“ weitet die Bundesregierung die Möglichkeit der Kapitalisten, steuerfreie Rücklagen zu bilden, auf Rohstoff-Förderung und -exploration aus und übernimmt die Garantie für Kredite an die Kapitalisten.

1973: Der Bundestag novelliert das „Entwicklungshilfe-Steuerengesetz“: Für Kapitalanlagen in „am wenigsten entwickelten Ländern“ dürfen die Kapitalisten steuerfreie Rücklagen bis zu 100% der Kapitalanlage bilden.

1974: Die UNO-Generalversammlung verabschiedet die „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“: U.a. sollen Kapitalanlagen im Ausland nur nach dem souveränen Recht des Anlagelandes behandelt werden. Alle Investitionsförderungsabkommen der BRD verstoßen gegen diesen Beschluß.

1979: Der Bundestag novelliert das „Entwicklungshilfe-Steuerengesetz“ erneut. U.a. wird die steuerfreie Rücklage auf Rohstoffprojekte von 40% auf 60% der Projektkosten erhöht, die Auflösungsfrist von 6 auf 12 Jahre verlängert.

1980: Ende des Jahres sind 58 Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung in Kraft. Sie erlauben den Kapitalisten, ihre im Ausland gezahlten Steuern in der BRD abzuziehen.

1981: Am 1.6. sind 48 „Investitionsförderungsabkommen“ der Bundesregierung mit Staaten der Dritten Welt unterzeichnet.

Protest gegen Stellenstreichungen

Überstundenverweigerung hat der ÖTV-Kreisvorsitzende Jungmann auf der Protestkundgebung, die 4000 Beschäftigte der Stadtverwaltung Frankfurt am 7.10. durchführten, angekündigt für den Fall, daß wie geplant 340 Stellen gestrichen werden und 499 Stellen einen „kw“ (kann wegfallen) Vermerk erhalten. Die Beschäftigten demonstrierten gegen geplante Stellenstreichungen, Lohnkürzungen und Wiederbesetzungssperren. Der BR-Vorsitzende der Adler-Werke berichtete, daß die Belegschaft der Adler-Werke aus Solidarität mit den städtischen Beschäftigten um 12 Uhr nicht gearbeitet habe.

Bosch: 135%-Akkordlohn abgesichert

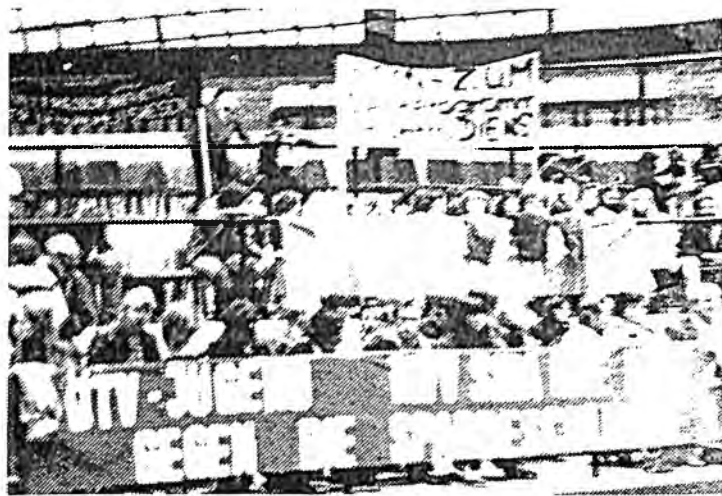
Seit Jahren verhandeln Gesamtbetriebsrat und Firmenleitung von Bosch über einen Neuaufbau der Entlohnung. Für Akkordlöhner im Stammwerk Stuttgart-Feuerbach wurde jetzt folgendes vereinbart: Der jetzige Akkorddurchschnittsverdienst in Höhe von 135% vom Tariflohn wird für jeden Arbeiter individuell abgesichert. Zusätzlich gibt es

An die 1000 Menschen beteiligten sich am 14.10. an der Kundgebung des DGB Mannheim gegen die Haushaltsmaßnahmen der Regierung. Als Hauptredner betonte Hensche, daß „Opferbereitschaft“ nicht mehr verlangt werden kann. Er wies den Reallohnabbau nach und forderte die 35-Stunden-Woche. Die Bundesregierung wurde scharf angegriffen, da sie Schritt für Schritt Errungenschaften der Arbeiterbewegung aufheben will und den Kapitalisten ständig weiter entgegenkommt. Er rief auf, den Ausbau des Rüstungshaushalts zu bekämpfen.

noch eine im Verhältnis dazu geringe Prämie, die von Qualität, Stückzahl und anderen Faktoren abhängt. Mit dieser Vereinbarung wird zwar keine Höherentlohnung erreicht, aber eine Absicherung des Effektivlohns in Höhe des bisherigen Akkorddurchschnitts. Begründet hat dies der Betriebsrat mit der Umrüstung des bestehenden Maschinenparks bei Bosch auf NC-gesteuerte und frei programmierbare Anlagen, wo der einzelne Arbeiter kaum Einfluß auf Stückzahl und Taktzeit und damit auf seine eigene Leistung mehr hat.



Mit großer Mehrheit beschlossen die Arbeiter des britischen Leyland-Autokonzerns am 16. Oktober, gegen das 3,8%-Lohnangebot der Kapitalisten ab 1.11. zu streiken. Nach Angaben der Gewerkschaft TGWU stimmten etwa 90% der Arbeiter auf den Belegschaftsversammlungen für Streik. BI-Vorsitzender Sir Michael Edwards und die britische Regierung waren von dem Ergebnis der Versammlungen äußerst überrascht. Edwards hatte vor den Versammlungen angedroht, falls gestreikt würde, würde er die Streikenden entlassen und die betroffenen Werke stilllegen. Mit solchen Drohungen hatte er in den letzten vier Jahren große Erfolge gegen die Arbeiter erzielt. Im Oktober 1979 stimmte die Mehrheit der Belegschaft 25000 Entlassungen zu, im November 1979 setzten die Kapitalisten die Entlassung des Vertrauensleute-Vorsitzenden Robinson trotz eines Streiks durch, 1980 erzwang die Firma einen Lohnabschluß von 5% für 1981 von 6,8%, beide Male weit unter der Inflationsrate. Ein Leyland Arbeiter wie hier am Motorband verdient etwa 106 Pfund (ca. 450 DM) brutto wöchentlich, ein Ford Arbeiter dagegen etwa 120 Pfund



Urteil im Brückner-Prozeß

10%ige Gehaltskürzung auf vier Jahre ist das Urteil der Disziplinarkammer beim hannoverschen Verwaltungsgericht gegen den Sozialpsychologieprofessor Peter Brückner. Wie berichtet, wurden ihm wissenschaftliche Analysen in Broschüren und Interviews vorgeworfen, mit denen er das politische „Mäßigungsgebot“ für Beamte gebrochen habe. Dieser Anklage folgte das Urteil in allen wesentlichen Punkten. Der wissenschaftliche Charakter der Äußerungen Brückners wurde einfach abgestritten. Der niedersächsische Wissenschaftsminister äußerte sich zufrieden über das Urteil, will aber erst nach Erhalt der schriftlichen Begründung entscheiden, ob die Suspendierung Brückners aufgehoben wird und ob Berufung eingelegt wird. SPD und FDP Niedersachsens reagierten empört und verlangten erneut die sofortige Aufhebung der Suspendierung. Brückner will gegen das Urteil Berufung einlegen.

GHK: flexible Altersgrenze auf 60 senken!

Der 11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Männer und Frauen auf das sechzigste Lebensjahr gefordert. Der neugewählte Gewerkschaftsvorsitzende Morich erklärte, es sei erwiesen, daß sich der gesundheitliche Verschleiß bei den Arbeitern gerade in den letzten Berufsjahren erheblich erhöhe, „daß mit zunehmendem Alter die Belastungen sich gesundheitsschädigend auswirken, der Streß, der Lärm und die Umwelteinflüsse in den Betrie-

ben.“ Die Delegierten forderten, Lohnabhängige sollen mit 58 Jahren, „wenn sie es wünschen, verkürzt mit vollem Lohnausgleich arbeiten können.“ Der Gewerkschaftstag verlangte die „stufenweise Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche“, „zwischen den Gewerkschaften abgestimmte Aktionen und Kampagnen zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche“, „es muß das gemeinsame Anliegen aller Mitglieder der Gewerkschaften werden.“ Weiter wurde beschlossen, die Forderung nach stufenweiser Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich „bei jeder Tarifkündigung mit zu stellen.“

Umschüler gegen „Spar“-beschlüsse

Köln. Etwa 50 Vertreter aus 20 Städten der BRD und aus Westberlin beteiligten sich am 17./18. Oktober an der 4. Umschülerkonferenz. Der von der Bundesregierung vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes sieht Kürzungen des Unterhaltsgeldes von 80% des Nettolohnes auf 68% vor. In Essen, Köln, Hamburg und anderen Orten fanden bereits Demonstrationen der Umschüler dagegen statt, u.a. in Stuttgart ist eine geplant. Die Umschülerkonferenz sprach sich gegen die Kürzungspläne aus und bekräftigte die auf früheren Konferenzen aufgestellten Forderungen nach Selbstverwaltung der Sozialversicherungen und Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung. Der DGB-Bundesvorstand hat Unterstützung zugesichert.

Untere Lohngruppen

Fuba-Betriebsrat erreicht 170 Höhergruppierungen

Fast 60% der tausendköpfigen Fuba-Belegschaft sind in den unteren drei Lohngruppen eingestuft. Die Monatsbruttolöhne liegen zwischen 1770 und 2080 DM (ohne Überstunden). Fuba (Kreis Hildesheim) ist ein Elektroindustriebetrieb. 65% der Belegschaft sind Frauen. Haupterzeugnisse sind Antennen jeder Art und seit Ende 1979 verstärkte Kabelfernsehanlagen. Professionelle Füllsender und Fernsehverstärkeranlagen, deren Hauptabnehmer die Bundespost ist, verlangen von der Belegschaft besonders hohe Anforderungen. Darunter leidet in der Regel der Durchschnittsakkord.

Mitte 1980 stellte das Unternehmen die Produktion auf die Kabelfernsehtechnik um. Technisch verbesserte Geräteproduktion hatte die Einführung rechnergesteuerter Prüfplätze, automatischer Bestückungsplätze und Automatisierung der Vorfertigung zur Folge. Kostensenkung durch Abgruppierungen und erhöhte Produktivität sollte die Gewinnlage noch mehr verbessern. Dabei wurde der Betriebsrat ziemlich dreist übergangen.

In 170 Fällen konnte der Betriebsrat nachweisen, daß durch die Produktionsumstellungen die Bewertung und Einstufung dieser Arbeitsplätze nicht den Bestimmungen des Tarifvertrags entspricht. In der Tabelle sind die vor und nach den neuerlichen Zeitaufnahmen gezahlten Monatsbruttolöhne aufgeführt. Der Betriebsrat konnte die Geschäftsleitung zwingen, sieben Monate nach den Produktionsumstellun-

gen für die umgerüsteten Arbeitsplätze Neueinstufungen vornehmen zu lassen.

| Fall | Anz. | vor Erh.* | nach Erh. |
|------|------|------------|-----------|
| 1 | 52 | 1787 (1)** | 1818 (2) |
| 2 | 65 | 1787 (1) | 1830 (2) |
| 3 | 32 | 1818 (2) | 1882 (3) |
| 4 | 21 | 1818 (2) | 1902 (3) |

*) Monatsbrutto in DM; **) Lohngruppe

Bei 52 Arbeitsplätzen wurde nachgewiesen, daß das nötige Fachkönnen um 20 Punkte höher liegt und die Belastungen ebenfalls angestiegen sind. Damit erfolgte eine Lohnänderung von LG 1 nach LG 2. Im zweiten „Fall“ wurden 65 Arbeiterinnen auch in LG 2 eingestuft, zusätzlich erhielten sie eine Lärmzulage von 5 Pfennig. Der Einsatz von halbautomatischen Bestückungsplätzen, Nietautomaten, Spulenwickelautomaten, Modultechnik und automatischen Lötstraßen erhöhte die Anforderungen, auch durch die erheblich gesteigerte Produktivität.

Im 3. und 4. „Fall“ (Tabelle) konnte für 53 Belegschaftsmitglieder die Höhergruppierung in LG 3 durchgesetzt werden. Für 21 wurde noch eine Zulage von 9 Pfennig ausgehandelt, weil sie besonders schlechten Lichtverhältnissen ausgesetzt sind und durch starke Reflektionen geblendet werden. Für alle wurde die LG 3 mit erhöhten Anforderungen und größeren Belastungen nachweislich begründet. Die

53 im Fertigungs- und Prüfungsbereich arbeitenden Frauen sind an automatischen Bestückungsplätzen und an Bildschirmmeßplätzen eingesetzt worden und klagten nach kurzer Zeit über häufiger auftretende und stärkere Kopf- und Rückenschmerzen.

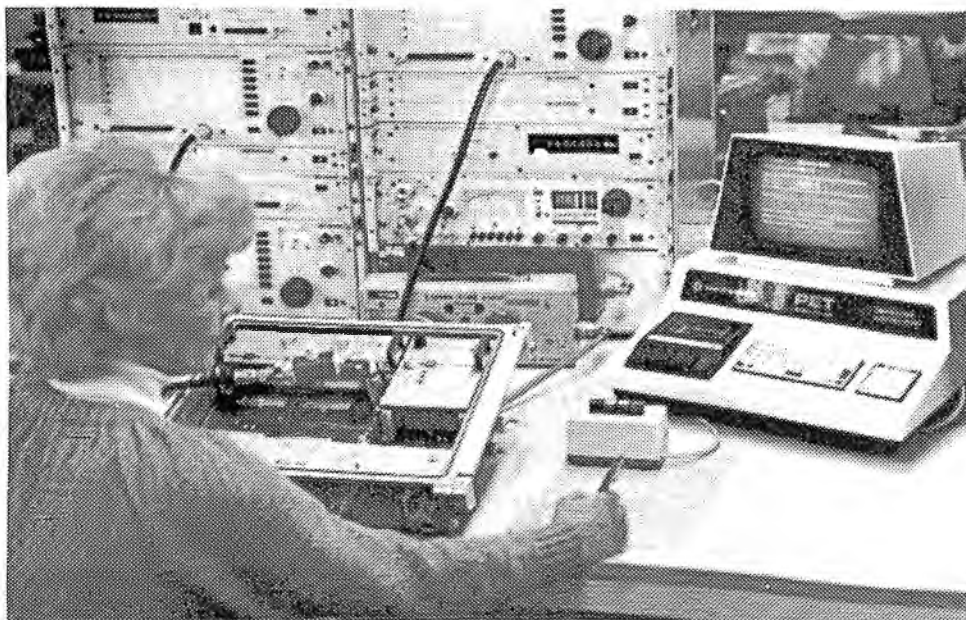
Inwieweit die Arbeitsintensität an allen 170 neueingestufteten Arbeitsplätzen verschärft wurde, konnte der Betriebsrat nicht eindeutig nachweisen. Er begründete die erforderlichen Höhergruppierungen mit den schon erwähnten körperlichen Beschwerden und den gesunkenen Durchschnittsakkorden an diesen Arbeitsplätzen um ca. 3 bis 5%. Die von der Geschäftsleitung ohne Zustimmung des Betriebsrat durchgeführten Zeitaufnahmen führten zu einem größeren Krach. Neue Zeitaufnahmen im September hatten eine Erhöhung der Vorgabezeiten und eine Senkung der „Normalleistungsbewertung“ zur Folge. Anstatt mit 120 bis 125% rechnet die Fertigung jetzt wieder mit 130 bis 133% Akkord ab.

Als Ergebnis der Betriebsausschußsitzung vom 24. September erfolgt für die 170 „Fälle“ eine Nachzahlung für sechs Monate und zwar steuerbereinigt. Die Bruttonachzahlungen müssen die Steuerabzüge ausgleichen.

Wohnungsbau Senkung der Wohnqualität angestrebt

München. Als „gezielte Demonstrativbaumaßnahme“ werden unter Federführung des Staatssekretärs Neubauer aus der Staatskanzlei, Leiter der Kommission für Verwaltungsvereinfachung, in Rosenheim 12 – 15 Familien-eigenheime in Gruppenselbsthilfe errichtet. Demonstriert werden soll „Kostendämpfung im Wohnungsbau“, wie es im Bericht der Kommission im Staatsbulletin vom 29.9.81 heißt. Um dies zu erreichen, ergreift die Stadt Rosenheim „gezielte Maßnahmen zur Kostendämpfung“: Die Grundstücke sind nur so groß wie unbedingt nötig, rationelle Bauverfahren werden angewandt, der Erschließungsaufwand wird möglichst gering gehalten. So soll z.B. auf den Bau befestigter Gehwege verzichtet werden. Aber nicht nur, daß die Bewohner bei schlechtem Wetter im Schlamm waten sollen: „Die Ausstattung der Eigenheime muß nicht bereits zum Zeitpunkt des Einzugs den heute üblichen Standard aufweisen.“

Die Baumaßnahme in Rosenheim entspricht somit genau den „Leitsätzen Bayerischer Wohnungs- und Städtebaupolitik für die nächsten Jahre“, die Innenminister Tandler 1980 im



Prüferin in LG 3 am rechnergesteuerten Meßplatz mit Bildschirmcomputer.

Landtag vorgetragen hat: „Dämpfung der Baukosten durch – Fertigbauweise und ähnliche rationelle Baumethoden sowie wirtschaftlichere Grundrisse, – Errichtung auch einfacher ausgestatteter Wohnungen, – wirtschaftliche Bebauung der für den sozialen Wohnungsbau ausgewiesenen Grundstücke, – Beschränkung des Erschließungsaufwands auf das Notwendigste.“ Damit keine Zweifel aufkommen, gegen wen die Senkung der Wohnqualität durchgesetzt werden soll, stehen diese Grundsätze unter der Überschrift: „Wohnungsbau – nicht nur für Reiche“. Die CSU sieht den Wohnungsmarkt durchaus differenziert: „Der Wohnungsmarkt ... muß ... also auch Wohnungen des gehobenen Bedarfs umfassen.“ (Beschluß des

Arbeitskreises Wohnungs- und Städtebau des CSU-Parteitag vom 9. – 11.7.81 München)

Die Demonstrativbaumaßnahme ist an folgende Bedingung geknüpft: „Neben einer entsprechend hohen sozialen Dringlichkeit ist Bedingung für die staatliche Förderung vor allem, daß die Familienmitglieder in der Lage sind, einen hohen Anteil an Selbsthilfe zu erbringen, und daß sie zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn, den planenden Architekten und dem betreuenden Wohnungsunternehmen, der Landeswohn- und Städtebaugesellschaft, bereit sind.“ „Schaffung von breitgestreutem Eigentum“? – Angriff auf die gesetzlichen Vorschriften für die Mindestausstattung von Wohnungen!

die für die Einleitung des Volksbegehrens notwendige Zahl von 120000 (= 3% der Wahlberechtigten) schon längst überschritten. Mit der Abgabe der Unterschriften am 14.11. in Wiesbaden im Rahmen einer Demonstration beginnt dann die zweite Phase, das Volksbegehren. 800000 Menschen (= 20% der Wahlberechtigten) müssen sich innerhalb von zwei Wochen in Listen auf den Gemeindeämtern eintragen, damit in Phase 3 der Volksentscheid, die Abstimmung über den eingereichten Gesetzesantrag, stattfindet. Der Gesetzentwurf ist ein Ergänzungsgesetz zum Hessischen Landesraumordnungsprogramm mit dem Ziel: „Die flächenmäßige Ausdehnung des Verkehrsflughafens Frankfurt a.M., einschließlich der US Air Base, wird, soweit Flächen für den Flugbetrieb oder für Einrichtungen und Nebenanlagen des Flugbetriebs in Anspruch genommen werden, begrenzt auf das Gebiet der Stadt Frankfurt a.M.; eine Erweiterung darüber hinaus findet nicht statt.“ (Gebietsgrenzen am 1.1.81)

Wenn die Landesregierung, was wahrscheinlich ist, den Antrag zum Volksbegehren nicht zuläßt, kann der Antragsteller den Staatsgerichtshof anrufen, wenn er elf Abgeordnete oder nochmals 40000 Unterschriften beibringt. Wenn der Staatsgerichtshof ablehnt, ist das Volksbegehren gescheitert. Wenn das Volksbegehren erfolgreich ist, prüft die Landesregierung die Rechtmäßigkeit. Sie hat schon gleich nach Vorlage des Gesetzentwurfs bekundet, daß sie ihn für nicht verfassungsgemäß hält. Wiederum ist Anrufung des Staatsgerichtshofs möglich, und wenn der auf nicht rechtmäßig entscheidet, ist das Volksbegehren gescheitert. Nach einem rechtmäßigen Volksbegehren dagegen muß erst noch

Startbahn West

Hessische Landesregierung gerät unter Druck

Wenn die Landesregierung gehofft hatte, durch die Verschiebung des Baubeginns der Startbahn West um drei Monate und den vorläufigen Verzicht auf den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wethen-Diemenstadt den Widerstand gegen den Bau der Startbahn West auszutrocknen, wenn die Landesregierung gehofft hatte, daß nach der Räumung des schon im Vorjahr gerodeten Geländes am 6. und 7.10. Kälte und Regen den Widerstand aufweichen könnten, wenn die Landesregierung und die bürgerliche Presse gehofft hatten, durch tägliche Hetzartikel und Kommentare über „die Gewalt“ und feinsäuerliche Unterscheidungen zwischen „den Chaoten“ und „den gutgläubigen Bürgern“ den Widerstand zu spalten, so sahen sie sich am Sonntag, 11.10., getäuscht. 8000 bis 10000 Menschen waren zu der Kundgebung der BI gegen die Flughafenerweiterung gekommen. Den stärksten Beifall erhielt die Aussage des BI-Redners, daß eine Spaltung zwischen „den Langhaarigen und den Grauhaarigen“ nicht zugelassen werde. Danach zogen etwa 6000 zur Baustelle, wo schon etwa 10000 damit beschäftigt waren, Gräben zur und entlang der neu errichteten Betonmauer, die die Bauarbeiten vor dem Volk schützen soll, auszuheben sowie das Hüttendorf weiter zu befestigen. Der Fortgang der Grabungsarbeiten wurde dadurch erleichtert, daß die Rohre der Wasserwerfer etwa die gleiche Höhe haben wie die Mauer und die Leute direkt vor der Mauer nicht erreichten. Daraufhin schickte die Polizeiführung zwei Hundertschaften SEK vor, die auf die Menschen, die sich inzwischen eingehakt hingesetzt hatten, wild einschlugen.

Die hessische Landesregierung ist in Zugzwang. Sie hat sich im Landtag und gegenüber der Flughafen AG darauf festgelegt, daß die Startbahn West im Sommer 1983 in Betrieb genommen werden kann. Jedoch der Widerstand wächst, je brutaler die Landesregierung vorgeht. Andererseits steht die Landesregierung unter dem Zwang, bald vollendete Tatsachen zu schaffen, denn der sichere Antrag für das Volksbegehren gegen die Startbahn West wird sie in politische Bedrängnis bringen, wenn währenddessen der Bau weitergeht.

Etwa 200000 Menschen haben bisher für die Zulassung des Volksbegehrens gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens unterschrieben. Mit 161000 bestätigten Unterschriften ist



Sonntag, 11.10. am Bauplatz: Schlagstockeinsatz und CS-Gas gegen eine z.T. mit erhobenen Händen stehende Menschenmenge.

der Landtag über den Gesetzentwurf entscheiden. Erst wenn diese Entscheidung negativ ist, kommt es zum Volksentscheid.

Durch die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren sind nicht die Kräfte der Bewegung gegen den Startbahnbau gebunden worden, sondern es hat sich die Erwartung, die die BI beim Beschluß für das Volksbegehren mehrheitlich vertreten hatte, als richtig erwiesen, daß es dadurch zu einer breiten Mobilisierung über den Bereich der direkt betroffenen Gemeinden hinaus kommt, wenn die Unterschriftensammlung mit Veranstaltungen, Aktionen usw. verbunden wird.

Auf der Vollversammlung der BI am 15.10. „wurde der Ablauf der Konfrontation und insbesondere das Durchhalten des gewaltfreien Widerstands als großer Erfolg der Bürgerbewegung gewertet. Es bestand Übereinstimmung, das gemeinsame Konzept des gewaltfreien, aber aktiven Widerstands auch weiterhin zu verfolgen, das Hüttenhof weiterhin zu befestigen und keine Spaltung der Bewegung zuzulassen.“ (Presseerklärung der BI)

Der VLK von Opel Rüsselsheim und die IGM Rüsselsheim haben eine Solidaritätsadresse an die Kundgebung am 12.10. gesandt. Die Unterstützung des Widerstands gegen den Flughafenausbau in den Gewerkschaften wächst. Der DGB-Kreis Starkenburg hat sein bedingtes Ja zur Startbahn West in ein unbedingtes Nein geändert. Ein gleichlautender Antrag liegt dem DGB-Landesvorstand vor.

Studentenprozesse Amnestie für Heidelberger Studenten!

In Heidelberg setzen Justiz und Universitätsleitung verstärkt ihre Bemühungen fort, in den über 100 Prozessen gegen Studentenvertreter und andere rechtskräftige Urteile zu erreichen und diese zu vollstrecken. Die Studenten Matthias Staab und Susanne Getachew und Rechtsanwalt Härdle haben Ladungen zum Haftantritt für Strafen zwischen sechs und 22 Monaten erhalten. Der Student Dieter Emig ist bereits seit dem 1.6. in Haft, weil er sich an Protestaktionen gegen einen Polizeieinsatz in der Mensa beteiligt haben soll. Bezüglich des Strafantritts der Verurteilten Staab, Getachew und Härdle konnte bisher ein Aufschub bis Mitte November erreicht werden. Die Verfahren gegen die Germanistikstudenten Sautmann, Koepsell und Schmitt (jeweils über 1½ Jahre Gefängnis) und gegen Tobias Brückner (bisher 33 Mon. Gefängnis in 1. In-

stanz) befinden sich zur weiteren Entscheidung in Berufung oder Revision.

Die Fraktion der Grünen setzt sich mit der FDP schon länger für Amnestie zugunsten von der Heidelberger Justiz verfolgter Personen ein. Ein erster Antrag im Landtag wurde abgelehnt, weil weder CDU noch SPD zustimmten. Die CDU lehnt eine Amnestie generell ab. Die SPD will zwischen „Tätertypen“ differenzieren: 1. Kriminelle, 2. KBW-Funktionäre, 3. Mitläufer. Amnestie sei nur für die 3. Gruppe möglich. Die Grünen wollen nun die



Podiumsdiskussion über Strafprozesse, Universität Heidelberg, Jan. 80

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragen, der die Rechtsprechung der Gerichte in bestimmten Fällen untersucht.

In Heidelberg und Tübingen wurden zur Unterstützung der Forderung nach Amnestie Veranstaltungen zusammen von den Grünen, den Fachschaften und anderen Organisationen durchgeführt. Ein Hauptreferat wurde von Prof. Peter Brückner (Hannover) gehalten, der vor kurzem vom Disziplinargericht zu einer 4jährigen Gehaltskürzung um 10% verurteilt wurde, weil er sich z.B. nicht an das Mäßigungsgebot für Beamte gehalten habe. Prof. Brückner führte u.a. aus, daß der ständige Abbau studentischer Einfluß- und Vertretungsmöglichkeiten den Studenten letztlich keine Wahl ließ, als zur Vertretung ihrer Interessen Regeln zu verletzen. Eine Amnestie sei unabdingbar, da die Schuld für solche Regelverletzungen nicht primär in der Einzelpersonlichkeit oder „krimineller Energie“ zu suchen sei (wie es die Staatsanwaltschaft behauptet), sondern in der Hochschulpolitik der Regierung in den letzten zehn Jahren. Zu der Veranstaltung in Tübingen waren 250 Teilnehmer, in Heidelberg 700 erschienen. In Heidelberg schlugen die Grünen vor, eine Initiative zu gründen, die eine Öffentlichkeit über die Prozesse schaffen soll.

Gewerkschaftsjugend Gegen Kriegsvorbereitungen und Sparhaushalt

Hamburg. Auf der Kreisjugendkonferenz am 11.10. in Hamburg wurde deutlich, daß die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung und der Kapitalisten auf Ablehnung stoßen. Im Geschäftsbericht heißt es, daß das „Sparprogramm der Bundesregierung ein Generalangriff der Unternehmer auf soziale und politische Rechte der Arbeitnehmer“ ist, und „dieser Entwicklung muß sich auch die Gewerkschaftsjugend stellen und eine sinnvolle Gegenstrategie mitentwickeln.“ Weitere Aufgaben werden im Bereich der Jugend gesehen. Die Bestrebungen gehen dahin, „alle Teile der Jugendlichen, vor allem die aus der Arbeiterjugend, in ihrer Arbeit verstärkt anzusprechen und einzubeziehen ...“

Mit großer Mehrheit wurde der Antrag der ÖTV angenommen, der sich gegen die Stationierung neuer Waffensysteme in der BRD, gegen den NATO-Doppelbeschluß und gegen die Kriegsvorbereitungen richtete. Dabei werden die Bundesregierung und die Supermächte angegriffen. Ein weiterer ÖTV-Antrag richtet sich gegen die Sparmaßnahmen. Es wurde ganz klar erkannt, daß diese Maßnahmen allein im Interesse der Kapitalisten sind. Einige der aufgestellten Forderungen: Organisation von geeigneten Maßnahmen, die die Einsparungen in den öffentlichen Haushalten verhindern. Keine Steuergeschenke an Unternehmer – auch keine 130 Mio. an den Flick-Konzern. Senkung des Rüstungshaushaltes. Der Antrag wurde ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen. Auch zu den Brokdorf-Prozessen wegen der Demonstration am 28.2. wurde Stellung bezogen. Dem Richter Voß und dem Staatsanwalt Widuwilt, Amtsgericht Itzehoe, wird eine Resolution zugehen mit Forderungen wie: Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner! Uneingeschränkte Demonstrations- und Versammlungsfreiheit! Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo! Stilllegung aller Atomanlagen!

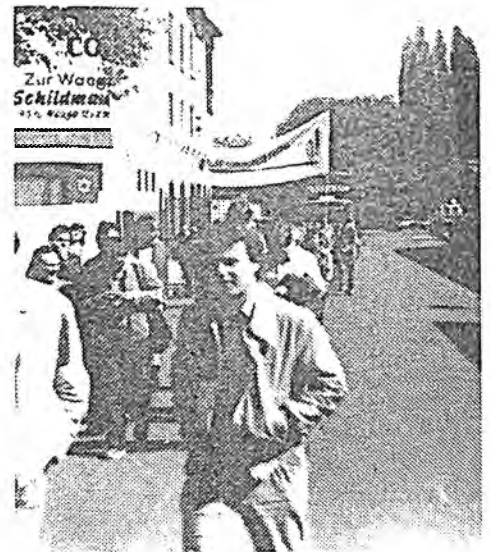
Weiterhin solidarisierten sich die Anwesenden mit den Hamburger Hausbesetzern. Es wurden Forderungen gestellt nach sofortiger Wiedereinführung der Mietpreisbindung, nach Instandbesetzung auf Kosten der Eigentümer, nach Beendigung von Abriß, Spekulation und Vernichtung von Wohnraum. Der Hamburger Senat wird aufgefordert, keine Polizeieinsätze mehr gegen Instandbesetzungen zu veranlassen.

Benteler will 175 Arbeiter entlassen – Betriebsrat befürchtet Schließung

Rund 175 Arbeiter will der Vorstand der Benteler-AG in Bielefeld entlassen. Nach einer Studie, die er hat anfertigen lassen, würden alle Betriebsteile bis auf den Werkzeugbau, den Maschinenbau und die Fertigung „Gebohrte Rohre“ mit Verlust arbeiten. Der Betriebsrat des Bielefelder Werkes befürchtet, daß die Bentelers vorhaben, früher oder später das Bielefelder Werk ganz zu schließen. Hans Janßen vom IG-Metall-Hauptvorstand, der stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Benteler-Werke-AG ist, hat die Einberufung einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung gefordert. Die IGM-Ortsverwaltung hatte für letzten Freitag zu einer Mitgliederversammlung mit dem Thema „Benteler darf nicht sterben – Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz“ eingeladen. Gekommen waren etwa 100 Arbeiter und Angestellte. Der stellvertretende Bevollmächtigte der Ortsverwaltung vertrat

dort die Auffassung, daß Fehler im Management des Bielefelder Werkes für die jetzige Lage verantwortlich seien. Er trat für eine Sanierung des Betriebs ein, ohne näher zu erläutern, was darunter zu verstehen sei. Auf jeden Fall habe die IG Metall den sozialdemokratischen Oberbürgermeister um Vermittlung gebeten, was dieser auch zugesagt habe. Wenn dieser Versuch scheitere, werde die Ortsverwaltung zu anderen Maßnahmen greifen, um die Belegschaft zu unterstützen.

Die Benteler-Gruppe, zu der die Benteler-AG gehört, befindet sich im Besitz der Familie Benteler. Sie beutet in 13 Werken rund 8000 Arbeiter und Angestellte aus. Nach Mannesmann sind die Bentelers die zweitgrößten Röhrenkapitalisten in Europa. Sie besitzen eigene Stahlwerke. Ein zweiter Produktionsschwerpunkt sind Automobilteile, ein dritter die Heizkörperfertigung. Außerdem werden Werk-



Benteler-Arbeiter demonstrieren zur IGM-Kundgebung; Lohnbewegung 81

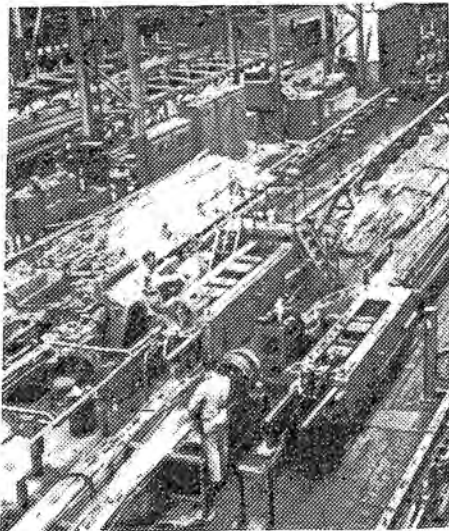
zeuge, Glasbearbeitungsanlagen und Hydraulikzylinder aller Art produziert. Diese Fertigungen werden in Bielefeld durchgeführt.

Die Expansion der Bentelergruppe setzte nach dem 2. Weltkrieg ein. Sie wurde mit der Aufnahme der Stahlproduktion im katholischen Paderborn eingeleitet. In dieser Zeit machen sich die Bentelers in der Metallindustrie ei-

Benteler-Strategie

Anläßlich des Baubeginns der „Benteler-Klimatechnik“ in Warburg: „Auch wenn die Grundstücksfrage zuungunsten Bielefelds geklärt wurde, sei auf gar keinen Fall an eine Ausquartierung des Bielefelder Werkes gedacht.“ („Neue Westfälische“, 16.12.71)

Versprechungen, nachdem infolge der Auslagerung der Heizkörperproduktion nach Warburg fast 300 Arbeiter entlassen worden sind: „Man hoffe, bis Ende 1975 wieder



Rohrproduktion Benteler/Paderborn

auf den alten Stand von 900 Beschäftigten zu kommen.“ (NW, 5.10.74)

Erste Zurückzieher: „Nachdem bereits 50 neue Mitarbeiter eingestellt worden sind, soll die Belegschaft durch weitere 100 Neueinstellungen von zur Zeit 650 auf 750 Mitarbeiter aufgestockt werden.“ (NW, 19.4.75)

In den folgenden Jahren ist von einem Ausbau des Werkes Bielefeld keine Rede mehr, bzw. er wird für abgeschlossen erklärt: „Nachdem inzwischen auch das ausgebaute Werk Bielefeld aus den roten Zahlen heraus ist, werde man 1975 sicher nicht mit Verlust abschließen.“ („Handelsblatt“, 29.10.75) Die vorausgegangenen Entlassungen werden jetzt als eine Folge von „roten Zahlen“ ausgegeben, nicht etwa als Folge der Produktionsverlagerung der Heizkörper von Bielefeld nach Warburg.

Im gleichen Jahr kauft Benteler die Niederrheinstahl GmbH auf. Dazu E. Benteler im „Handelsblatt“: „Eine wirkliche Abrundung der Benteler-Palette.“ In den Benteler-Werken beginnt jetzt eine Rationalisierungswelle, die unter anderem Überschneidungen in den einzelnen Werken, Folge des Aufkaufs, beseitigen soll. Dargestellt wird das so: „Das flauere Geschäft der Gruppe führte zu einem Abbau der Be-

schäftigten um 529 auf 7891 Personen (1977). Auch im laufenden Jahr soll die Mitarbeiterzahl leicht zurückgenommen werden.“ („Handelsblatt“, 6.10.78) Im gleichen Jahr übernimmt Benteler die Rinco GmbH zu 100%.

Auf der Bilanzpressekonferenz 1979 schießt H. Benteler einen Versuchsballon ab: „Benteler wird womöglich drei Werke schließen ... Wie bei dieser Gelegenheit erstmals von Benteler zu hören war, arbeitet das Werk Bielefeld seit 10 Jahren mit Verlust.“ „Frankfurter Allgemeine“, 7.9.79)

Es folgt der Einkauf und die Übernahme der Leitung des belgischen Röhrenkonzerns UTM: „Durch den Zusammenschluß mit UTM, wird von Benteler betont, ist die Umwandlung zu einem transnationalen Stahlrohrunternehmen vollzogen worden.“ („Westfalenblatt“, 29.2.80)

Die Schließung des Stammwerkes in Bielefeld droht. „Die Benteler-Werke-AG will in ihrem Bielefelder Werk 175 Mitarbeiter entlassen. Zum Jahresanfang, als in dem Werk noch ca. 540 Arbeitnehmer beschäftigt waren, sah die Planung des Vorstandes noch einen Personalabbau von 250 Leuten vor.“ (NW, 3.10.81) Der Betriebsrat rechnet damit, daß das Werk über kurz oder lang ganz geschlossen wird.

nen Namen als besonders üble Ausbeuter. Der IG-Metall wird der Zugang zu den Paderborner Werken verwehrt. Der Betriebsrat besteht im wesentlichen aus Mitgliedern des „Christlichen Metallarbeiterverbandes“. Die IG-Metall beginnt 1965 eine Kampagne gegen die Bentelers, die ihr den Zugang zum Betrieb eingebracht hat. Jedoch hat der CMV noch immer in den Paderborner Werken, in denen rund ein Viertel der Gesamtbelegschaft der Gruppe ausgebeutet wird, starken Einfluß.

Der zweite Expansionsschub setzt Anfang der 70er Jahre ein. Mit Landesmitteln wird 1970 ein Stahlwerk in Emden gebaut und die ebenfalls mit Landesmitteln geförderte Benteler-Klimaschweißtechnik durch Bau eines Werkes in Warburg gegründet. Die „neue Ostpolitik“ der Bundesregierung schafft die Absatzmärkte vor allem in der Sowjetunion. Gestützt auf diese Basis beginnt Benteler, kleinere Kapitale niederzukurrieren. So die Meyer-Stahlwerke in Dinslaken und die Rinco GmbH. Meyer-Stahl war kurz vor Übernahme unter der Fuchtel der Hessischen Landesbank mit öffentlichen Mitteln durchrationalisiert worden. Der größte Coup gelang ihnen jedoch 1980 mit dem Einkauf in den belgischen Stahlkonzern UTM. Auch hier soll eine Modernisierung der Anlage mit Mitteln des belgischen Staates durchgeführt werden.

Jeden Ankauf von neuen Produktionsanlagen haben die Bentelers gleichzeitig dazu genutzt, die Konkurrenz unter den Belegschaften zu schüren. Durch Drohung mit Entlassung bzw. Betriebsschließung wurden die Betriebsräte und die Belegschaften unter Druck gesetzt. Die Belegschaften werden ständig einem Wechselbad von Kurzarbeit, Überstunden und Entlassungen ausgesetzt. Mit der Drohung, Produktionen zu verlagern, werden die Betriebsräte zur Zustimmung zu ruinösen Arbeitsbedingungen gezwungen. So hat sich in den Betrieben ein ständiger Kleinkrieg zwischen den Betriebsräten und den jeweiligen Betriebsführungen entwickelt. Allein der Bielefelder Betriebsrat hat zur Zeit drei Einstellungsverfahren laufen. Bei einem geht es unter anderem darum, daß die Arbeiter einer Abteilung nach Neufestsetzung der Akkorde z.T. nicht einmal den Grundlohn verdient hatten. Trotzdem hat sich die Betriebsführung, insbesondere im Bielefelder Werk, vielfach nicht durchsetzen können. Im Falle der Neufestsetzung der Akkorde ist in Bielefeld gestreikt worden, und zwar nicht nur von den betroffenen Arbeitern. Mehrmaschinenbedienung in einer der Abteilungen, die jetzt geschlossen werden sollen, konnte abgewehrt werden. Aufgrund

dessen ist der Bielefelder Betriebsratsvorsitzende zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden gewählt worden. Die Taktik, die die Bentelers bei den Entlassungen in Bielefeld einschlagen, ist die, die sich bisher für sie bewährt hat. Zur gleichen Zeit werden nämlich in einem Paderborner Werk mindestens 150 Arbeiter neu eingestellt. Es sollen dort Lichtmasten gefertigt werden. Nach Angaben der Betriebsführung wäre diese Fertigung in Bielefeld aufgrund der räumlichen Verhältnisse nicht möglich. Das ist allerdings ziemlich fadenscheinig, weil hier noch vor kurzem ein Großauftrag Lichtmasten produziert worden ist.

NRW Kürzungen bei Privatschulen

Essen. „Schließt unsere Schulen nicht, spart woanders!“, mit solchen und ähnlichen Transparenten demonstrierten am 5.10. in Düsseldorf etwa 6000 Eltern, Lehrer und Schüler hauptsächlich kirchlicher Privatschulen gegen die Absicht der Landesregierung, die Zuschüsse zu senken.

Mit dem Haushaltsentwurf 1982 will die Landesregierung NRW auch das Ersatzschulfinanzierungsgesetz ändern: „Die vom Schulträger aufzubringende Eigenleistung soll um 4% angehoben werden und künftig 10% betragen.“ Durch diese Maßnahme will die Landesregierung 30 Mio. DM einsparen. Keineswegs geht es bei dem von der katholischen Kirche und ihren Organisationen sowie von der CDU organisierten Protest um Zusammenschluß gegen das Sparprogramm der Landesregierung, wodurch z.B. allein 227 Mio. DM durch Streichung von Schülerfahrtkostenzuschüssen, 54 Mio. DM



Zur Demonstration gegen die geplanten Mittelkürzungen bei Privatschulen hatten Schüler und Lehrkräfte der katholischen Schulen schulfrei.

durch weitere Beschneidung der Lernmittelfreiheit eingespart werden sollen.

Es werde am „falschen Platz“ gespart, die Privatschulen seien von Schließungen bedroht, und infolgedessen würde der Landesetat steigen, wenn die Privatschulen schließen müßten, weil diese eben wesentlich billiger seien. Mit hoher Wahrscheinlichkeit sind die kirchlichen Privatschulen billiger. Man überlege sich nur, daß die Lohnkosten für Nonnen, Ordensschwestern, etc. wegfallen. Von drohender Schließung der Privatschulen – die katholische Kirche hat mit 204 Schulen die meisten Privatschulen – kann gar nicht gesprochen werden. NRW zahlt pro Privatschüler 3800 DM. Mit der angekündigten Kürzung würde der Betrag pro Schüler auf 3600 DM sinken. NRW würde immer noch neben Ba-Wü und Bayern die höchsten Aufwendungen zahlen. Zudem ist die Steigerungsrate bei den Ausgaben für Ersatzschulen von 1977 bis 1980 mit ca. 11% höher als bei den öffentlichen Schulen, wo sie ca. 8% beträgt. Auf dieser Grundlage hat insbesondere die katholische Kirche ihren Einfluß auf das allgemeine Schulwesen ausweiten können. Nach Angaben der Landesregierung unterhält sie 74 Gymnasien und inzwischen auch 30 Berufsbildende Schulen. Diesen Einfluß zu sichern und auszuweiten, darum geht es.

§ 99 StGB IGM-Gewerkschafts- sekretär verfolgt

Hamburg. Seit dem 28.3.1981 wurde der IG Metall-Sekretär Hermann Gaßmann vom Staatsapparat in Einzelhaft gehalten, bis er auf massiven Druck der Gewerkschaft und besonders einzelner Kollegen freigelassen wurde. Der Vorwurf gegen ihn bleibt freilich: geheimdienstliche Verbindung zum Staatssicherheitsdienst der DDR.

H. Gaßmann ist Sekretär der Hamburger IGM und beauftragt mit der Durchführung der Bildungspolitik. Nach der Verhaftung und der Durchsuchung seiner Wohnung wie auch der Arbeitsräume im Gewerkschaftshaus hat die IG Metall Hermann Gaßmann sofort Rechtsschutz gewährt und gegen die brutale Inhaftierung in Einzelhaft in Bonn, also fernab von seiner Familie und seinen Kollegen, protestiert. Mehrere Gewerkschaftsversammlungen unterstützten den Kollegen und forderten die sofortige Freilassung. Am 10.6. wurde Hermann Gaßmann von Bonn nach Hamburg verlegt. Am 16.9. wurde er freigelassen.

H. Gaßmann wird auf Grund § 99 StGB geheimdienstliche Tätigkeit vorgeworfen. Die Anklage stützt sich auf

Beziehungen zu DDR-Bürgern, die H. Gaßmann unterhält. Die IG Metall hat erklärt, daß der § 99 StGB offensichtlich so ausgelegt wird, daß schon Beziehungen zu Bürgern der DDR als Spionage betrachtet werden können. Die IG Metall will deshalb die Bestimmungen des Strafgesetzbuches verändert wissen.

§ 99 StGB lautet: „Wer 1. für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die BRD ausübt, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist, oder 2. gegenüber dem Geheimdienst einer fremden Macht oder einem seiner Mittelsmänner sich zu einer solchen Tätigkeit bereit erklärt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren ... bestraft ...“

Dieser Paragraph läßt der Willkür der Reaktion freien Lauf. Was sind Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse? Dazu das Bundesverfassungsgericht: „Das Bestreben der Geheimdienste geht heute dahin, alle Angelegenheiten eines anderen Staates systematisch auszuforschen und dadurch möglichst ein Gesamtbild sowohl der militärischen als auch der politischen, wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Kräfte des Landes zu bekommen ... Die heutige Arbeitsweise ist die des mosaikartigen Zusammentragens von zahllosen offenen und geheimen Einzelheiten durch ein Heer von Agenten ...“ (Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2Bv R 215/81).

Fällt das Mitteilen von offenen Dingen unter § 99 StGB, so ist auch das *bewußte* Mitteilen unerheblich. „Auch ohne die Vorstellung des Täters, in einem Geheimdienst mitzuarbeiten, können Art und Maß der sich in die nachrichtendienstlichen Bestrebungen einordnenden Mitarbeiter aus der Sicht eines objektiven Beobachters die Bedeutung haben, daß der Täter sich durch aktives Tun auf die Seite des Geheimdienstes schlägt.“ (Urteil des Bundesgerichtshofs BGH 24/372-73)

Asylrecht Fertigessen statt Sozialhilfe in bar

München. Um unliebsame Asylsuchende aus der BRD zu vertreiben, plädiert die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Änderung des Asylrechts seit dem Sommer 1980 dafür, daß Sozialhilfe nur noch in Form von Sachleistungen gewährt wird. Da ein solches Gesetz bisher verhindert werden konnte, schritt im Oktober dieses Jahres die oberpfälzische Bezirksregierung zur Tat. Sie hat den Unterstützungssatz

(höchstens 290 DM mtl.) auf ein Taschengeld von 64 DM zusammengestrichen und liefert jetzt Fertigessen in die Lager. Als 560 Asylbewerber aus afrikanischen und asiatischen Ländern dagegen in den Hungerstreik traten und 50 Asylbewerber aus dem Libanon in Kallmünz eine Kirche besetzten, begründete die oberpfälzische Bezirksregierung ihre Maßnahme: „... weil Asylanten mit dem Bargeld nicht ihre Familien ernährten, sondern sich Autos, Fernsehgeräte und Alkohol kauften oder Angehörige in der Heimat un-



Im August 1980 demonstrierten in Vilsbiburg 56 Libanesen gegen die Streichung des Kindergeldes, für einen Schulunterricht ihrer Kinder und für eine bessere Unterkunft. Die Polizei verhaftete vier Demonstranten.

terstützten“, sei die Realverpflegung notwendig („Münchner Merkur“, 1.10.81). Nachdem der Widerstand in der Oberpfalz gebrochen ist (ein Drittel der Asylsuchenden hat z.B. das Lager Burg Wernberg verlassen), soll im November in Oberbayern die Realverpflegung eingeführt werden.

Seit der Zeit, wo nicht mehr nur solche Flüchtlinge in die BRD kommen, die später, in ihre Heimat zurückgekehrt, dort als Kaufleute oder anders dem westdeutschen Imperialismus nützen können, sondern wo viele arme Arbeiter und Bauern kommen – die westdeutschen Kapitalisten aber keinen allgemeinen zusätzlichen Arbeitskräfte-Bedarf haben – ist es mit der früher viel gepriesenen Liberalität des westdeutschen Asylrechts vorbei.

Die Liberalität, von den Verfassungsvätern berechnet auf einen möglichst großen Zustrom aus den osteuropäischen Ländern, wird jetzt direkt so eingeschränkt: Sonderregelung für Flüchtlinge aus Osteuropa. Keine Abschiebung, auch nach dem Asylverfahren nicht, und sofortige Arbeitserlaubnis (alle anderen: Wartezeit auf Arbeitserlaubnis bis zu vier Jahren, mindestens aber während des Asylverfahrens), empfiehlt die Arbeitsgruppe. Diese Flüchtlinge könnten ja bei der Erhebung von Gebietsansprüchen gegen osteuropäische Länder nützen.

Manteltarifvertrag HBV Bayern beantragt Schlichtung

München. Nach zweieinhalb Jahren Verhandlungen sollte es am 29. Juli 81 nun so weit sein: Der Landesverband des Bayerischen Einzelhandels und die Gewerkschaft HBV hatten sich auf einen neuen Manteltarifvertrag geeinigt, der zur Unterschrift an die Verbände gegeben wurde. Am 5. August bat jedoch der Landesverband des Bayerischen Einzelhandels die Vertreter der HBV und DAG nochmals zu sich, um „kleinere redaktionelle Änderungen“ vorzunehmen. Hierbei erklärten die Vertreter der Einzelhandelskapitalisten Dr. Brenner und Blättermann, daß der Landesverband Bayerischer Einzelhandel den Manteltarifvertrag doch nicht unterzeichnen könne. Als Grund wurde die Neuregelung des § 4 Ziffer 2 angegeben: „Teilzeitarbeitnehmer dürfen aufgrund ihres Teilzeitarbeitsverhältnisses nicht von betrieblichen Leistungen ausgeschlossen werden. Sie haben grundsätzlich Anspruch auf diese Leistungen im Verhältnis ihrer durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit, sofern nicht günstigere Regelungen für den Arbeitnehmer bestehen.“

Insbesondere Mitgliedsfirmen wie die Waren- und Kaufhäuser hätten sich gegen diese neuen Regelungen wegen der zu hohen Belastungen ausgesprochen. Der Landesverband des Bayerischen Einzelhandels wollte die Worte „betriebliche Leistungen“ durch „tarifliche Leistungen“ ersetzt wissen.

Die HBV lehnte dieses Ansinnen ab, worauf die Gegenseite anbot, den MTV ohne § 4 Ziffer 2 zum Abschluß zu bringen und gesondert darüber zu verhandeln. Die HBV bot an, die betriebliche Altersversorgung aus der Regelung herauszunehmen und setzte ein Ultimatum bis 25. August, die Gegenseite lehnte wieder ab, obwohl sie nun die ganze Sache fast nichts mehr kostet, und schloss am 4. September mit der DAG zugunsten der Einzelhandelskapitalisten ab.

Erst Mitte September erfuhren die breite Öffentlichkeit und selbst HBV-Mitglieder durch eine Presseerklärung der HBV von diesen Vorgängen, worin nochmals die Forderungen bekräftigt wurden und mit Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik gedroht wurde. Am 26. September tagte die Bayerische Landesfrauenkonferenz, wo in einer Resolution die sofortige Unterzeichnung des Manteltarifvertrags einschließlich § 4 Ziffer 2 verlangt wurde. Die HBV will sich jetzt an die Mitglieder wenden, um sie breiter zu informieren.

Vor 25 Jahren die Lohnfortzahlung im Streik erkämpft. Die Reaktion will sie abschaffen

Der Bundeshaushalt für 1982 mit den „Sparbeschlüssen“ war kaum unter Dach und Fach, als FDP und CDU/CSU mit weiteren Forderungen auftraten. Ihnen sind die Sparbeschlüsse noch zu wenig. Die christlich-reaktionäre Opposition erwartet ein Bekenntnis von Seiten der Regierung zu weiteren Abwälzungen von Versicherungsleistungen auf die Lohnabhängigen. Die Regierung selber bietet dafür die entsprechende Manövriermasse: Kürzung des Unterhaltsgeldes, Verlängerung der Sperrzeiten, Ausarbeitung einer „angepaßten“ Zumutbarkeitsbestimmung sowie die Abwälzung einer Milliarde Krankenversicherungskosten auf die Lohnabhängigen.

Die Forderungsliste der CDU/CSU reicht von den Kürzungen bei der Ausbildungsförderung über die Einkommen im öffentlichen Dienst, Arbeitslosengeld bis zur Krankenversicherung. Die FDP trat sodann mit einem einstimmigen Vorstandsbeschuß auf, der der christlichen Reaktion in nichts nachsteht. In diesem Beschuß heißt es: „Für das Erreichen von Vollbeschäftigung sei es erforderlich, daß die Preisrelation an den Märkten für Arbeit und Kapital wieder ins Lot kommen“. Deshalb, so die FDP, halte man daran fest, das Arbeitslosengeld zu kürzen und im Krankheitsfall die Karenztage einzuführen. Die Diskussion darüber müsse noch „koalitionsintern“ ausgestanden werden, so FDP-Generalsekretär Verheugen. Falls die SPD auf die Einführung der Karenztage nicht

eingeht, schlägt die FDP vor, die Lohnfortzahlung zu senken. Statt wie bisher 100% sollen dann nur noch 90% gezahlt werden. Der Erfolg wird sein, daß sich die Arbeiter, obwohl sie krank sind, zur Arbeit schleppen. Oder mit nicht auskurierten Krankheiten wieder arbeiten.

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Stoltenberg (CDU) geht noch einen Schritt weiter. Auf dem 1. Deutschen Unternehmertag in West-Berlin vertrat er die Ansicht, daß die „Sozialleistungen auf die begrenzt werden müßten, die sich nicht helfen können“. Es müsse, so Stoltenberg, erstrebenswert bleiben, seinen Lebensunterhalt durch berufliche Arbeit und Leistungssteigerung sicherzustellen und von Sozialleistungen unabhängig zu leben. Quintessenz: so lange man noch arbeiten kann, das heißt, sich noch selber helfen kann, soll es kein Geld von der Versicherung und auch nicht vom Staat geben. Und somit wären selbst die wenigen sozialen Absicherungen, die die Arbeiterbewegung in harten Kämpfen errungen hat, zu nichts.

Damit würden auch die Ergebnisse des 16wöchigen Metallarbeiterstreiks in Schleswig-Holstein rückgängig gemacht. Denn dieser Streik hatte erst die Voraussetzungen geschaffen für das Lohnfortzahlungsgesetz. Aus Anlaß des 25. Jahrestages des Metallarbeiterstreiks von 1956 veranstaltet die IG Metall Bezirk Hamburg am 30.10. in der Kieler Ostseehalle eine Groß-

kundgebung unter dem Motto „Soziale Sicherheit bewahren“. Auf dieser Kundgebung wird Norbert Fischer vom Hauptvorstand der IG Metall sprechen. Das Rahmenprogramm beinhaltet einen Film und eine Fotoausstellung „Streiklichter“. In der Veranstaltungsankündigung in der Gewerkschaftszeitung „Metall“ heißt es: „Heute gibt es Anzeichen dafür, daß die Unternehmer zusammen mit ihren Verbündeten in CDU/CSU und FDP den mühsam erreichten sozialen Besitzstand der Arbeiter antasten wollen – sie glauben offenbar, die Gelegenheit sei günstig. Dagegen werden wir uns zur Wehr setzen!“ Die Angriffe der Reaktion zurückzuweisen ist auch das Ziel, das Flensburger Metaller in einem Brief an den Bundestag zum Ausdruck gebracht haben:

„Wir, die Vertrauensleute, Betriebsräte und Mitglieder der IG Metall bei der Flensburger Schiffbaugesellschaft (FSG), Flensburger Fahrzeugbau GmbH (FFG) und den Fahrzeugwerken Nord (FWN), protestieren auf das Schärfste gegen die in der politischen Öffentlichkeit diskutierten, geäußerten und angedeuteten Sparvorhaben.

Die Belegschaften der obigen Betriebe, die am 24. Oktober 1956 mit 1925 Kollegen in einen 114tägigen Streik für eine bessere soziale Zukunft, konkret: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, längeren Urlaub, Urlaubsgeld, getreten sind, sind zutiefst verunsichert und empört.

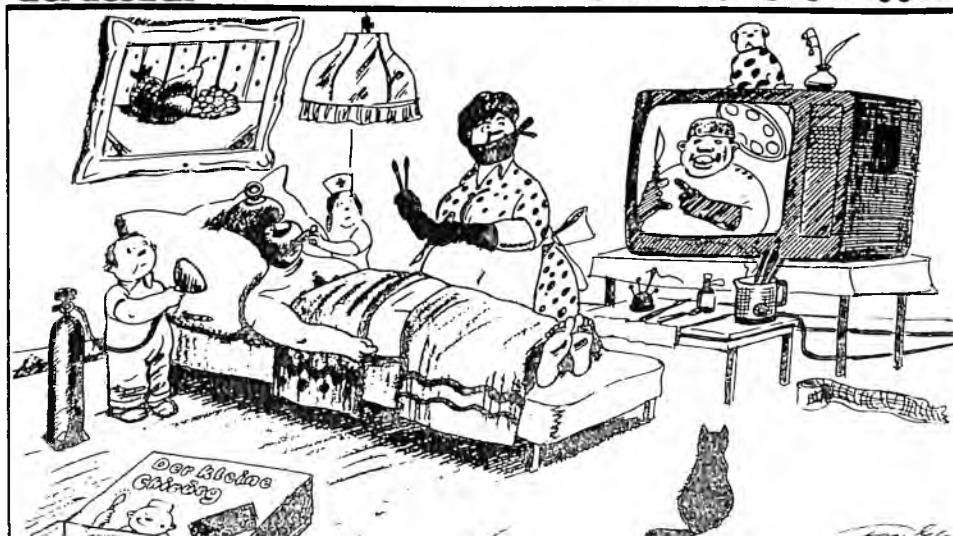
Wir, die Metaller hier in Flensburg, nehmen uns das Recht heraus und erklären, daß insbesondere 3 Dinge für uns absolut unverständlich sind. 1. Die Einführung von Karenztagen ist für uns undiskutabel, wir betrachten schon eine Diskussion darüber als Kampfansage an die Adresse unserer Gewerkschaft. Wir haben nicht 16 Wochen für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gestreikt, um hier um unseren Erfolg gebracht zu werden.

2. Die Kürzung des Kindergeldes betrachten wir als einen Schlag ins Gesicht gerade der Arbeitnehmer, die auf dieses Geld dringend angewiesen sind. Kennt man in Bonn noch unseren tatsächlichen Lohn?

3. Jede Veränderung an der Höhe des Arbeitslosengeldes und an der Länge der Sperrfristen sind für uns ein massiver Eingriff in unsere Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie bedeuten einen Rückschritt zurück in die finstere Zeit der 20er und 30er Jahre.

der abstich

Sparen mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz



Metall 20/81: „Und wenn der Patient eingeschlafen ist, setzen wir das vorher ausgekochte Skalpell eine Handbreit rechts vom Nabel an und führen einen beherzten Schnitt schräg nach unten ...“

Ein Abbau der Arbeitslosigkeit ist nur über ein umfassendes Arbeitsmarktprogramm zu erreichen und nicht durch eine Einschränkung der so-wieso schon geringen Schutzmaßnahmen. Wir erwarten von den Politikern, daß alle zu ergreifenden Sparmaßnahmen so angesetzt werden, daß die Arbeitnehmer in den Betrieben, die jetzt schon hart genug durch Reallohnabbau getroffen werden, nicht noch zusätzlich durch arbeitnehmerfeindliche Beschlüsse der 3 Bundestagsfraktionen betroffen werden. Für die Vertrauensleute, Betriebsräte und Mitglieder der IG-Metall der FSG, FFG und FWN ...“ (Es folgen mehrere Unterzeichner)

Dieser Brief faßt die Erfahrungen die die Arbeiter mit Krankheit, Arbeitslosigkeit und Reallohnabbau gemacht haben, zusammen und drückt den Willen aus, den geplanten Maßnahmen entgegentreten.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auch die Argumentation der Reaktion zurückzuweisen, die die Arbeitslosen als Drückeberger und arbeitsscheues Gesindel und die kranken



Solidaritätsaktion der Mannheimer Arbeiter vom Strebel-Werk zur Unterstützung der Streikenden in Schleswig-Holstein. Der Kampf für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall war im Interesse aller Arbeiter in der BRD.

Arbeiter als Krankfeierer bezeichnet. Kennzeichnend für die gesundheitliche Lage der Arbeiter ist z.B. ein Ausspruch unter den Werkern der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW): „Bei Howaldt wird man nicht alt“. Der Grund dafür sind die Ar-

beitsbedingungen, die ständig Krankheiten hervorrufen. Sommer wie Winter besteht die Gefahr einer Erkältung. Im Winter, weil es naß und kalt ist und im Sommer, weil man schwitzt und dem Zug ausgesetzt ist. Dazu kommt noch die ständige Staubbela-stung bei Schleif- und Sandstrahlarbeiten. Noch verheerender wirkt sich das Einatmen von Benzol- bzw. Xyloldämpfen, die bei den Farbsprizarbeiten entstehen, auf den menschlichen Organismus aus. Euphorie, Schwindelanfälle und Erbrechen sind noch relativ harmlos gegenüber den Langzeitwirkungen dieser Gifte, die die Leber, blutbildende Teile des Knochenmarks und die Nerven zerstören. Gerade der Krankenstand bei den Malern ist bei HDW am Höchsten, Wirbelsäulensyndrome durch Heben von schweren Teilen und Meniskus-schäden durch ständig kniende Tätigkeit sind an der Tagesordnung. Die Selbstverwaltung der Versicherungen durch die Versicherten würde mit den Angriffen auf soziale Absicherungen Schluß machen. Die Versicherungskosten haben die Kapitalisten zu tragen, als Verursacher von Versicherungs-fällen.

Dokumente der IG Metall zum Streik 1956/57

„3 gerechte Forderungen stellen wir Metallarbeiter Schleswig-Holsteins den Unternehmern:

1. Lohnausgleich bei Krankheit
2. längere Urlaubszeit
3. besonderes Urlaubsgeld

Mit der Verwirklichung dieser Forderungen soll unsere Arbeitskraft besser als bisher geschützt werden und erhalten bleiben. Neue Produktionsmethoden haben uns in den letzten Jahren erhöhte Leistungen abverlangt. Wir müssen nicht nur körperlich härter arbeiten, sondern werden auch geistig mehr beansprucht. Wir sind der Meinung, der technische Fortschritt muß auch einen sozialen Fortschritt zur Folge haben.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß wir während einer Krankheit nur ein unzureichendes Krankengeld erhalten – während der ersten drei Krankheitstage überhaupt kein Geld ... Deshalb: Streik in der schleswig-holsteinischen Metallindustrie.“

IGM-Flugblatt vor dem Streik

„Die Mehrzahl der Arbeiter lebt von der Hand in den Mund. Sie haben häufig große Familien zu ernähren. Wenn der Arbeiter sich krank fühlt, scheut er sich oft, zum Arzt zu

gehen oder sich krank schreiben zu lassen, weil er weiß, daß er dann nicht mehr seinen vollen Lohn bekommen wird. Oft hat das zur Folge, daß Krankheiten verschleppt und verschlimmert werden, weil sie nicht rechtzeitig behandelt werden. Muß er doch zum Arzt gehen und wird dann krank geschrieben, dann müssen die letzten Sparpfennige zusammengekratzt, oft alle Ersparnisse verbraucht und nicht weniger oft Schulden über Schulden gemacht werden. Das sind bei dem gegenwärtigen Stand der technischen Entwicklung, der Produktivität und des Arbeitstempos unerträgliche Verhältnisse. Sie sind eine Kulturschande!“

IGM-Vorstand, 13. Streikwoche

„Es wird behauptet, die finanziellen Auswirkungen der Neuregelung wären sehr groß und untragbar. Es ist selbstverständlich, daß damit Mehrkosten verknüpft sind. Sie werden auf 2 bis 4 Prozent der Lohnsumme der Arbeiter geschätzt. Wir wollen nicht streiten, ob dies doch nicht zu hoch geschätzt ist.

Wir sind aber der Auffassung, daß für die Gesundheit der Arbeiter und das Lebensglück der Arbeiterfamilie jedes finanzielle Opfer gebracht werden muß. Andererseits weiß ein jeder, daß der Anteil der Löhne und Sozialleistungen an unserem Sozialprodukt

doch ein verhältnismäßig bescheidener ist und daß die Arbeiter wie die Angestellten an dem Zuwachs des Sozialprodukts in einem viel größerem Ausmaß hätten teilhaben müssen, wenn man von einer gerechten Verteilung des Sozialprodukts sprechen wollte ...“

„Die Quelle“, September 1956

„Nach Herrn Erhard hat dieser Streik „in gefährlichem Maße“ klassenkämpferische Züge getragen. Das kann gar nicht anders sein, solange sich die Unternehmer den berechtigten Ansprüchen der Arbeitnehmer auf soziale Verbesserungen hartnäckig entgegenstellen. Wir kennen diese Weise zur Genüge. Die Rechte der Arbeitnehmer werden heute nicht mehr bestritten. O nein, dazu ist man doch viel zu „sozial“.

Sie werden immer dann zugestanden, wenn keine unmittelbare „Gefahr“ ihrer praktischen Verwirklichung besteht, und immer dann bestritten, wenn es darum geht, diese Rechte für die Arbeitnehmer wirksam werden zu lassen. Ein Recht aber, das nicht ausgeübt, in der Praxis nicht betätigt werden kann, ist ein schlechtes, ein nicht existierendes Recht ... In Geldsachen hört bekanntlich nach dem Wort Hansemanns die Gemütlichkeit auf. Danach richten sich die Unternehmer und nicht nach dem „Gesamtinteresse“, von dem Herr Erhard so schön zu reden weiß.“

Otto Brenner, 20.2.1957

Angriffe auf die Lohnfortzahlung

Im Mittelalter war die Weiterversorgung der damaligen Gesellen im Rahmen der patriarchalischen Handwerksfamilien bei Krankheit selbstverständlich. Der Lohnarbeiter in der kapitalistischen Industrie dagegen war völlig „frei“, d.h. auch frei von jeglicher Sicherung im Krankheitsfall. Die Arbeiterklasse hat daher frühzeitig um kollektive Versicherungen gekämpft. Erst seit dem 1.1.1970 sind die Kapitalisten gesetzlich gezwungen, bei Arbeitsunfähigkeit den vollen Lohn vom ersten Tag an für 6 Wochen fortzuzahlen. Sie sind ständig darauf aus, den von der Arbeiterklasse erkämpften Schutz wieder rückgängig zu machen. Im folgenden sind ihre hauptsächlichsten Argumente im Angriff auf die Lohnfortzahlung zusammengestellt.

Verein für Socialpolitik, Sondertagung W-Berlin 1952, Prof. Mackenroth: „Wenn aber auf der ganzen Linie eine hypertrophierte Sozialpolitik die Arbeitseinkommen überbietet und das Nichtstun prämiert, dann ist die soziale Katastrophe unausweichlich ... man kann als Grundsatz einer volkswirtschaftlich tragfähigen Sozialpolitik aussprechen, daß das höchste erzielbare Sozialeinkommen immer noch so wesentlich unter dem geringsten erzielbaren Arbeitseinkommen zu liegen hat, daß ein Anreiz zum Einsatz der Arbeitskraft verbleibt.“

Bundesarbeitsminister Storch, 1955: „Bei alledem wird Vorsorge getroffen werden müssen, daß die Neuregelung nicht in Formen erfolgt, die einen Anreiz zum Krankfeiern schaffen.“

„Industriekurier“ referiert den Jahresbericht der BDA, 1.12.1956: „Es sei auch ein Gebot der weltpolitischen Gesamtlage (Kalter Krieg, d. Red.), die Ansprüche an die Konsumrate unseres Sozial-

produktes einzuordnen in die Bedürfnisse der Kapitalbildung zum Zwecke der Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität.“

„Industriekurier“, 28.3.1957: „Die Sachverständigen heißen im übrigen diese sowohl den Arbeitgeber als auch die Krankenkassen belastende Regelung für am besten geeignet, Mißbräuche zu verhüten.“

„Handelsblatt“, 6.5.1957: „Der sozialpolitische Ausschuß des Bundestages hat den SPD-Gesetzentwurf zur völligen Gleichstellung der Arbeitnehmer im Krankheitsfalle abgelehnt. Die Entscheidung fiel mit 10:11 Stimmen nur sehr knapp aus ... Vor allem sei gegen den SPD-Entwurf einzuwenden, daß er mit seinem auf 1,5 Mrd. DM geschätzten Mehraufwand für die Volkswirtschaft eine Belastung bedeute, die ... insbesondere für die mittelständische Wirtschaft in dieser Höhe nicht zumutbar sei ...“

Mittelstandskongreß der CDU/CSU, 1965: „Eine Neuregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle ist nur dann möglich, wenn gleichzeitig eine tatsächliche Reform der Krankenversicherung auf der Grundlage einer angemessenen Selbstbeteiligung gesichert ist.“

Sozial-Enquete der Bundesregierung, 1966: „Ziffer 631: Die Sozialpolitik der letzten neun Jahre hat – was immer ihre Motive waren – alles getan, um dem Menschen die Flucht in die Krankheit leicht zu machen, sie hat ihn förmlich dazu ermuntert; Kranksein kostet sechs Wochen lang keinen Pfennig Geld, im Ge-

genteil, es beschert Tage und Wochen der Befreiung von der oft als drückend empfundenen Arbeitsfron ...“

Wirtschaftstag der CDU/CSU, Bonn Jan. 1967: Ein überhöhter Krankenstand hat nicht nur nachteilige Folgen für die Volkswirtschaft infolge unnötiger Produktionsausfälle, sondern ist auch ein erheblicher Kostenfaktor für die Krankenkassen ... Deshalb ist es im wohlverstandenen Interesse aller Versicherten, daß Mißbrauch oder leichtfertige Aneignung von Kassenmitteln nicht durch Möglichkeiten und Anreize unterstützt werden ... eine Reduktion des Krankeneinkommens von heute 100% auf 90% oder 80% des Leistungseinkommens vorzunehmen ... (und) den durchschnittlichen Betrag der Reduzierung dem Lohn oder Gehalt bei Einführung dieses Vorschlags zuzuschlagen. Der Lohn- bzw. Gehaltszuschlag würde nach vorläufigen Schätzungen bei 0,5 bis 0,7% der Lohn- und Gehaltssumme liegen. Der Arbeiter und Angestellte wäre auf die Dauer vor Einbußen geschützt. Durch eine Verringerung der Versuchung, „seine Grippe zu nehmen“, könnte sogar eine Verbesserung der ihm verbleibenden freiverfügbaren Beträge resultieren.“

Thomas Ruf, MdB, CDU, 1968: „Allerdings ist nicht zu übersehen, daß der Bundesmanteltarifvertrag vom 31.1.1962 für kommunale Arbeiter für die Lohnfortzahlung von sechs Wochen eine Mindestbeschäftigungszeit von drei Jahren vorsieht ...“

227. Sitzung des Deutschen Bundestages zum Lohnfortzahlungsgesetz, 1969: Abg. Götz, CDU/CSU: „Wir erwarten, daß die Mehrbelastung bei künftigen Lohn Tarifverhandlungen Berücksichtigung findet ... Eine Verbesserung für den Arbeiter, sei sie gesellschaftspolitisch noch so erwünscht, (darf) ja schließlich nicht zum Ruin seines Arbeitgebers führen ...“ **Abg. Spitzmüller, FDP:** „Was sind die volkswirtschaftlichen Konsequenzen? Geringerer Einkommenszuwachs bei Arbeitern und Angestellten wäre die eine Möglichkeit. Oder: Teuerung für den Verbraucher

durch Überwälzung. Oder: Gewinnschmälerung oder Verluste in der Wirtschaft ... Über eine solche Sache findet dann entweder auf kaltem Wege eine weitere Steuererhöhung statt, oder die Stabilität des Geldwertes wird verschlechtert oder das ‚Wachstum nach Maß‘ findet nicht statt ...“ **Abg. Opitz, FDP:** „Sie werden die Arbeitgeber in erhebliche Gewissenskonflikte bringen, weil sie ihre Betriebe auf krankheitsanfällige Arbeitnehmer durchforsten werden, weil die Belastung durch die Lohnfortzahlung für sie unerträglich geworden ist ...“

Institut der Deutschen Wirtschaft: „Der Schutz des Arbeitgeberinteresses am reibungslosen Fortgang der Produktion ist seit Inkrafttreten des LFZG (Lohnfortzahlungsgesetz) insoweit nicht mehr gewährleistet, als eine effiziente Überprüfung der Arbeitsunfähigkeit durch den vertrauensärztlichen Dienst während der Lohnfortzahlungspflicht der Betriebe nicht mehr gegeben ist ... Trotz steigendem Krankenstand nahm die Gesamtzahl der Begutachtungen der Arbeitsunfähigkeit stark ab ...“ (Aus: Wirtschaftliche Folgen der Lohnfortzahlung, U.v.Lith, Beiträge Heft 27)

„Berücksichtigt man neben den Kosten, die die arbeitsrechtliche Regelung der Lohnfortzahlung hervorgerufen hat, auch die Kosten, die durch andere arbeitsrechtliche Reformen (Mutterschutz, Kündigungsschutz, Arbeitsförderung, Vermögensbildung, Betriebsverfassung, Arbeitssicherheit, Unfallbarkeit der Betriebsrenten, Bildungsurlaub) hervorgerufen worden sind, dann dürfte sich der faktische Zielkonflikt zwischen Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung für die Bundesrepublik Deutschland in den 70er Jahren durch die ordnungspolitischen Reformbestrebungen wesentlich verschlechtert haben.“ (Aus: siehe oben)

„Angesichts des Sicherungsniveaus der Bundesrepublik dürfte jedoch die Schlußfolgerung berechtigt sein, daß die deutschen Unternehmen neben denen Österreichs und der Schweiz die höchste Belastung zu tragen haben.“ (Aus: Einkommenssicherung bei Krankheit in westlichen Industrieländern, Seffen, Beitr. Heft 78)



PLO-Delegation besucht VR China

Auf Einladung der chinesischen Regierung hat PLO-Vorsitzender Arafat vom 7. bis 10.10. die VR China besucht. Arafat traf u.a. mit dem Vorsitzenden der KPCh Hu Yaobang, Ministerpräsident Zhao Ziyang und Vizepremier Deng Xiaoping zusammen. Deng Xiaoping sagte: „Ihr steht in der vordersten Front des Kampfes für nationale Befreiung. Ihr seid unsere Waffengefährten. Wir haben das palästinensische Volk in seinem Befreiungskampf von Anfang an unterstützt. Der Kampf des palästinensischen Volkes ist langandauernd, aber ihr werdet schließlich siegen.“ Arafat erklärte auf einem Bankett: „Vor unserer bewaffneten Revolution stellten wir feste Beziehungen mit China her. Solche Beziehungen haben uns während unseres langen und mühsamen Kampfes Unterstützung und Hilfe gesichert. Wir sind stolz darauf.“ Die Gespräche haben laut Arafat „Übereinstimmung in allen Grundfragen“ erbracht. U.a. wurde die Fortsetzung der chinesischen Waffenhilfe für die PLO vereinbart. Deng hatte darauf hingewiesen, daß diese

Griechenland: Wahlsieg der Sozialisten

Mit 174 der insgesamt 300 Abgeordneten hat die Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) unter Andreas Papandreu die absolute Mehrheit bei den Parlamentswahlen am 18.10. errungen. Bei der Wahl 1977 waren es nur 93 Sitze. Die bisherige Regierungspartei Neue Demokratie erhielt 113 (zuvor 173) und die revisionistische Kommunistische Partei 13 Sitze (11). Die übrigen 11 Parteien, die kandidierten, erhielten zusammen etwa 5%, aber keine Parlamentssitze. Die Pasok war im Wahlkampf eingetreten für den Austritt Griechenlands aus der NATO,



für die Schließung aller US-Stützpunkte im Lande, für die Entfernung der Atomwaffen aus Griechenland. Sie forderte eine Volksabstimmung über den Austritt aus der EG und die Nationalisierung wichtiger

Bereiche der Wirtschaft. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie, die an vorderster Stelle den Eintritt Griechenlands in die EG betrieben hatte, droht jetzt Griechenland offen mit wirtschaftlichen Zwangsmitteln: „Man sollte auch nicht Griechenland Sonderbedingungen in der EG einräumen ohne Rücksicht auf seine NATO-Politik und den Stützpunktvertrag mit Amerika. Die westlichen Regierungen sollten der neuen Regierung in Athen zu gegebener Zeit bedeuten, daß dies politisch zusammenhängt“ (Frankfurter Allgemeine, 20.10.81). Die Bundesregierung hat von weiterer Zusammenarbeit „im europäischen Geist“ gesprochen.

Hilfe begrenzt ist: „Ihr müßt euch hauptsächlich auf eure eigenen Anstrengungen und auf die Einheit der arabischen Länder und Völker stützen.“

300000 demonstrieren gegen NATO

200000 beteiligten sich am 15. 10. in Madrid, 100000 in Barcelona an Demonstrationen gegen den NATO-Eintritt Spaniens. Aufgerufen hatten kommunistische, sozialistische und

demokratische Organisationen. Parolen auf der Demonstration in Barcelona waren: „Gegen Militarismus, NATO nein, Abzug der ausländischen Militärstützpunkte.“ Nachdem zunächst nur die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) ein Referendum gegen den NATO-Eintritt verlangt hat, ruft jetzt auch die sozialdemokratische PSOE dazu auf. Nach Umfragen sind über 50% der Bevölkerung gegen einen NATO-Eintritt Spaniens.

USA: Streikende Lehrer verhaftet

Zum 28. Oktober hat der Gewerkschaftsrat von Philadelphia einen Solidaritätsstreik mit den seit sechs Wochen streikenden Lehrern und Beschäftigten im Schulwesen beschlossen. Am Anfang letzter Woche waren 49 Lehrer verhaftet worden, weil sie die gerichtlich angeordneten Streikpostenregeln verletzt hätten. Ein Gericht hat die Lehrergewerkschaft zu einer Geldstrafe von 10000 \$ je Streiktag verurteilt. Die Lehrer streiken gegen die Entlassung von 3500 Lehrern und gegen die Kürzung der Gehälter um 10%. Die Stadtverwaltung hatte die Entlassung mit einem Defizit von 223 Mio. \$ im Schulhaushalt begründet. Die Reagan-Regierung hatte die Bundeszuschüsse um 25% gekürzt. Schon Anfang September bei Schuljahresbeginn hatten in mehreren US-Staaten die Lehrer gestreikt, so z.B. in New Jersey, Rhode Island, Michigan, Idaho und New York.

Studenten gegen „US-Marcos-Diktatur“

Mit Schußwaffen und Schlagstöcken ging die Polizei in Metro Manila (Philippinen) gegen 3000 Studenten vor, die am 7.10. gegen die „US-Marcos-Diktatur“ demonstrierten. Die Straßenschlachten waren die schwersten seit fünf Jahren, als die Polizei bei Demonstrationen gegen die IWF-Jahresagung 1976 zwei Arbeiter ermordet hatte. Die Studenten

hatten sich versammelt, um den Erziehungsminister und den Verteidigungsminister vor dem Nationalen Presseklub mit ihren Forderungen gegen die Militarisierung der Universitäten, für Presse- und Versammlungsfreiheit, gegen höhere Studiengebühren und für echte Studentenvertretungen zu konfrontieren. Als die Minister nicht erschienen, mar-

schierten die Studenten ins Regierungsviertel. Nach Angaben des Bundes Philippinischer Studenten streikten die Studenten schon seit Mitte September im ganzen Land gegen höhere Studiengebühren und die Militarisierung der Hochschulen. – In den letzten Monaten haben die oppositionellen Kräfte und Organisationen Fortschritte im Zusammenschluß gegen das Marcos-Regime gemacht: Erstmals seit der Verhängung des Kriegsrechts 1972 bildete sich auf Initiative der kommunistisch geführten Nationalen Demokratischen Front eine Koalition mit Liberalen und Christen. Sie rief zum Boykott der Präsidentschafts-Wahlfarce im Juli 81 auf. 200000 beteiligten sich an den Aktionen der Koalition gegen die Marcos-Diktatur. Die Neue Volksarmee, der bewaffnete Arm der KP der Philippinen, kontrolliert inzwischen über 20 befreite Gebiete auf den Philippinen und hat die Zahl ihrer Kämpfer (Bild) in den letzten Jahren auf über 10000 verdoppelt.



Dominikanische Republik: „Bush raus!“

Mit dieser Parole, die auch die Hauswände zierte, empfingen tausende Demonstranten am 11.10. US-Vizepräsident Bush, der zu einem Staatsbesuch in der Hauptstadt Santo Domingo eintraf. Die Regierung hatte vor Bushs Ankunft die Hochschulen geschlossen und Massenverhaftungen durchgeführt. Die US-Imperialisten kontrollieren das Land, dessen Exporte zu 2/3 in die USA gehen.

Jugoslawien

Wirtschaftskrise: Aus eigener Kraft die Unabhängigkeit sichern

Die Krisenerscheinungen in der Wirtschaft Jugoslawiens haben seit 1978 ein Ausmaß erreicht, das von Vertretern der Regierung und des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens als bedrohlich für die Fortführung des Kurses der Blockfreiheit und des Selbstverwaltungssozialismus angesehen wird.

Die Auslandsverschuldung betrug 1980 17 Milliarden US-\$, davon 90% an die USA und die westlichen Industrieländer (nach den USA ist die BRD größter Handelspartner). Das ist eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als in Polen. Die Inflationsrate lag 1980 durchschnittlich bei 50%, die Reallöhne sanken 1980/81 um 10%.

noch 1955 $\frac{2}{3}$ aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, so waren es 1978 noch 30%, der Anteil der Agrarproduktion am Bruttosozialprodukt betrug aber nur 15%. Bei einer Anbaufläche von 9,94 Mio. ha befinden sich 1,58 Mio. ha in Gemeineigentum, der Rest in Privatbesitz. V.a. die Privatbauern verfügen nicht über ausreichend Maschinen, um den Ertrag zu steigern. Nach dem Bericht der OECD 1978 fallen jährlich 75000 Arbeitsplätze im Agrarsektor weg. Die Landflucht hat bewirkt, daß bereits 700000 ha brachliegen und die Weizenproduktion zurückgegangen ist. Eine jährliche Zunahme der Arbeitsplätze in der Indu-

Schiffsproduktion von 13%. Gleichzeitig muß Jugoslawien als heute mittelentwickeltes Land Rohstoffe und Nahrungsmittel exportieren, um Maschinenausrüstungen importieren zu können. In der Textilindustrie können gegenwärtig nur 20% der benötigten Maschinen im Land produziert werden.

Der jetzt beschlossene Rahmenplan für 1981-85 hat das Ziel, durch eigene Anstrengungen diese Disproportionen zu verringern und damit die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Jugoslawiens zu sichern. Durch Investitionskontrolle und Lenkung soll v.a. die Grundstoffindustrie ausgebaut werden, die Jahresproduktion von Kohle soll z.B. von 45 Mio. t (1980) auf 82 Mio. t (1935) gesteigert werden. Gefördert werden auch Investitionen, die zu höherem technologischen Produktionsniveau und damit zur Verbesserung der Produktion für den Export führen. Durch Mechanisierung der Landwirtschaft – Ausbau der eigenen Traktorenproduktion – soll die Wachstumsrate der Agrarproduktion auf 4,5% gesteigert werden (1976 – 80 1,9%).



Anstehen in Beograd: Die Imperialisten hoffen auf „polnische Zustände“

Seit der Abwertung des Dinar 1979 um 30% soll durch ein von Regierung und Partei beschlossenes und auf dem Selbstverwaltungskongreß im Juni 81 debattiertes Stabilitätsprogramm ein Ausgleich der negativen Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland und ein Eindämmen der Inflation erreicht werden. Dabei wurden bereits einige Erfolge erzielt. So konnte 1980 das Handelsbilanzdefizit Jugoslawiens um 1,2 Mrd. \$ gesenkt werden.

Die Ursache der Wirtschaftskrise liegt allerdings in strukturellen Ungleichgewichtigkeiten innerhalb der Wirtschaft Jugoslawiens, die nur langfristig zu beheben sind.

Es handelt sich dabei um ein Zurückbleiben der Entwicklung der Landwirtschaft gegenüber der Industrie und innerhalb der industriellen Produktion um ein Zurückbleiben des rohstoffproduzierenden gegenüber dem verarbeitenden Sektor. Waren

strie um 4% wäre notwendig, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. 1980 aber stieg die industrielle Produktion insgesamt um 2%. Dazu kommen die 300000 Jugoslawen, die seit 1974 aus dem Ausland zurückgekehrt sind. So hat sich die Arbeitslosenzahl von 1973 bis 1978 auf 735000 verdoppelt.

Bis 1978 hatte Jugoslawien mit durchschnittlich 6% eine der höchsten Zuwachsraten der Industrieproduktion in der Welt. Der große Inlandsbedarf insbesondere nach dem Bruch mit der UdSSR 1948 führte dazu, daß der verarbeitende Sektor im Verhältnis zur Grundstoffindustrie zu schnell wuchs. So existiert heute in den führenden Industriezweigen (Textil, Metall, Holz) große Rohstoffknappheit. Ebenso auf dem Energiesektor: Im August 81 mußte in mehreren Regionen der Strom stundenweise abgestellt werden. Rohstoffknappheit führte 1980 zu einem Rückgang der Maschinen- und

UdSSR

Kamawerk erreicht geplante Leistung

Ende September 1981 erreichte das neue Werk zur Herstellung von Lastkraftwagen in Nabereschnyje Tschelny an der Kama seine volle Produktionsleistung. 150000 LKWs sollen pro Jahr produziert werden. Das Werk wurde entsprechend einem Beschluß des 24. Parteitages der KPdSU in der Tatarischen ASSR errichtet. Mit dem Erreichen der geplanten Leistung kommen die Arbeiter erstmals auf einen Lohn, der dem im etwas älteren PKW-Werk in Togliatti entspricht.

Der Bau des Werkes, das 1976 in Betrieb genommen wurde, war mit großen Schwierigkeiten konfrontiert. Zwar konnten die Baumaterialien wegen der Lage an der Kama, einem Nebenfluß der Wolga, außer mit der Eisenbahn auch auf den kostengünstigeren Wasserwegen transportiert werden. Aber es gab keine Großstadt, keine größere entwickelte Industrie und nur wenige ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte. Allein um die 100000 Bau- und Montagearbeiter unterzubringen, mußte gleichzeitig mit der Planung und dem Bau von Wohnheimen und einer auf 300000 Bewohner geplanten Stadt begonnen werden. Die Stadt ist so angelegt, daß der Weg zur Arbeit nicht mehr als eine halbe Stunde beträgt.

Die Errichtung des Werkes brachte eine Umwälzung in der Bautechnik.

Statt die Fundamente durch große Erdarbeiten auszuheben wie bei dem Werk in Togliatti, wurden Löcher in den Boden gebohrt, mit Stahlgerüsten versehen und mit Beton ausgegossen. Darauf wurden unter Anwendung von Fließbandverfahren die Hallen errichtet. Gleichzeitig mit der Inbetriebnahme der ersten Taktstraße erreichte die Bauindustrie die geplanten Leistungen. Das Werk umfaßt eine eigene Werkzeugproduktion und die größte Gießerei des Landes. Obwohl Teile und Verfahren aus Japan, der BRD und anderen westlichen imperialistischen Ländern importiert wurden, liefert den größten Teil die eigene Produktion des Landes. Gleichzeitig wurden fünfzig Großbetriebe für die Zulieferung im ganzen Land gebaut.

Die Lastkraftwagen sind für den Transport auf schwierigen Straßen gebaut. Das Grundmodell erhielt drei Achsen, damit bei einer Normallast von 17 Tonnen schwache Straßen decken nicht beschädigt werden. Die Geländegängigkeit des Wagens macht ihn für Länder der Dritten Welt, die über keine guten Straßen verfügen, brauchbar. Trotz seiner Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt wird er aber hauptsächlich für die Transportbedürfnisse im Inland gebaut.

Die Ausbildung der Arbeiter ging zum großen Teil einher mit dem Aufbau des Werkes. Viele fingen als Bauarbeiter an, besuchten Abendkurse und qualifizierten sich zu Facharbeitern. Umgekehrt nahmen rund 12000 ausgebildete Fahrzeugbauer zunächst an den Bauarbeiten teil. Ihre industrielle Erfahrung kam der Organisation des Baus zugute. Etwa 86% aller im Kama-Werk Beschäftigten besitzen heute eine Fachschulausbildung, und es werden weitere Anstrengungen gemacht, um auch den übrigen eine qualifizierte Ausbildung zu verschaffen.

Italien

Streiks gegen Haushalt und Lohnsenkung

Für diesen Freitag haben die italienischen Gewerkschaftsbünde alle Lohnabhängigen der Industrie zu einem vierstündigen Streik gegen den rabiaten Lohnsenkungskurs der Kapitalisten aufgerufen. Bei Spitzengesprächen mit den Gewerkschaften hatte der Industriellenverband die folgenden provokatorischen Forderungen gestellt: Anpassung der Inflationszuschläge nur noch halbjährlich statt vierteljährlich; Festsetzung einer jährlichen Höchstgrenze für die Zuschläge *ohne* Zahlung eines Ausgleichs, wenn die dabei vorgesehene Inflationsrate überschritten wird; keine Lira-Lohnerhöhung bei



Rom, 15.10. Mehr als 10000 Rentner aus ganz Italien demonstrieren gegen Rezeptgebühren und „Selbstbeteiligung“ an den Krankheitskosten.

den in der ersten Jahreshälfte 1982 auslaufenden Tarifverträgen (mit drei Jahren Laufzeit) für 6,7 Mio. Lohnabhängige. Schon bevor die Kapitalisten am 15.10. die Verhandlungen für gescheitert erklärten, gab Fiat-Hauptaktionär Agnelli die weitere Marschrichtung an: Bei einem Scheitern müßte halt die (parlamentarische) „Mehrheit geltend gemacht“ werden. DC-Fraktionsvorsitzender Bianco verstand: In einem Brief an Ministerpräsident Spadolini schlug er ein „selbständiges Eingreifen“ der Regierung bei den „Lohnkosten und ihrer Dynamik, insbesondere den automatischen Indizierungsmechanismen“, vor. Im Klartext: Aufhebung geltender Tarife von Staats wegen (auch die Inflationszuschläge nach der „gleitenden Lohnskala“ sind tariflich geregelt) und staatliches Lohndiktat.

Bereits die Haushaltsbeschlüsse der Regierung von Ende September waren auf kraftvollen Widerstand der Arbeiter gestoßen. Wie gemeldet, hatte die Regierung die Rezeptgebühren um 50% erhöht und will eine „Selbstbeteiligung“ auch bei Arztbesuchen einführen. Ein noch verbleibendes „Loch“ beim Nationalen Gesundheitsfonds von fast 1,5 Mrd. DM müssen die Regionen durch Einführung weiterer „Selbstbeteiligungen“ für Krankenhausaufenthalt und Laborkosten stopfen. Die Finanzzuweisungen für die Gemeinden bleiben unverändert, werden also real um ein Fünftel gesenkt. Die Militärausgaben sollen dagegen um 34% steigen, das sind inflationsbereinigt mindestens 14%.

Für fast ein Jahr – zunächst infolge der schweren Niederlage im Kampf gegen die Entlassungen bei Fiat, dann durch dauernden Streit zwischen den Gewerkschaftsbünden über die Lohnpolitik – schien die italienische Arbeiterbewegung gelähmt. Gegen die neuerlichen Angriffe von Kapitalisten und Regierung faßt sie jetzt wieder Tritt. In Genua und La Spezia fanden die größ-

ten Arbeiterdemonstrationen seit Jahren statt. Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Kapitalisten streikten am 16.10. die Metallarbeiter in Brescia und Vicenza, am 17.10. alle Industriebranchen in Genua.

USA

Alles für den „Geist des Unternehmertums“!

Seit dem 1.10. ist der Haushalt 1981/82 der Reagan-Regierung in Kraft. Die im Sommer vom Kongreß gebilligten brutalen Kürzungen der Zuschüsse zur Schulverpflegung, der Krankenbeihilfen, Lebensmittelgutscheine, Arbeitslosenhilfe etc. um 35 Mrd. \$ wurden damit ebenso wirksam wie die Senkung der Einkommenssteuer für die Reichen (s. Pol. Ber. 18/81 und 6/81). Zur gleichen Zeit wartete die US-Finanzbourgeoisie mit einer Reihe neuer Negativ-Rekord auf. Das Arbeitsministerium meldete: *durchschnittliche* Reallohnsenkung von August 1980 bis August 1981 um 2,9%, Rückgang der Einkommen von 4-Personen-Haushalten 1980 (also vor den Reaganschen Kürzungsprogrammen) um real 5,5% – der schwerste Rückgang nach dem 2. Weltkrieg – Steigerung der Zahl der Armen unter der offiziellen Armutsgrenze (1980 für 4-Personen-Haushalte: 8414 \$ Jahreseinkommen – ca. 15300 DM) 1980 um 3,2 Mio. auf 29,3 Mio. Ende September dieses Jahres waren 8 Mio. Arbeitslose registriert, eine Arbeitslosenrate von 7,5%. Unter Jugendlichen betrug die Arbeitslosigkeit 18,8%, unter farbigen Jugendlichen sogar 45,7%. Nur 3 Mio. Arbeitslose bekommen Arbeitslosenhilfe.

Die Regierung erwartet offenkundig, dieses gewaltige Anwachsen von Elend und Arbeitslosigkeit nutzen zu können, um die wachsenden Proteste

der Gewerkschaften gegen ihren Kurs zu brechen. Am 24.9. 5 Tage nach der Demonstration der 400000 in Washington, verkündete Reagan, zusätzliche Ausgabenkürzungen von 16 Mrd. \$ seien noch in diesem Jahr nötig, „um die Inflation zu senken und den Geist von Freiheit und Unternehmertum, die für die wirtschaftliche Macht unserer Nation verantwortlich waren, zu belohnen.“ Insbesondere sollten nur „wirklich Bedürftige“ Sozialhilfe, Krankenbeihilfen und Lebensmittelgutscheine erhalten. Außerdem sollen bis Ende 1984 75000 der 2,6 Mio. Lohnabhängigen des Bundes entlassen werden, Zuschüsse und Kreditgarantien der Regierung für Arbeitsbeschaffungs- und Umschulungsprogramme, für Gemeinden und Bauern weiter verringert werden. In diesen Tagen will die Regierung dem Kongreß ihre genauen Vorschläge vorlegen. Nur in einem Punkt mußte Reagan – vorläufig – zurückstecken. Die Kürzungen der Altersrenten und anderer Zahlungen der staatlichen Sozialversicherungen sind zurückgenommen. Eine Kommission soll das gesamte Sozialversicherungssystem überprüfen und Anfang 1983 – nach den nächsten Wahlen zum Kongreß – ihre „Sanierungsvorschläge“ vorlegen.

1982 steht die US-Arbeiterbewegung vor schweren Lohnkämpfen. Die Tarifverträge der Automobil- und Raffineriearbeiter, der LKW-Fahrer und Lagerarbeiter laufen aus. Um die Kapitalisten noch weiter zu stärken, hat die Regierung bereits Anfang des Jahres die gesetzlichen Mindestlöhne auf 3,35 \$ die Stunde (ca. 8,30 DM) eingefroren. Jetzt plant sie die Einführung eines „Unter-Standard-Mindestlohns“ für Jugendliche. Die Einkommen der Lohnabhängigen des Bundes sollen 1982 um 4,8% erhöht werden – bei über 10% Inflation.

Irland Ergebnisse des Hungerstreiks

Am 11. Oktober führte die Redaktion das folgende Interview mit Sean Halpenney, Außenpolitischer Sekretär und Mitglied des Nationalen Komitees der Sinn Fein, während seiner Rundreise in Westdeutschland durch.

Wie haben die Gefangenen auf die Vorschläge der britischen Regierung vom letzten Dienstag reagiert?

Die Gefangenen gaben am Mittwoch eine Erklärung heraus, in der sie einmal ihre Enttäuschung darüber äußerten, daß die Briten ihre Haltung zur Gefängnisarbeit nicht klargemacht haben. Sie hoffen, daß dies in allernäch-

ster Zeit geklärt wird. Sie nehmen die Vorschläge an, was das Tragen ihrer eigenen Kleider, die beschränkte Freizügigkeit innerhalb der einzelnen Flügel der H-Blocks, die Besuche, die Pakete usw. betrifft. Es gibt aber auch etwas Enttäuschung darüber, daß die Briten nur 25% der verlorenen Haftminderung wiedergewähren wollen (1). Aber sogar das heißt, daß viele Gefangene sofort entlassen werden könnten. Von diesem Zeitpunkt an geben die Briten wieder die volle Haftminderung. Was die Freizügigkeit angeht, haben die Gefangenen schon am 4. Juli eine Erklärung abgegeben, wo sie sagten, Freizügigkeit heiße für sie Freizügigkeit innerhalb der einzelnen Flügel. Hier wurde also kein Prinzip verloren.



Britische Truppen im Kolonialeinsatz in Nordirland. Ihre Basen sind in der BRD. Am 17.10. demonstrierten etwa 500 in Münster, einer britischen Garnisonsstadt, für den Abzug der Briten aus Nordirland.

Geht der Gefängnisprotest weiter?

Weil die Briten die Frage der Gefangenearbeit nicht klargestellt haben, sind die Gefangenen immer noch protestierende Gefangene. Sie sind zur Zeit noch blanket men (leben also nur mit einer Decke als Kleidung). Aber morgen, am 12.10., bekommen die ersten Kleider. Das wird etwa drei Wochen dauern, bis alle ihre Kleider haben, denn die Besuche sind gestaffelt, sie haben zwei Besuche im Monat. Gegen Ende des Monats sollten alle Gefangenen von den Decken weg sein. Wenn die Briten ihre Auffassung zur Arbeit nicht klarstellen, wird der Protest aber weitergehen.

Wie beurteilt ihr den Ausgang des Hungerstreiks?

Die Gefangenen und die gesamte republikanische Bewegung betrachten ihn als Erfolg, die republikanische Bewegung sprach von einem Sieg. Und das nicht nur, weil die fünf Forderungen im Kern durchgesetzt wurden, sondern weil die Briten nachgeben mußten, ihnen erlauben mußten, ihre eige-

nen Kleider zu tragen und mit den anderen Gefangenen innerhalb des Flügels zusammenzukommen, und das bedeutet, daß ihre Kriminalisierungspolitik gescheitert ist und daß sie diese Politik nicht noch einmal anwenden können. Und das hat natürlich auch Auswirkungen auf andere Länder in Europa mit ähnlicher Kriminalisierungspolitik. Außerdem hat der Hungerstreik international auf den nationalen Befreiungskrieg aufmerksam gemacht und hat damit die britische Propaganda zerschlagen, daß die IRA und INLA nur eine Bande von Rowdys und Freizeitterroristen seien. Der Hungerstreik hat auch das Bewußtsein des irischen Volkes gehoben, auch zum nationalen Befreiungskrieg. Er hat das irische Volk veranlaßt, die tatsächliche Rolle der Briten in Irland genauer zu betrachten.

Der Hungerstreik hat die republikanische Bewegung regeneriert, die IRA hat vor wenigen Wochen eine Erklärung abgegeben, nach der sie genug Männer, Frauen, Material usw. für weitere fünfzehn Jahre hat. Die britische Sonntagszeitung Observer, eine führende rechte Zeitung, hat das letzte Woche bestätigt, und auch die Regierung hat das öffentlich bestätigt.

Was sind eure politischen und militärischen Pläne?

Zum militärischen kann ich wenig sagen, nur allgemein, daß die IRA für eine sozialistische Republik aller 32 Counties kämpft, und solange die Briten in Irland bleiben, geht die Kampagne weiter. Politisch werden sich Sinn Fein und IRA neu gruppieren, werden untersuchen, was wir gewonnen haben, wo wir nicht so gut gearbeitet haben ... seit dem ersten Hungerstreik hat Sinn Fein ihre Mitgliederzahl verdoppelt ... Wir haben eine Auffassung zu vielen Fragen, die wir, weil in den letzten fünf Jahren die Energie und das Material der Bewegung auf den Gefängnisprotest konzentriert war, nicht so dem irischen Volk nahebringen konnten, und diese Art politischer Arbeit wird jetzt nach meiner Ansicht das Schwergewicht bilden.

(1) In Nordirland wird ein Gefangener bei „normaler Führung“ nach halber Strafzeit entlassen.

Brasilien Militär gegen Landbesetzungen

Mitte September vertrieben 4000 schwerbewaffnete Militär- und Bundespolizisten 4000 Landbesetzer vor den Toren Sao Paulos von einem ca. 60 ha großen Landstück. Im nordbrasilianischen Bundesstaat Para be-

schlagnahmte ein Kampfbataillon 1600 Schußwaffen von Kleinbauern, die sich gegen die Landvertreibung wehrten. Im Amazonasgebiet und im nordwestlichen Bundesstaat Paraíba stationiert die Regierung zusätzliches Militär zum Schutz des Großgrundbesitzes und der Expansion der Rohstoffkonzerne, die durch Verwüstung des amazonischen Urwaldes Millionen von Kautschukarbeiter-Familien ihrer Existenzgrundlage berauben. Mit falschen Besitztiteln und gewaltsamen Räumungen durch die Banden der Großgrundbesitzer verloren nach Angaben des Landarbeiterverbandes Contag über 1 Mio. Kleinbauern in den letzten Jahren ihr Land. Über 20 Mitglieder der Gewerkschaft wurden 1980 ermordet. Die Großgrundbesitzer, zu denen alle wesentlichen imperialistischen Konzerne, u.a. auch VW, gehören, besitzen über 40% des Landes, auf denen sie mit staatlichen Subventionen Viehzucht und Plantagenwirtschaft hauptsächlich für den Export betreiben.

Landverteilung in Brasilien

| Betriebs- größe i. ha | Angaben in % | | | |
|--------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | 1950 | 1960 | 1970 | 1975 |
| unter 10 | 34,4 (1,3) | 44,8 (2,4) | 51,2 (3,1) | 52,3 (2,8) |
| 10 – 100 | 51,0 (15,3) | 44,7 (19,0) | 39,3 (20,4) | 37,9 (18,6) |
| 100 – 1000 | 13,0 (32,5) | 9,4 (34,4) | 8,4 (40,0) | 8,9 (35,9) |
| 1000 – 10000 | 1,5 (31,5) | 0,9 (28,6) | 0,7 (27,2) | 0,8 (28,3) |
| 10000 u. mehr | 0,1 (19,4) | 0,1 (15,6) | 0,0 (12,3) | 0,0 (14,4) |

Die Zahlen in Klammern geben den prozentualen Anteil der Betriebsgrößeklassen an der Gesamtnutzfläche an, die anderen den prozentualen Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe. Von 1950 bis 1975 hat sich die Gesamtzahl der Betriebe um das 2,5fache vermehrt, die Gesamtnutzfläche nur um das 1,4fache.

Von den 5 Mio. Landwirtschaftsbetrieben sind 3,1 Mio. Eigentum, ca. 1 Mio. verpachtet und ebenfalls 1 Mio. besetzt. In Brasilien arbeiten 16 Mio. Menschen in der Landwirtschaft, die Familienangehörigen nicht einbezogen, dies sind über 35% aller Erwerbstätigen. Im Nordosten verdienen 40% der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen weniger als die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohnes (umgerechnet 120 DM). In einem der größten Streiks der letzten Jahre erkämpften 1980 250000 Landarbeiter Lohnerhöhungen. Die Kämpfe der Landarbeiter und Kleinbauern finden zunehmend Unterstützung der Industriegewerkschaften. Die Regierung sieht sich auch unter Druck gesetzt von Teilen der katholischen Kirche, deren ländliche Basisgemeinschaften eine radikale Landreform befürworten.

Ägypten

Keine Trauer um Sadat, aber die Volkskräfte müssen sich erst noch sammeln

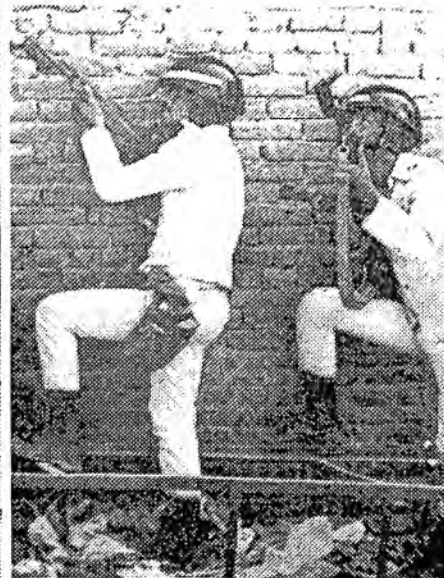
Im Pentagon, wurde aus Washington gemeldet, sei die Nachricht vom Tod Sadats als „Katastrophe“ aufgenommen worden. In gewisser Weise war Sadat tatsächlich für die US-Nahostpolitik unersetzbar. Niemand wird wie er die Politik des Ausverkaufs ägyptischer und gesamtarabischer Interessen mit dem – wenngleich verblästen – Glanz des „Helden der Überquerung“ (des Suezkanals im Oktoberkrieg) im Rücken betreiben können. Und sein Nachfolger Mubarak war nicht wie Sadat durch die Camp-David-Politik von vornherein so kompromittiert, daß ein Kurswechsel einer politischen Bankrotterklärung gleichgekommen wäre. Sowohl der Generalsekretär der arabischen Liga als auch der PLO-Vertreter in Genf äußerten die Hoffnung, Ägypten werde die Gelegenheit nutzen, in die „arabische Familie“ zurückzukehren. Ägyptische Oppositionsführer bo-

schen Luftraum, Waffenlieferungen werden beschleunigt. In wenigen Tagen ist Mubarak damit in die Rolle des „Mannes der USA“ gedrängt worden. Nach innen wurden die im September eingeleiteten Terrormaßnahmen – die das Attentat ausgelöst hatten – noch verschärft. Zusätzlich zu den mindestens 1536 Verhafteten (nach Regierungsangaben) von Anfang September sind bis zum letzten Wochenende weitere 15000 Menschen festgenommen worden. Auf Waffenbesitz steht Todesstrafe, auf Unterlassung der Denunziation Zwangsarbeit. Auf Streik steht schon seit den Januarunruhen 1977 lebenslange Zwangsarbeit.

Wenn auch viele Anzeichen gegen die offizielle Version sprechen, das Attentat sei der persönliche Racheakt eines Leutnants mit einer Handvoll Gefolgsleuten gewesen, so ist es doch außer dem isolierten Aufstandsversuch



Mubarak verspricht Begin, am Separatfrieden festzuhalten. Scharfschützen der Polizei auf der Jagd nach bewaffneten Widerstandskämpfern in Gizeh



ten Mubarak eine gewisse Zusammenarbeit an, wenn nur die jüngsten Massenverhaftungen und Unterdrückungsmaßnahmen rückgängig gemacht würden.

Vorerst haben die US-Imperialisten ihre Hegemonie mit Maßnahmen befestigt, die der Verwandlung Ägyptens in ein amerikanisches Protektorat nahekommen. Die für November geplanten gemeinsamen Manöver werden erheblich ausgeweitet und dabei strategische (zum Abwurf von Atombomben bestimmte) Bomber vom Typ B-52 eingesetzt. AWACS-Flugzeuge mit US-Besatzungen kontrollieren den ägypti-

im oberägyptischen Assiut zu keinerlei revolutionären Massenaktionen gekommen. Sicher, die allseits vermerkte Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung steht in schroffem Gegensatz zu den Szenen verzweifelter Trauer nach dem Tod Nassers, als mehrere Millionen dem toten Präsidenten das letzte Geleit gaben. Aber der Zusammenschluß der Volksmassen auf einem antiimperialistischen Programm steht in den ersten Anfängen; die Unterstützung der besitzenden Klassen für den Kurs Sadats begann erst an deren Rändern (z.B. bei den Rechtsanwälten) zu bröckeln.

Die von Sadat 1974 eingeleitete wirt-

schaftliche „Öffnung“ hat treibhausmäßig die Herausbildung einer ganzen Schicht von Profiteuren gefördert, die immer mehr Züge einer Kompradorenbourgeoisie annimmt. Ursprünglich war das erklärte Ziel der „Öffnung“, Geldkapital aus den arabischen Ölländern nach Ägypten zu ziehen und mit dem Schweiß ägyptischer Arbeiter unter der Kontrolle der ägyptischen Bourgeoisie zu verwerten. Seit dem Separatfrieden mit Israel boykottieren die anderen arabischen Staaten Ägypten wirtschaftlich, während sich eine wahre Flut imperialistischen Kapitals über das Land ergießt und immer größere Teile der Wirtschaft unterwirft. Erst ein vergleichsweise geringer Teil dieses Kapitals wird in Industrie und Landwirtschaft (wo z.B. Pepsi Cola jetzt einer der größten Grundbesitzer ist) angelegt. Die Masse fließt in „Dienstleistungen“, Banken, Tourismus, Handel mit importierten Konsumgütern usw. Eine Schar von einheimischen alten und neuen Bourgeois (unter Nasser enteignete Großgrundbesitzer und Kapitalisten, Manager der Staatskonzerne, höhere Beamte und Offiziere) übernimmt die „Vermittlung“.

In welchen Zustand die produktive Basis der Volkswirtschaft damit versetzt worden ist, zeigen einige Daten: Die Hälfte des Nahrungsmittelbedarfs, drei Viertel des Weizenbedarfs müssen inzwischen importiert werden. Dagegen ist die Ausfuhr von anderen Produkten als Erdöl (wo imperialistische Ölkonzerne 88 Konzessionen halten) *absolut* rückläufig. Die Überweisungen von mindestens 3 Mio. Ägyptern, die im Ausland Arbeit suchen mußten, tragen fast ebensoviel zu den Deviseneinnahmen bei wie die gesamte Ausfuhr.

Der zersetzende Einfluß, der von dem neokolonialen Boom ausgeht, erschwert die erneute Sammlung der Volkskräfte. Mit einer einfachen Rückkehr zur Politik Nassers, wie sie die legale National-Progressistische Union vertritt, ist es nicht getan. Die Krise des Nasserschen Staatskapitalismus und die entwürdigende Abhängigkeit vom Sozialimperialismus waren ja der Boden, auf dem Sadats Kurs erst gedeihen konnte. Die marxistisch-leninistischen Kräfte sind durch jahrzehntelange Verfolgung dezimiert. Unter diesen Umständen hat sich die Moslembruderschaft, die den spontanen Widerwillen der verelendeten Massen gegen die Erscheinungen der „Verwestlichung“ aufgreift, zur anscheinend stärksten und bestorganisierten Kraft der Opposition entwickeln können. Seit jeher ein geschworener Feind der selbständigen Klassenorganisationen des Proletariats, verfügt sie über keinerlei positives Programm zum Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft.

Geschichte und Programm der Moslembruderschaft

„Ich glaube, daß das Geheimnis des Zurückbleibens der Moslems in ihrer Entfernung von der Religion liegt, und daß die Grundlage der Reform in der Rückkehr zu den Lehren des Islam und seinen Urteilen besteht; daß dies möglich ist, wenn die Moslems in diesem Sinn wirken, und daß die Lehre der Moslembrüder dieses Ziel verwirklicht.“ In diesem Glaubensbekenntnis hat Hassan el-Banna, der 1928 die Moslembruderschaft gegründet hatte, seine Ideologie auf eine Kurzformel gebracht. Die Zersetzung der traditionellen – religiösen – Werte und Lebensformen sei nicht unvermeidliche Folge der Unterwerfung durch den Imperialismus, sondern umgekehrt deren Ursache. Folglich könne die Befreiung vom Imperialismus durch eine Rückkehr zu einem – utopisch verklärten – „ursprünglichen Islam“ erreicht werden, statt durch den Sturz der Klassen, auf die sich der Imperialismus in den islamischen Ländern selbst stützt.

Nicht zufällig hat el-Banna daher sein Programm erstmals öffentlich 1936 in einem Brief ausgerechnet an die islamischen Monarchen entwickelt. Agrarreform und Enteignung des ausländischen Kapitals kommen darin nicht vor. Im Interesse der „Einheit“ der Gläubigen sollen alle politischen Parteien aufgelöst werden. Im einzelnen schlägt el-Banna eine Reihe sozialer Reformen (Ausbau des Schul- und Gesundheitswesens, Regierungskontrolle über Löhne und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter usw.) und strikte Durchsetzung des islamischen religiösen Rechts (z.B. gegen Alkohol, Glücksspiel und Tanzen) vor.

Weil sich die Moslembruderschaft scheinbar am radikalsten gegen die Erscheinungen der „Verwestlichung“ wendet, hat sie, selbst überwiegend aus Kleinbürgern bestehend, wiederholt Einfluß auf die verelendeten, aus jedem stabilen Produktionsverhältnis herausgerissenen Massen der Großstädte gewinnen können. Einheiten der Moslembrüder nahmen 1948 am ersten Palästinakrieg teil, 1951 waren sie führend am Guerillakrieg gegen die britischen Besatzungstruppen am Suezkanal beteiligt. Ihre Rolle beim Brand von Kairo 1952, als die Kaffeehäuser, Hotels und Kinos der Imperialisten und ihrer Kompradoren in Flammen aufgingen, wurde nie völlig geklärt.

Nach dem Putsch der „freien Offiziere“ unter Nasser gegen die Monar-

chie veröffentlichte die Bruderschaft im August 1952 zum ersten und letzten Mal ein Programm antiimperialistischer Wirtschaftsreformen: Beschränkung des Großgrundbesitzes, Nationalisierung der Bank von Ägypten, Schließung der Baumwollbörse in Alexandria. Von den Maßnahmen der freien Offiziere unterscheidet sich



dieses Programm nur in einem – bezeichnenden – Einzelpunkt. Die Moslembrüder wollten die Obergrenze für Landbesitz auf 500 feddan (200 ha) festlegen, die 1. Nassersche Agrarreform sah eine Höchstgrenze von 200 feddan vor. Nach einem gescheiterten Attentat auf Nasser wurde die Bruderschaft 1954 verboten, Tausende ihrer Mitglieder inhaftiert. Eine politische Taktik, in der für die Initiative der Massen irgendein Raum gewesen wäre, haben die Moslembrüder nie entwickelt. Ihre politischen Ziele haben sie immer hauptsächlich mit individuellen Terrorakten zu erreichen versucht, und zwar unterschiedslos gegen „korrupte Politiker“ und „gottlose Kommunisten“.

Seit Beginn der 70er Jahre hatte Sadat die Reorganisation der Bruderschaft bewußt gefördert, um v.a. an den Hochschulen linke und nasseristische Tendenzen zu bekämpfen. Mit Duldung des Regimes konnten die Moslembrüder paramilitärische Schlägerbanden aufstellen. Aber Sadats Kalkül, sich durch frömmelische Maßnahmen in Nebenfragen die Gefolgschaft der Moslembrüder zu sichern, ist nicht aufgegangen. Vor allem der Separatfrieden mit Israel hat schließlich zum Bruch geführt.



Polnischer Film

Wajdas Kampf um authentische Berichterstattung über die Geschichte der Arbeiterbewegung

1975 drehte Andrzej Wajda den Film „Der Mann aus Marmor“. Zunächst geplant als Umsetzung des ihm vorliegenden Berichts über den Fall Birkut, einen Stoßarbeiter unter der Regierung von Bierut, der als Stalinist abgesetzt wurde, formt Wajda die Geschichte dieses Arbeiters, der, vom Lande stammend, sich mit großer Begeisterung an die Aufgabe macht, neue Methoden beim Mauern anzuwenden durch die Zusammenarbeit kleiner Kollektive und so eine Steigerung der Produktivkraft im Bauwesen, insbesondere zur Lösung eines brennenden Problems für die Arbeiter, den Bau von Wohnungen, zu erreichen. Zwar wird er von der Branchen- und der Parteiführung ausgenutzt, vorgeführt „wie ein Huhn“, wird er bei einer Schausstellung tätlich angegriffen als einer, der die Normen hochtreibt, aber trotz seiner verbrannten Hände bleibt er dabei, daß er zum Nutzen der Arbeiterklasse arbeiten will.

Durch Einführung einer Person ohne historisches Vorbild, die Studentin Agnieszka, die als Examensarbeit einen Film über Birkut drehen will, gewinnt Wajda den Gesichtspunkt, unter dem er Stellung zur polnischen Geschichte nach dem Ende des 2. Weltkrieges nimmt. Birkut ist verschollen. Nachdem die Studentin sein Marmordenkmal im Schutt des Museums gefunden und Wochenschaustreifen stu-

diert hat, die unter die Zensur gefallen sind, will sie Birkut finden. Leute, die ihn gekannt haben, sind arriviert und gehören zu den Bürokraten, die auf Kosten der Arbeiter etwas geworden sind. Schließlich erfährt sie, daß er beim Aufstand von 1970 in der Nähe der Lenin-Werft erschossen worden ist. Der Schluß des Films ist offen und stellt eine Warnung vor der Zukunft dar, eine Aufforderung an die Regierung, die Zustände, die absehbar die Arbeiter zu neuen Aufständen treiben würden, zu ändern. Die letzten Szenen wurden herauszensiert, der Film konnte nur beschränkt in polnischen Kinos gezeigt werden.

Mit dem Film „Der Mann aus Eisen“ von 1980 wird dieser Schlußteil wieder aufgegriffen. Agnieszka führt ihre Arbeit zu Ende, lernt Birkuts Sohn Tomczik kennen und heiratet ihn. Dieser hatte an den erfolglosen Studentenaktionen teilgenommen. Verbittert hatte er die Weigerung seines Vaters erlebt, diese nicht mit den Aktionen der Arbeiter koordinierten Demonstrationen zu unterstützen, und hatte vom Fenster aus zugehört, wie 1970 die Arbeiter erneut auf die Straße gingen, wobei sein Vater umgebracht wurde. Er gibt das Studium auf und beginnt auf der Lenin-Werft zu arbeiten, bereitet den Streik und die Bildung einer neuen Gewerkschaft vor. Er wird entlassen, er und seine Frau werden verfolgt, aber diesmal ist der Streik erfolgreich

Die Gewerkschaft Solidarität hat Wajda die Möglichkeit verschafft, während des Streiks auf der Werft zu drehen. Sie hat sich so selber Mittel verschafft, über Dokumente ihrer Tätigkeit unabhängig vom staatlichen Fernsehen zu verfügen. Führer der Gewerkschaft wie Walesa spielen in dem Film mit, keine Hauptrollen, aber deutlich wird, daß die Darstellung den Fortschritten der Arbeiterbewegung gilt.

In einem Interview mit der Zeitschrift „Polen“ äußerte sich Wajda über die Absicht, die er mit der Fortsetzung von Birkuts Geschichte verfolgte: „Zunächst waren wir von der Disziplin der Arbeiter beeindruckt, dann von deren Bewußtsein und dem Umstand, daß die Arbeiter für uns, die Intellektuellen, Partei ergriffen, obschon wir so wenig getan haben, um uns für sie ins Mittel zu legen! Schließlich und endlich waren wir verblüfft, daß diese Arbeiter gesiegt haben ... Es soll einen wahren Dialog zwischen der Gesellschaft und der Staatsgewalt geben – nicht nur den Schein eines Dialogs.“ Wajdas Film ist ein Versuch, wahrheitsgemäß über entscheidende Änderungen in der jüngsten polnischen Geschichte zu berichten. Er ist ein Plädoyer für die Zusammenarbeit von Arbeitern und Intellektuellen, um Verhältnisse zu schaffen, in denen die Arbeiterklasse ihre Kräfte entwickeln kann.

Malkos fünfzigste Nummer

Der Erfolg der Malko-Serie, die Büchlein tragen Titel wie ‚Todes-Roulett der Roten Khmer‘ oder, wie das hier besprochene Exemplar, ‚Putsch in Persien‘, ist bloß aus einem allgemeinen Interesse des Publikums an politischen Romanen erklärlich. Malko, Prinz von Linge, schießt nicht gern und trifft nicht immer. Er ist, unterschieden von G-Mann Jerry Cotton, kein Mann vom Fach, sondern von Familie, hat Zugang zu höchsten Kreisen und genießt das Vertrauen höchstgestellter Persönlichkeiten. ‚Putsch in Persien‘ erblickt z.B. den Prinzen von Linge im Besitz eines Schreibens des US-Präsidenten, wonach er über die US-Flotte im Indischen Ozean nach persönlichem Lageeindruck verfügen kann. Er führt 10 Mio. \$ in Hunderterscheinen in einer Aktentasche mit sich. Muß einen Prinzen stören, daß sie dort nie hineinpassen? Der Prinz hält seine Lesergemeinde, gerade weil die Identifikation mit dem Helden nicht möglich ist. Superschneller Schütze könnte man durch fleißiges Üben werden, aber Prinz? Der Blick durch Malkos Augen läßt das Publikum hinter die Kulissen spähen. Daß die Autoren der Serie dort ein Szenario schlecht durchdachter Unwirklichkeit hingepinselt haben, so reaktionär, daß als Gentlemanscherz gilt, einen Bluthund aufs gesamte Hauspersonal abzurichten, ist wahrscheinlich den Geldgebern der Unternehmung zu verdanken, die, wie bei sowas üblich, keiner kennt.

G. de Villiers, Malko, Putsch in Persien, Bd. 50, Cora-Verlag GmbH, Berlin 1981, 4,00 DM

Sehnsucht nach der Besiegung Preußens

Dem Autor gegenüber verspürt man Dankbarkeit, weil er in einem in der Vergangenheit spielenden Science-fiction-Roman die Handlung so führt, daß eine andere Gegenwart herauskommt, und weil er den Leser von der Langweiligkeit erlöst, alle Tricks zu verfolgen, mit denen die Geschichte, wie sie nun mal war, gesichert wird.

1866 wird zum Wendepunkt in der Geschichte des Deutschen Reiches und Europas. Weil ein hoher Beamter des leymärkischen Hofes in München kein Englisch kann, wird statt Waffen eine komplette Truppe in Amerika bestellt,

übriggebliebene Freiheitskämpfer, Nachkommen von ausgewanderten Europäern, Indianer, Schwarze und Mischlinge. Sie sind mit den besten Gewehren der Zeit ausgerüstet. Nicht das aber gibt den Ausschlag für den Sieg der Leyermark über Preußen und den Kanzler Trutz von Donnersmark, sondern die Fähigkeit dieser Truppe, sich mit dem bayerischen Volk zu verbinden, verhaßte Leuteschinder unschädlich zu machen. Gemeinsam fechten sie, bewaffnet bleiben sie, als der König Radwig zum Reichsverweser ernannt ist und der Bundeskongreß in Regensburg tagt. Kraft ihres Prinzips, nicht gegen andere Völker, in diesem Falle gegen das französische, das den III. Napoleon verjagt hat, und nicht gegen die demokratische Republik am Rhein, die sich von den Preußen befreit hat, zu marschieren, wie der neue Mobilmachungsbefehl, erwirkt durch preußische Intrige, verlangt, gelingt es ihnen, genossenschaftlich organisierte Gemeinschaften herauszubilden und in Europa einigend zu wirken, nachdem sie den guten morbiden König losgeworden sind. Er wird im Kyffhäuser, wo er sich von den Preußischen ein Märchenreich geschaffen hat, verschüttet.

Carl Amery, An den Feuern der Leyermark, Heyne-Buch 3835, München 1981, 5,80 DM

Iwan Tschonkin Eine Satire

Der sowjetische Autor Wladimir Woinowitsch ist 1932 in Stalinabad geboren. Er lernt das Tischlerhandwerk, nach drei Jahren Armee arbeitet er als Zimmermann in Moskau. Er holt das Abitur nach und studiert Pädagogik. Er beginnt zu schreiben und erlangt in der



Sowjetunion als begabter junger Prosaiker große Popularität. 1963 bis 1970 schreibt er den Roman „Die denkwürdigen Abenteuer des Soldaten Iwan Tschonkin“. 1974 wird er aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen. Seit wenigen Jahren lebt er in der BRD.

Der Roman über den Soldaten Iwan Tschonkin handelt um 1941 und setzt sich mit dem Beitrag des einfachen Soldaten Tschonkin in der sowjetischen Gesellschaft auseinander. Tschonkin ist auf dem Lande aufgewachsen und mit der landwirtschaftlichen Arbeit vertraut. Als er in die Armee gezogen wird, beginnt für ihn ein schweres Leben. Sture Dienstregeln und lebensferner politischer Unterricht lassen Tschonkin als Trottel erscheinen. Er wird abkommandiert, ein notgelandetes Flugzeug in einem abgelegenen Dorf zu bewachen. Das Flugzeug steht auf dem Grundstück der alleinstehenden Briefträgerin Njura Beljaschowa. Sie hat ein kleines Bauernhaus. Tschonkin freundet sich mit Njura an und verliert schnell seine Scheu und Unsicherheit, die der Militärdienst ihm aufgezwungen hat. Das Flugzeug bewacht Tschonkin nach den Dienstvorschriften und macht sich in Njuras Haushalt und Garten nützlich. Inzwischen hat Hitler die Sowjetunion angegriffen. Tschonkin bewacht immer noch das Flugzeug. In der satirischen Geschichte versuchen Tschonkins Vorgesetzte, ihn mehrere Male von seinem Wachposten abzu ziehen. Tschonkin hält sich strikt an die Dienstvorschriften und läßt keinen an das Flugzeug und sich heran. Der ganze Militärapparat gerät in Durcheinander.

Der Autor beschreibt, daß Tschonkin ein fleißiger und aufgeschlossener Bauer ist, daß Militär und Bürokratie aber nichts mit ihm anzufangen wissen. Der Autor beschreibt das ländliche Leben, die derben Charaktere, wie sie in Auseinandersetzungen mit kulturellen Neuerungen verwickelt werden. Die Geschichte ist eine spannende satirische Geschichte über Schwierigkeiten in der sozialistischen Sowjetunion. Dabei geht es dem Autor nicht um Kritik des Sozialismus, sondern um Unzulänglichkeiten, Bürokratie und Spießbürgertum, die den sozialistischen Fortschritt aufhalten.

Wladimir Woinowitsch, Die denkwürdigen Abenteuer des Soldaten Iwan Tschonkin, Diogenes-Verlag, detebe 195, 8,80 DM

Katholische Soziallehre

Laborem exercens: Papst proklamiert Ewigkeit des Lohnsystems

Bei allen Zugeständnissen an jeweils ganz unabweisbar gewordene Forderungen der Arbeiter und der unterdrückten Völker hatten die Päpste bisher in ihrer Soziallehre den Angelpunkt der kapitalistischen Ausbeutung, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, stets als „Naturrecht“ verteidigt. Die Begründung dafür wurde regelmäßig aus der Erfahrung des mit eigenen Produktionsmitteln arbeitenden (bäuerlichen) Kleinproduzenten geschöpft. Die Verallgemeinerung des so gewonnenen juristischen Eigentumsbegriffs auf nichtarbeitende Kapitalisten war immer etwas halsbrecherisch. Dementsprechend dürftig war, was z.B. Johannes XXIII. den katholischen Lohnarbeitern unter dem Stichwort „breitere Streuung des Eigentums“ zu bieten hatte: „dauerhafte Gebrauchsgüter, Wohnung, Grundstück“ und vielleicht noch Volksaktien. Er wies die offenbar lebhaften Zweifel vieler Katholiken am „Naturrecht“ auf Ausbeutung brüsk ab: „Ein solcher Zweifel ist völlig unbegründet. Denn das Recht auf Privateigentum, auch an Produktionsmitteln, gilt für jede Zeit.“

Jetzt hat Johannes Paul II. die katholische Soziallehre um ein eigenes Rundschreiben „über die menschliche Arbeit“ erweitert. Darin erstaunt der ziemlich laxer Umgang mit dem Eigentumsrecht. Wojtyla läßt es, was in dieser heiklen Frage ganz unüblich ist, mit einer einfachen Erwähnung der Lehre der Vorgänger bewenden. Die Existenz von Eigentum wird aus der Aneignung der Natur durch Arbeit hergeleitet, an deren Beginn das „Geheimnis der Schöpfung“ stehe. Eine historische Analyse spart sich Wojtyla wohlweislich. Dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung durch an der Produktion ganz unbeteiligte Parasiten wäre sonst kaum auszuweichen.

Stattdessen erfahren wir: „Wenn im Lauf des Arbeitsprozesses eine Abhängigkeit aufsteht, so ist es die Abhängigkeit vom Geber aller guten Gaben der Schöpfung und dazu diejenige von anderen Menschen, deren Arbeit und Initiative wir unsere bereits vervollkommenen und erweiterten Arbeitsmöglichkeiten verdanken.“ Daß die kapitalistische Wirklichkeit diesem idyllischen Bild so wenig ähnelt, schiebt der Papst – dem Marxismus in die Schuhe: „Das Zerbrechen dieses vollständigen Bildes, in dem das Prinzip des Primats der Person über die Sachen voll zur Geltung kommt, hat sich im menschlichen Denken (!) vollzogen ... und zwar dergestalt, daß die Arbeit vom Kapital getrennt und beide in einen Gegensatz zueinander gestellt wurden.“

Wojtyla proklamiert als erster Papst die Ewigkeit des Lohnsystems: „Unabhängig davon, ob diese Arbeit mit System des Privateigentums an den Produktionsmitteln geleistet wird oder in einem System, wo dieses Eigentum eine Art ‚Sozialisierung‘ erfahren hat, wird das Verhältnis zwischen dem Arbeitgeber ... und dem Arbeitnehmer durch den Lohn geregelt, durch das gerechte Entgelt für die geleistete Arbeit.“ Die Aufgabe der kleinbürgerlichen Utopien seiner Vorgänger (und ihrer Kritik am Monopolismus) ermöglicht Wojtyla nebenbei die Aussöhnung mit dem revisionistischen Staatsmonopol: „Im Hinblick auf die menschliche Arbeit und den gemeinsamen Zugang zu den Gütern, die dem Menschen zugeordnet sind, ist unter den entsprechenden Bedingungen auch die Sozialisierung gewisser Produktionsmittel nicht auszuschließen.“

Der neue Dreh ist: Die Aufhebung des Privateigentums ist zwar nicht mehr „sündhaft“, aber sie nützt nichts. Damit ist die Eigentumsfrage aus dem Schußfeld und den Katholiken in den revisionistischen Ländern ein breiter Aktionsraum geöffnet. „Wenn also der Standpunkt des ‚strengen‘ Kapitalismus einer ständigen Revision mit dem Ziel einer Reform unter der Rücksicht der Menschenrechte unterzogen werden muß ..., so muß man ... feststellen, daß diese ... Reformen nicht a priori durch eine Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln verwirklicht werden können ... Von Sozialisierung kann man nur sprechen, ... wenn jeder aufgrund der eigenen Arbeit den vollen Anspruch hat, sich zugleich als Miteigentümer der großen Werkstätte zu betrachten.“ Ein schöner „Anspruch“, wo der Papst doch oben das Verhältnis von „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“, d.h. hierarchische Organisation der Arbeit und Trennung von

Hand- und Kopfarbeit für „unabhängig“ vom Gesellschaftssystem erklärt hat!

Nach altbekanntem ökonomistischem Muster ermuntert der Papst die Katholiken zu lebhafter Betätigung auf dem Feld der Lohnpolitik, während der politische Kampf zur Umwälzung der Eigentumsverhältnisse als wenig aussichtsreich abqualifiziert wird. Dazu paßt die – im Gegensatz zu Paul VI. – ganz beiläufige Behandlung der Dritten Welt, die in dem unendlich banalen Satz gipfelt: „Während einerseits beträchtliche Naturschätze ungenutzt bleiben, gibt es andererseits Scharen von Arbeitslosen und Unterbeschäftigten und ungezählte Massen von Hungernen, eine Tatsache, die zweifelsfrei bezeugt, daß im Innern der einzelnen politischen Gemeinschaften wie auch in den Beziehungen zwischen ihnen ... hinsichtlich der Organisation der Arbeit und der Beschäftigung irgend etwas nicht funktioniert, und zwar gerade in den entscheidenden und sozial wichtigsten Punkten.“

„Der unvergessene Krieg“

Reaktion warnt vor „Desorientierung“ durch Filmserie

Vor der Ausstrahlung der ersten Folge der 15teiligen Dokumentarserie „Der unvergessene Krieg“ warnte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Röhner: „Ich befürchte eine schwere politische Desorientierung und eine ... demoralisierende Wirkung für unsere Bevölkerung.“ Der Herr CSU-Politiker muß sich fragen lassen: Wenn er durch die Dokumentation des barbarischen Wütens der faschistischen Armee gegen die Sowjetunion die „Desorientierung“ befürchtet, welche *Orientierung* betreibt er? Wenn er durch die Dokumentation der Niederlage des deutschen Imperialismus gegen die Rote Armee und die Völker der Sowjetunion unter Führung der Kommunistischen Partei und J. Stalins „demoralisierende Wirkung“ befürchtet, für welche *Moral* trottelt er?

Röhners Gesinnungsfreunde in Zeitung, Funk und Fernsehen verstanden „Warnung“ und Aufforderung wohl. Selten ist eine Fernsehserie, die dazu noch zu so später Stunde ausgestrahlt wird, daß viele sie nicht anschauen können, von dermaßen viel „Aufklärung“ begleitet worden, der wiederum kaum jemand ausweichen kann; „Aufklärung“ darüber, „wie es wirklich war“, so „Bild am Sonntag“.

Und das war nämlich z.B. so: „Die mehr als eine halbe Million Leningrader Frauen, Männer und Kinder, die verhungerten oder von Granaten erschlagen wurden, waren Opfer, Opfer des Krieges – so wie die Männer, Frauen und Kinder von Hiroshima und Nagasaki, von Dresden, Breslau oder Rotterdam. Will man den Krieg an den Pranger stellen, so sind dies die wirksamsten Exempel.“

Wie wollte er nicht „den Krieg an den Pranger stellen“, dieser Paul Carell, den „Bild am Sonntag“ Woche für Woche als „erfolgreichsten Militärschriftsteller“ präsentiert und der also wissen muß, „wie es wirklich war“! Denn wer trägt die Verantwortung für den Tod von nicht einer halben, sondern eher einer Million Leningrader, wenn nicht „der Krieg“, dieses schreckliche Unglück, das niemand will und das überall seine Opfer sucht? Doch: „... diese Folgerung, diese Lehre wird in der TV-Serie ‚Der unvergessene Krieg‘ ... nicht gezogen. Es geht allein um die Schuld von uns Deutschen. Die Schuld der Wehrmacht und ihrer Soldaten, die da als Würger einer Stadt, als Verursacher von Hunger, Tod und Verzweiflung dargestellt werden.“

Die erste Absicht, die Interessen der deutschen Finanzbourgeoisie gründlich zu vertuschen, die diese zur Entfesselung des Weltkrieges trieben, ist damit durchgeführt. Noch aber möchte ein Makel an der „Wehrmacht und ihren Soldaten“ haften, die das Gemetzel an den Völkern der Sowjetunion unbestreitbar veranstalteten, wie die Filmserie im Einzelnen dokumentarisch belegt. Also empört sich der „erfolgreichste Militärschriftsteller“: „kein Wort davon, wie die deutschen Soldaten, Offiziere und Generale wirklich dachten“. Ist es nicht das, was den „deutschen Soldaten. Offizier und General“ auszeichnet und über jeden Verdacht erhebt, daß, mag ihr Auftrag auch hart sein, ihr Gewissen, ihre Gedanken rein bleiben?

Doch ist der zweiten Absicht, die faschistische deutsche Armee reinzuwaschen, damit noch nicht Genüge getan. Ihre Niederlage verlangt eine Erklärung. Denn daß die bewaffneten Arbeiter und Bauern aus eigener Kraft einen hochgerüsteten Gegner besiegten, weil sie ihre eigene, sozialistische Ordnung zu verteidigen hatten, darf nicht sein, zumal die Propaganda der deutschen Imperialisten und ihrer westdeutschen Erbfolger ja das Bild einer sowjetischen Bevölkerung zeichnet, die immer schon und damals erst recht ihre „Befreiung“ erschnit habe.

„Hitlers Feldherrnfehler bewahrten Leningrad vor dem Fall“, weiß Carell, und man sieht die damalige Generalität in ihren Befehlsständen und den heutigen „Militärschriftsteller“ an seinem Schreibtisch angesichts „strategischer und operativer Fehlentscheidungen“ förmlich die Fäuste ballen. Der wirklich „katastrophale Irrtum“ aber lag – in der Unterschätzung der sowjetischen Führung, die nach Carells langatmigen Schilderungen vor keiner Brutalität und sogar vor der Erschießung aller „russischen Zivilisten, die von den Deutschen vor sich her nach Leningrad getrieben werden“, nicht zurückschreckte, um sich zu behaupten. Die „Katastrophe“ nahm ihren Lauf: Die „Befreiung“ der Sowjetunion vom Sozialismus, die Versklavung ihrer Völker, die Neuordnung Europas unter der Vorherrschaft Deutschlands scheiterte – damals.

„Ist das die für uns heute gültige Wahrheit aus Leningrad?“, beschließt Carell die Folge und läßt die Frage offen. Der „Blitzkrieg“ der deutschen Imperialisten scheiterte vor Moskau, vor Leningrad und in Stalingrad, den Zentren des revolutionären Proletariats der Sowjetunion und damit des Widerstandes gegen die faschistischen Aggressoren. Dieses Scheitern beunruhigt die Finanzbourgeoisie bis auf den heutigen Tag.

Die Imperialisten kritisieren die Niederlage, die Kriegsziele verfolgen sie weiter

Seit ihrem letzten verlorenen Krieg haben die westdeutschen Imperialisten immer wieder betont, wie Hitler den Krieg gegen die Sowjetunion geführt habe, sei die Niederlage unvermeidlich gewesen. Hat die deutsche Bourgeoisie diesen Krieg gegen die SU als ungerechten Krieg geächtet? Wie hätte sie! Denn die Ziele, für die die Nazi-Wehrmacht marschierte, das waren ihre eigenen, seit Jahrzehnten angestrebten: Rohstoffe, Boden, Arbeitskräfte. Ihren Krieg verloren die deutschen Imperialisten, und ihre Geschichtsschreiber stellten fest: so nicht.

„Die Schuld an der Niederlage trägt Hitler. Nicht nur bei Stalingrad, sondern auch vorher und nachher macht er verhängnisvolle Fehler in der militärischen Führung. Vor allem aber treibt seine *unsinnige* Politik in den eroberten Ostgebieten die Bevölkerung schließlich zu schärfstem Widerstand. Als die Baltenvölker und Ukrainer, aber auch viele Russen, die den Bolschewismus hassen, mitkämpfen wollen, stößt Hitler sie zurück. Er denkt auch nicht daran, die von den Sowjets errichtete Ordnung zu stürzen und eine großzügige Befreiungspolitik zu treiben.“ So lautet der Unterrichtsstoff, den die Kultusministerien in den Gymnasien durch „Kletts geschichtliches Unterrichtswerk“ verbreiten lassen. Wie „großzügig befreit“ darf es denn sein?

„Einen Gürtel freier Republiken unter deutscher Militärverwaltung zu schaffen“, hätte nach Kletts „Grundriß der Geschichte“ Hitlers Aufgabe sein müssen. Und in dem Vorfilm zu der Serie behauptete denn der Kommentator auch: „Wenige Wochen gab es tatsächlich Blumen für die Deutschen.“

In der Zusammenfassung zu der Dokumentensammlung „1939 – 1945. Der zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten“ bedauert der Herausgeber H.A. Jacobsen: „... hatte die politische Führung Deutschlands keinerlei Pläne ausgearbeitet, – ‚von der Ausrottung Unerwünschter abgesehen‘ – Rußland mit Hilfe der Russen zu besiegen und das Land vom bolschewistischen System zu befreien. Vielmehr leitete die *nationalsozialistische* Besatzungspolitik mit ihren Theorien vom Rasse- und Lebensraum jene verhängnisvolle Entwicklung im Osten ein, die schließlich entscheidend zur deutschen Niederlage beitrug.“

So neu wiederum ist die Behauptung über die angeblich herbeigewünschte „Befreiung“ durch die deutsche Wehrmacht nicht. Es ist die Propagandathese, die Goebbels in der Anweisung vom 15.2.1943 an die Reichspropagandaleiter festlegte: „Man kann diese Menschen der Ostvölker, die von uns ihre Befreiung erhoffen, nicht als Bestien, Barbaren usw. bezeichnen und dann von ihnen Interesse am deutschen Sieg erwarten ...“

Demgegenüber ist bei allen sich bietenden Gelegenheiten der Freiheitswille, der Kampfwille gegen das bolschewistische Terror-

regiment, wie er die von den Sowjets unterdrückten Völker be-
seelt, ihr Soldatentum, sowie ihre Arbeitswilligkeit hervorzuhe-
ben.“

Was waren die Ziele, für die die Naziwehrmacht die SU über-
fiel? Schon 1933 hatte Hitler in einer Besprechung mit den Be-
fehlshabern der Reichswehr als Ziel angegeben: „Eroberung neu-
en Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germani-
sierung“. In einer Denkschrift der Reichsgruppe Industrie vom
1.8.1940 heißt es: „Der Wirtschaft im kommenden europäischen
Großraum wird . . . von der politischen Führung eine große Fülle
von Aufgaben gestellt werden, die u.E. nur durch eine entspre-
chend große Zahl von Arbeitskräften zu bewältigen ist. Es ist der
Gedanke ausgesprochen worden, für die Vielzahl der einfachen,
untergeordneten und primitiv erscheinenden Arbeiten nicht-
volksdeutsche Arbeitskräfte zu verwenden, vielmehr sollen solche
Arbeiten ausschließlich von Angehörigen sogenannter Hilfsvöl-
ker (vorwiegend Slawen usw.) ausgeführt werden. Dem volks-
deutschen Arbeiter soll eine gehobene, qualitativ wertvollere
Arbeitsleistung vorbehalten bleiben.“

Der Leiter der Auslandsabteilung des Otto-Wolff-Konzerns
schrieb, worauf es der Eisen- und Stahlindustrie ankam: „Mit der
fortschreitenden militärischen Besetzung russischen Gebietes ist
bekanntlich beabsichtigt, eine weitverzweigte wirtschaftliche Or-
ganisation aufzuziehen. Für den Bereich Eisen und Stahl sind für
die im ganzen vorgesehenen vier Verwaltungsbezirke (Leningrad,
Moskau, Kiew und Kaukasus) folgende leitende Persönlichkeiten
vorgesehen: 1. für Leningrad, Herr Direktor Korschan (Krupp
AG); für Moskau, Herr Direktor Gärtner (Reichswerke Hermann
Göring); 3. für Kiew, Herr Direktor Dr. vom Bruck (Hoesch); 4.
für Kaukasus (noch unbesetzt). Das weitaus wichtigste Gebiet
stellt die Ukraine mit einer Erzförderung von 22 Millionen Ton-
nen Eisenerz, 1,8 Millionen Tonnen Manganerz, einer Stahlpro-
duktion von 12 Millionen Tonnen und etwa 35 wichtigen Hoch-
ofen- und Walzwerken dar.“

Sauckel, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, am
20.4.1942: „Es ist daher unumgänglich notwendig, die in den er-
oberten sowjetischen Gebieten vorhandenen Menschenreserven
voll auszuschöpfen. Gelingt es nicht, die benötigten Arbeitskräfte
auf freiwilliger Grundlage zu gewinnen, so muß unverzüglich zur
Aushebung derselben bzw. zur Zwangsverpflichtung geschritten
werden.“ Am 30.9.1944 mußten 7,5 Millionen Ausländer und
Kriegsgefangene für das reichsdeutsche Kapital schuften.
Sauckel: „Die Arbeitskraft dieser Leute muß in größtem Maße
ausgenutzt werden.“

Die westdeutschen Imperialisten kritisieren, wie die Kriegsziele
verfolgt wurden. Die Ziele selbst haben sie nicht geändert. Bei
der weiteren Verfolgung dieser Ziele stoßen sie jetzt auf Wider-
stand. Sie haben daraus die Lehre gezogen, den Widerstand zu
zermürben. Von der Feststellung: „Nicht überfallen werden wie
Rußland 1941“ soll es direkt weitergehen zur Zustimmung zu
weiterer Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Der Staatssekretär
im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft Granzow
propagiert im Zusammenhang der Fernsehserie den NATO-Auf-
rüstungsbeschluß: „Der Blick auf das Grauen und Leid des Krie-
ges kann uns bei den Anstrengungen helfen, den Frieden in dieser
gefährdeten Welt sicherer zu machen. Die rationale Bemühung
um die Herstellung und Wahrung des Gleichgewichtes zwischen
den großen Blöcken wird dann . . . begreiflicher.“ (W.u.M.
3/81).

In den Debatten, die über diesen Film geführt werden, wird oft
richtig festgestellt, daß die Nazi-Wehrmacht entgegen den Aus-
sagen der Nazi-Generäle Kriegsverbrechen begangen hat. Es ge-
nügt nicht, die Verbrechen des Krieges anzugreifen. Es ist not-
wendig, sich mit den Kriegszielen des letzten Krieges auseinander-
zusetzen, weil die Bourgeoisie ihre Ziele nicht geändert hat und
die Revision der Ergebnisse des Krieges versucht. Deswegen ist es
gut, die Filmserie anzusehen. Denn mit der Kritik des Aufrüs-
tungsbeschlusses und der jetzigen Kriegsvorbereitungen kommt
man nur weiter, wenn man die Kriegsziele angreift.

Eine gute Hilfe, den imperialistischen Charakter dieses Krieges und die Ziele des
deutschen Kapitals kennenzulernen, sind die Dokumente, die in dem Buch „Der
Krieg im Osten 1941 – 1945“ und in „Demokratische Erziehung“, Unterrichtsein-
heit Heft 10, beide im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1981, nachgelesen werden kön-
nen. Weitere Literatur: M. Eickhoff, Der unvergessene Krieg, Verlagsgesellschaft
Schullernsehen, Köln 1981, enthält den Text der „Historischen Stichworte“. H.A.
Jacobsen, 1939 – 1945, Der zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darm-
stadt 1961. R. Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Pahl-
Rugenstein, 1977. Dokumentation der Vorbereitungsstatistik zu „Der unvergessene
Krieg“, hrsg. von WDR-Pressestelle, Köln 1981. Weiterbildung und Medien 3/81,
Verlag Volker Spiess, Westberlin, enthält u.a. eine Übersicht von Filmen zum The-
ma.

Geschichte der Werkzeugmaschinen:

Auch kein Ruhmesblatt für die deutsche Bourgeoisie

Der Rowohlt Taschenbuchverlag hat eine Sachbuchserie „Zur
Kulturgeschichte der Naturwissenschaften und der Technik“ her-
ausgegeben. Sie ist im Rahmen zweier Projekte am Deutschen
Museum in München entstanden. Die Entwicklungsarbeit für die
Buchserie ist mit Mitteln des Bundesministers für Bildung und
Wissenschaft und der Stiftung Volkswagenwerk gefördert. Im
Rahmen dieser Serie ist auch das Buch „Bohren, Drehen, Fräsen.
Geschichte der Werkzeugmaschinen“ veröffentlicht. Absicht des
Autors ist es, die „Geschichte des Werkzeugmaschinenbaus nicht
als eine Ansammlung von Entwicklungslinien verschiedener Zer-
spanungsverfahren zu verstehen, sondern als einen Prozeß, der
von den Spannungen und Wechselwirkungen zwischen Politik,
Wirtschaft und Technik bestimmt wird.“

In der zeitlichen Abfolge bildet die Beschreibung der Bohr- und
Drehapparate des mittelalterlichen Handwerks den ersten
Schwerpunkt. Ein zweiter Schwerpunkt, der den eigentlichen
Hauptteil bildet, wird mit der Darstellung der Rolle der Werk-
zeugmaschinen innerhalb der industriellen Revolution gesetzt.
Darin wird unter anderem herausgearbeitet, daß die Verbindung
der städtischen Handelsbourgeoisie und des zünftigen Handwer-
kertums mit dem Adel gegen die unterdrückten Volksklassen in
den Bauernkriegen die industrielle Revolution in Deutschland
und damit die Entwicklung der Werkzeugmaschinen um Jahr-
hunderte zurückwirft. Folgerichtig beginnt mit der Erfindung des
Kreuzsupports für die Drehmaschinen durch den Engländer
Maudslay der eigentliche Werkzeugmaschinenbau, da hier „das
Bürgertum auch die politische Macht“ hatte. „Diese mechani-
sche Vorrichtung ersetzt nicht irgendein besonderes Werkzeug,
sondern die menschliche Hand selbst“. (K.Marx, Das Kapital,
Bd.I, S.406) Diese Erfindung revolutionierte die Herstellung der
Dampfmaschine, die es ja schon vor der Entwicklung der dop-
peltwirkenden Niederdruckdampfmaschine durch J.Watt (1784)
gab. Erst diese universell einsetzbare, von allen Schranken der
menschlichen Kraft befreite Bewegungsmaschine ermöglichte die
Herausbildung der großen Industrie und damit die Produktion
von Werkzeugmaschinen durch Werkzeugmaschinen.

Die Entwicklung in England, USA und Deutschland wird ge-
trennt betrachtet. In den USA werden unter dem Zwang, in den
Unabhängigkeitskriegen Waffen produzieren zu müssen, 1818
die ersten Fräsmaschinen konstruiert. Mit ihnen war die maschi-
nelle Bearbeitung von ebenen Flächen mit einer für die Aus-
tauschbarkeit genügenden Genauigkeit möglich. Ohne diese
Technologie hätte es keine ausreichende Waffenproduktion, vor
allem aber keine Ersatzteileproduktion für Waffen gegeben.

Die deutschen Kapitalisten versuchten zunächst, durch Heim-
und Verlagsindustrie, das heißt durch besonders brutale Ausbeu-
tung, der Konkurrenz vor allem der englischen Textilfabriken zu
entgehen. Allerdings: „Auch durch die Niedriglöhne war der
Zwang zur Modernisierung nicht aufzuhalten. Als Folge dieser
ersten Strukturkrise der jungen deutschen Industrie kam es 1844
zu den Weberaufständen in Schlesien.“ Einen wirklichen Durch-
bruch gab es erst nach der bürgerlichen Revolution von 1848, die
„an der Uneinigkeit der revolutionären Schichten scheiterte“. Die
„Uneinigkeit“ bestand jedoch darin, daß die Bourgeoisie in
einem Bündnis mit dem Adel Morgenluft witterte. Jedenfalls,
„die jetzt im Sinne der vermögenden Bevölkerungsschichten sta-
bilisierten politischen Verhältnisse sowie der Ausbau des inner-
deutschen Marktes – durch eine gegen England und Frankreich
gerichtete Zollpolitik und die Ausweitung des Eisenbahnnetzes –
vergrößerten die Investitionsbereitschaft.“

Im dritten Abschnitt behandelt der Autor die Entwicklung des
Werkzeugmaschinenbaus nach der Jahrhundertwende. Hier be-
schränkt er sich „auf die Beschreibung der technischen Entwick-
lungslinie“. Dies führt, wahrscheinlich ganz im Sinne der Förde-
rer des Projektes, zu einer Beweihräucherung von „Made in Ger-
many“. Trotzdem ist das Buch nicht zuletzt wegen seiner vielen,
sorgfältig beschriebenen Illustrationen von historischen und mo-
dernen Maschinen ziemlich interessant. Eine Zeitliste erleichtert
die Bewertung der Darstellungen.

„Bohren, Drehen, Fräsen. Geschichte der Werkzeugmaschinen.“ Rowohlt, Reihe
Sachbuch; 9,80 DM.

Haushaltseinkommen aus Netto-lohn und aus Transferleistungen

Einen Lohnabhängigenhaushalt aufzustellen, auf dessen Einnahmeseite die gesamte verwirrende Vielfalt der Transferleistungen sichtbar und zählbar wird, ist schwierig, vor allem, wenn das konkrete Beispiel nicht ganz exotisch ausfallen soll. Die kleine Auswahl, die wir in der nebenstehenden Rechnung getroffen haben, zeigt aber trotzdem Interessantes. Von 1980 auf 1981 sank zwar bereits das kaufkräftige Einkommen dieser Familie aus Lohn, aber der Posten Zuweisungen aus dem Transfersystem stieg gleichzeitig noch an. Zwar hat der Verlust auf der Netto-lohnseite 441 DM betragen, die Zunahme auf der Transferseite bloß 46,53 DM. Trotzdem mochte der Eindruck entstehen, daß die Kapitalisten zur Senkung des Lohnstandards übergehen, die Regierung jedoch, denn sie beschließt über Umfang und Berechtigung bei den Zuweisungen aus dem Transfersystem, stünde irgendwie auf der Seite der Lohnabhängigen. Die verschiedenartige Richtung der Entwicklung war der Bourgeoisie offenbar ein Dorn im Auge. Jedem erinnere ich die Propagandawelle, die plötzlich von Koalitionspolitikern gegen „das soziale Netz als Hängematte“ und gegen „die Anspruchsmentalität“ in Gang gesetzt wurde.

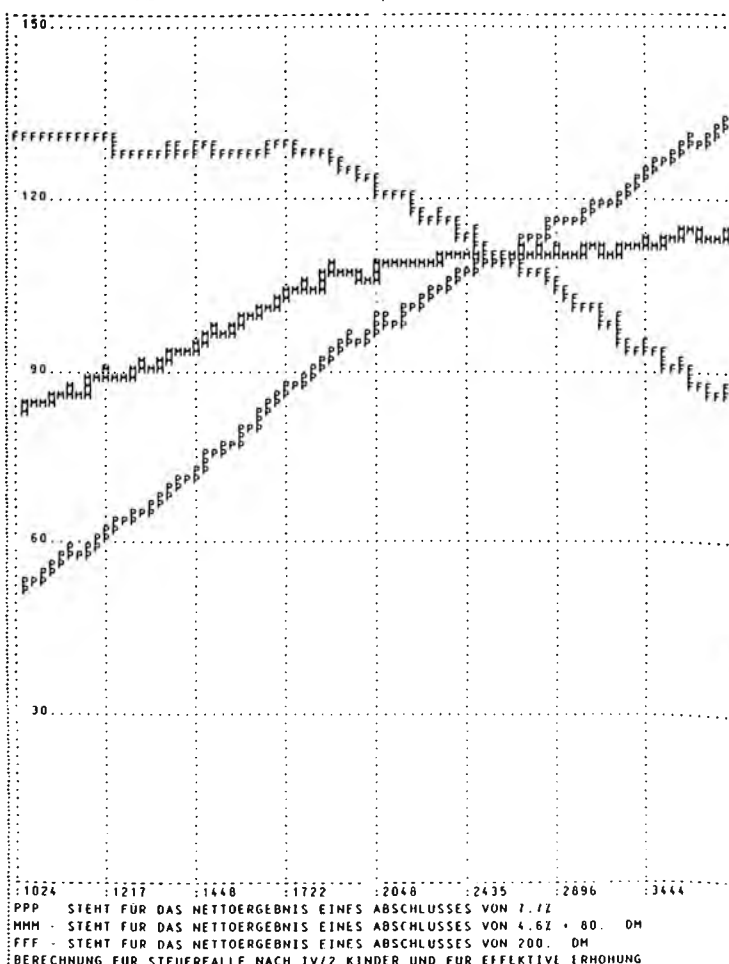
Die Entwicklung, soweit sie sich für 1982 prognostizieren läßt, stellt denn auch alles in den Schatten, was die Kapitalisten für dies Jahr an Lohnstandardminderung erreichen können. Selbst wenn man die Entwicklung des BaFöG in unserem Falle außer Betracht läßt, kommt eine Kaufkraftverlustrate von 24,3% gegenüber 1980 zustande. Eine solche Verlustrate wäre auf der Nettolohnseite noch nicht einmal bei einer völligen „Lohnpause“, d.h. einer Verlängerung der Tarife um weitere 12 Monate möglich. Dies bedeutet: Nach jahrelangem Manövrieren (hier Steuersenkung, um dort schwache Lohnabschlüsse zu erleichtern) zum Zwecke der Entlastung der Kapitalisten im Lohnkampf ist die Situation jetzt neuartig: Die Arbeiterbewegung sieht sich einer geschlossenen Bourgeoisfront gegen „die Anspruchsmentalität“ gegenüber.

Wir haben bereits zu Beginn des Jahres auf die konkreten Ziele hingewiesen, die diese Bourgeoisfront gegen die Arbeiterbevölkerung vertritt: die Abgewöhnung des Urlaubes, vor allem im wettersicheren Ausland, die Unterminierung des Wohnstandards, d.h. die Unmöglichkeit, pro Person ein Zimmer zu haben, und die Unmöglichkeit für viele, ein Auto zu unterhalten. Zu diesen Zielen kommt jetzt aber noch ein weiteres. Die Senkung des BaFöG in unserem Beispielsfall ist dafür Ausweis. Man geht von der wirtschaftlichen Seite gegen die Hoffnung großer Teile der Arbeiterbevölkerung vor, ihrem Nachwuchs eine Schul- und Hochschulausbildung zu ermöglichen. Vermutlich hat man auf der bürgerlichen Seite erkannt, daß ein beachtliches Feld von Lohnsenkungen möglich wird, setzt man in der Arbeiterbevölkerung erst wieder durch, daß ihr Nachwuchs mit spätestens 18 Jahren den Eltern nicht mehr auf der Tasche zu liegen hat, wie es, auch wenn BaFöG gezahlt wird, sonst ja doch der Fall ist für viele.

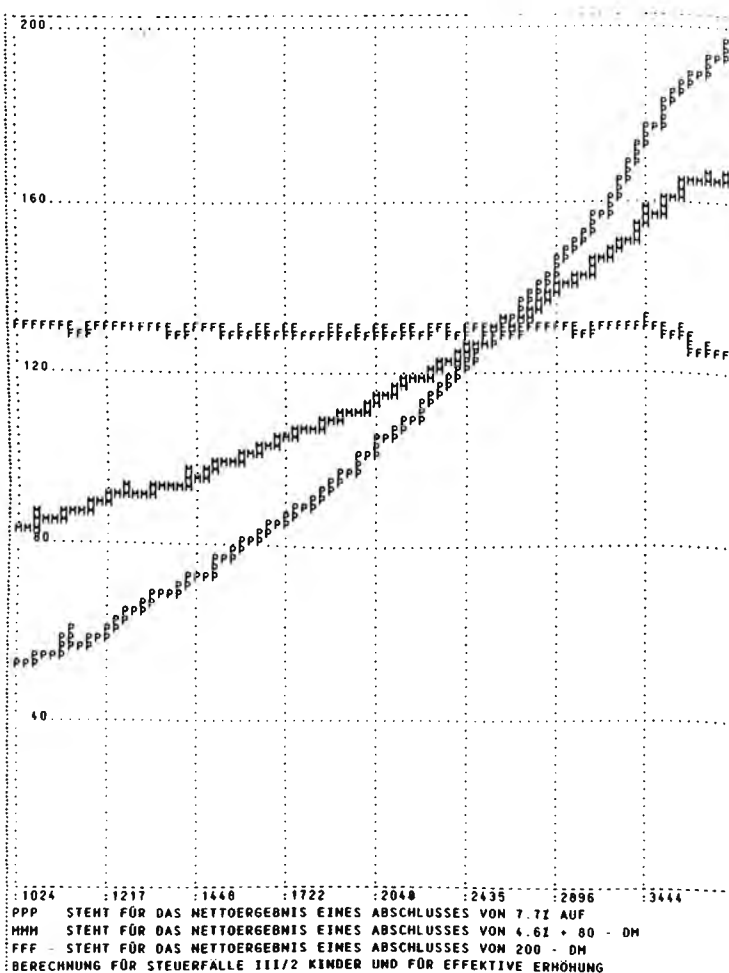
Unserer Meinung nach gebietet gerade das nachweisbare Dasein einer Bourgeoisfront gegen das „Anspruchsdenken“ der Arbeiter den energischen Lohnkampf. Würde für das Jahr 1982, die Verluste auf der Seite der Transferleistungen stehen weitgehend fest, wenigstens ein umgekehrter Effekt erzielt, als von 1980 auf 1981 der Fall gewesen ist, d.h. Rückgewinnung der Kaufkraft des Nettolohnes, wie sie 1980 bestanden hat, eine erfreuliche Rückwirkung nicht nur auf die Haushaltskassen der Lohnabhängigen, sondern auch auf die öffentliche Meinung wäre ziemlich sicher. Der gegenwärtige Fortschritt der Reaktion beruht ja zum großen Teil darauf, daß die bürgerlichen Klassen die Arbeiterbewegung für leicht zu bändigen halten.

Der Kündigungstermin der Tarife für die großen Gewerke rückt näher. Es wird Zeit, sich über Art und Umfang der aufzustellenden Forderung Gedanken zu machen. Die nebenstehenden Schaubilder zeigen den Nettoertrag verschiedener Lohnforderungen

Nettoergebnis verschiedener Erhöhungen des Effektivlohns, Steuerklasse IV



Nettoergebnis verschiedener Erhöhungen des Effektivlohns, Steuerklasse III



Entwicklung der Einnahmen des Arbeiterhaushaltes 1980 – 1982

Modellrechnung: 4-Personen-Haushalt; beide Elternteile berufstätig (Metallarbeiter NRW Maschinenbau LG I, Metallarbeiterin Elektroindustrie LG III); Steuerklasse IV/2; 1 Kind FHS-Student, 1 Kind unter 15 Jahre

| | | Monatslohn Mann ¹ | | Monatslohn Frau ¹ | | Familieneink. aus Lohn | | Kindergeld ³ | | Sparprämie ⁴ | | BaFöG ⁵ | | Index 1/80 = |
|---------------------------------------------------------------|-------|---------------------------------|-------|---------------------------------|-------|---------------------------|--------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------|------|-------------------------|-------|--------------------|--------|--------------------|
| | | brutto | netto | brutto | netto | netto | i.Preisen 1/80 ² | nom. | real | nom. | real | nom. | real | 100 |
| (real: Preisindex 1/80 = 100) | | | | | | | | | | | | | | |
| 1980 | Jan. | 2659 | 1749 | 1693 | 1203 | 2952 | 2952 | 150 | 150 | 78,67 | 78,67 | 626,66 | 626,66 | 100 |
| | Febr. | 2659 | 1749 | 1693 | 1203 | 2952 | 2920 | 150 | 148 | 78,68 | 77,81 | 626,66 | 619,84 | 101,1 |
| | März | 2659 | 1749 | 1693 | 1203 | 2952 | 2903 | 150 | 147 | 78,67 | 77,36 | 626,66 | 616,19 | 101,7 |
| | April | 2832 | 1829 | 1775 | 1255 | 3084 | 3015 | 150 | 147 | 78,67 | 76,90 | 626,66 | 612,57 | 102,3 |
| | Mai | 2832 | 1829 | 1775 | 1255 | 3084 | 3003 | 150 | 146 | 78,67 | 76,60 | 626,66 | 610,19 | 102,7 |
| | Juni | 2832 | 1829 | 1775 | 1255 | 3084 | 2985 | 150 | 145 | 78,67 | 76,16 | 626,66 | 606,64 | 103,3 |
| | Juli | 4067 | 2381 | 2640 | 1740 | 4121 | 3985 | 150 | 145 | 78,67 | 76,08 | 626,66 | 606,05 | 103,4 |
| | Aug. | 2862 | 1843 | 1810 | 1277 | 3120 | 3014 | 150 | 145 | 78,67 | 76,01 | 626,66 | 605,47 | 103,5 |
| | Sept. | 3404 | 2087 | 2184 | 1499 | 3586 | 3465 | 150 | 145 | 78,67 | 76,01 | 626,66 | 605,47 | 103,5 |
| | Okt. | 2832 | 1829 | 1810 | 1277 | 3106 | 2995 | 150 | 145 | 78,67 | 75,86 | 626,66 | 604,30 | 103,7 |
| | Nov. | 4248 | 2464 | 2715 | 1776 | 4240 | 4065 | 150 | 144 | 78,67 | 75,43 | 626,66 | 600,83 | 104,3 |
| | Dez. | 2832 | 1829 | 1810 | 1277 | 3106 | 2961 | 150 | 143 | 78,67 | 75,00 | 626,66 | 597,39 | 104,9 |
| Summe Netto-Familieneinkommen aus Lohn (in Kaufkraft 1/80) | | | | | | 38263.- | | Summe Familieneinkommen aus Leistungen aus dem Sozialen Netz (in Kaufkraft 1/80) ohne BaFöG | | | | | | 9979,49 2667,89 |
| 1981 | Jan. | 2793 | 1833 | 1775 | 1248 | 3081 | 2912 | 150 | 142 | 78,67 | 74,36 | 626,66 | 592,31 | 105,8 |
| | Feb. | 2793 | 1833 | 1775 | 1248 | 3081 | 2890 | 170 | 159 | 78,67 | 73,80 | 626,66 | 587,86 | 106,6 |
| | März | 2793 | 1833 | 1775 | 1248 | 3081 | 2871 | 170 | 158 | 78,67 | 73,32 | 626,66 | 584,03 | 107,3 |
| | April | 2849 | 1861 | 1814 | 1273 | 3134 | 2902 | 170 | 157 | 78,67 | 72,84 | 626,66 | 580,24 | 108,0 |
| | Mai | 2930 | 1900 | 1862 | 1303 | 3203 | 2955 | 170 | 157 | 78,67 | 72,57 | 626,66 | 578,10 | 108,4 |
| | Juni | 3250 | 2048 | 2182 | 1500 | 3548 | 3255 | 170 | 156 | 78,67 | 72,17 | 626,66 | 574,92 | 109,0 |
| | Juli | 4223 | 2497 | 2748 | 1811 | 4308 | 3938 | 170 | 155 | 78,67 | 71,91 | 626,66 | 572,82 | 109,4 |
| | Aug. | 2961 | 1915 | 1881 | 1315 | 3230 | 2942 | 170 | 155 | 78,67 | 71,65 | 626,66 | 570,73 | 109,8 |
| | Sept. | 3592 | 2212 | 2315 | 1578 | 3790 | 3436 | 170 | 154 | 78,67 | 71,32 | 285,38 | 258,73 | 110,3 |
| | Okt. | 2931 | 1899 | 1881 | 1315 | 3214 | 2898 | 170 | 153 | 78,67 | 70,94 | 285,38 | 257,33 | 110,9 |
| | Nov. | 4397 | 2572 | 2822 | 1848 | 4420 | 3961 | 170 | 152 | 78,67 | 70,49 | 285,38 | 255,72 | 111,6 |
| | Dez. | 2931 | 1899 | 1881 | 1315 | 3214 | 2862 | 170 | 151 | 78,67 | 70,05 | 285,38 | 254,12 | 112,3 |
| Summe Netto-Familieneinkommen aus Lohn (in Kaufkraft 1/80) | | | | | | 37822.- | | Summe Familieneinkommen aus Leistungen aus dem Sozialen Netz (in Kaufkraft 1/80) | | | | | | 8381,33 |
| Verlust gegenüber 1980 | | | | | | 441.- = 1,2% | | Verlust gegenüber 1980 | | | | | | 1598,16 = 16% |
| | | | | | | | | Familieneink. aus Soz. Netz (o. BaFöG) | | | | | | 2714,42 |
| | | | | | | | | Gewinn gegenüber 1980 | | | | | | 46,53 = 1,8% |
| 1982 | Jan. | 2891 ^u | 1890 | 1845 | 1295 | 3185 | 2816 | 150 | 133 | 45,25 | 40,00 | 285,38 | 252,33 | 113,1 |
| | Feb. | 3064 | 1973 | 1956 | 1365 | 3338 | 2931 | 150 | 132 | 45,25 | 39,73 | 285,38 | 250,55 | 113,9 |
| | März | 3064 | 1973 | 1956 | 1365 | 3338 | 2915 | 150 | 131 | 45,25 | 39,52 | 285,38 | 249,24 | 114,5 |
| | April | 3064 | 1973 | 1956 | 1365 | 3338 | 2898 | 150 | 130 | 45,25 | 39,28 | 285,38 | 247,73 | 115,2 |
| | Mai | 3064 | 1973 | 1956 | 1365 | 3338 | 2888 | 150 | 130 | 45,25 | 39,14 | 285,38 | 246,87 | 115,6 |
| | Juni | 3064 | 1973 | 1956 | 1365 | 3338 | 2878 | 150 | 129 | 45,25 | 39,00 | 285,38 | 246,02 | 116,0 |
| | Juli | 4435 | 2587 | 2914 | 1901 | 4488 | 3856 | 150 | 129 | 45,25 | 38,87 | 285,38 | 245,17 | 116,4 |
| | Aug. | 3097 | 1989 | 1995 | 1389 | 3378 | 2895 | 150 | 129 | 45,25 | 38,77 | 285,38 | 244,54 | 116,7 |
| | Sept. | 3766 | 2291 | 2455 | 1661 | 3952 | 3372 | 150 | 128 | 45,25 | 38,61 | 273,10 | 233,02 | 117,2 |
| | Okt. | 3066 | 1974 | 1995 | 1389 | 3363 | 2855 | 150 | 127 | 45,25 | 38,41 | 273,10 | 231,83 | 117,8 |
| | Nov. | 4599 | 2656 | 2993 | 1940 | 4596 | 3888 | 150 | 127 | 45,25 | 38,28 | 273,10 | 231,05 | 118,2 |
| | Dez. | 3066 | 1974 | 1995 | 1389 | 3363 | 2826 | 150 | 126 | 45,25 | 38,03 | 273,10 | 229,50 | 119,0 |
| Summe Netto-Familieneinkommen aus Lohn (in Kaufkraft 1/80) | | | | | | 37018.- | | Summe Familieneinkommen aus Leistungen aus dem Sozialen Netz (in Kaufkraft 1/80) | | | | | | 4716,49 |
| Verlust gegenüber 1980 | | | | | | 1245.- = 3,3% | | Verlust gegenüber 1980 | | | | | | 5263.- = 52,7% |
| | | | | | | | | Familieneink. aus Soz. Netz (o. BaFöG) | | | | | | 2018,64 |
| | | | | | | | | Verlust zu 1980 | | | | | | 649,25 = 24,3% |

Anmerkungen: 1) Bruttolöhne errechnet aus der Effektivlohnstatistik unter Ein-
schluß der dort nicht erfaßten tariflichen Sonderzahlungen. Ab Mai 81 4,9% ef-
fektive Lohnerhöhung angenommen, ab Februar 82 6% (vergl. Pol. Ber. 21/81,
S. 38f). – 2) Index der Preissteigerungsrate für Lebenshaltungskosten umbasiert
auf Jan. 80 = 100. Annahme, daß Inflationsrate bis Ende 81 auf 7% steigt und bis
Ende 82 auf 6% fällt. – 3) Kindergeld für das 2. Kind ab Febr. 81 von 100 auf 120
DM erhöht; soll nach Regierungsbeschluß ab Jan. 82 wieder auf 100 DM gekürzt
werden. – 4) Setzt sich zusammen aus 20% Wohnungsbauprämie (18% + 2% für
ein Kind unter 18) auf den jährlichen Höchstbetrag von 2848 DM bei Doppelver-
dienern (= 47,47 DM monatlich) sowie der Arbeitnehmer-Sparzulage von 30%
auf 2 mal 624 DM jährlich (= 31,20 DM monatl.) zusammen. Nach dem Subven-

tionsabbaugesetz von 1981 Streichung der Doppelförderung durch Sparzulage
und Wohnungsbauprämie sowie Senkung der Wohnungsbauprämie von 18 auf
14%. Nach den Haushaltsbeschlüssen der Regierung soll außerdem die
Arbeitnehmer-Sparzulage von 30 auf 23% bei Bausparverträgen gekürzt werden.
– 5) FHS-Student mit vorherigem Lehrabschluß; mit Wirkung ab 1.8.81 ist durch
Gesetz die bisher bei diesen Fällen anzuwendende Verdoppelung der Freibeträge
gestrichen und gelten bis auf Eltern- und Doppelverdiener-Freibetrag (jetzt 150%)
die normalen Sätze. Ferner gehen in die drastische BaFöG-Kürzung der Sozialpau-
schale von 19 auf 18% sowie die 1981 nicht erfolgte BaFöG-Anpassung ein. 150
DM jeweils Darlehen.

Breschnew-Schmidt-Gespräch

Schwer zu sagen, wer schmieriger intrigiert



CDU/CSU-Konjunkturankurbelung „Förderung der Leistungsbereitschaft und Investitionsfähigkeit“

Kommende Woche wollen die Wirtschaftsinstitute ihr „Herbstgutachten“ zur konjunkturellen Lage vorlegen. Erneut wird die Arbeiterklasse dann aus „wissenschaftlichem“ Munde zu hören bekommen, daß „Steigerung der Investitionsfähigkeit“ auf Seiten der Kapitalisten, Lohnsenkung und mehr „Leistungsbereitschaft“ auf ihrer Seite der einzige Weg zur Überwindung der

Krise sei. Auf ihrem Bundesparteitag will die CDU/CSU versuchen, die verschiedenen Forderungen der Kapitalisten, wie sie seit Monaten von diesen vorgetragen werden, unter der Losung „Die Soziale Marktwirtschaft erneuern“ zu einem einheitlichen Angriffskonzept gegen die Arbeiterklasse zusammenzufassen. Ihre Vorbilder: Reagan und Thatcher.

Die UdSSR ist Siegermacht des 2. Weltkrieges. Breschnew könnte mit Vorschlägen zur Sicherung der Friedensinteressen der Bevölkerung der BRD wie der Völker des östlichen Europa anreisen. Aber die Repräsentanten des Sozialimperialismus genießen, daß die Ansprüche der BRD vielen Betroffenen ihre Vorherrschaft als Schutz erscheinen läßt. Umgekehrt freut sich Schmidt so weit über das Vorherrschaftstreben der SU, als es die NATO zum Schutzbund verkürt.



Baden-Württemberg

Schülerbewegung kontra schulpolitische Reaktion



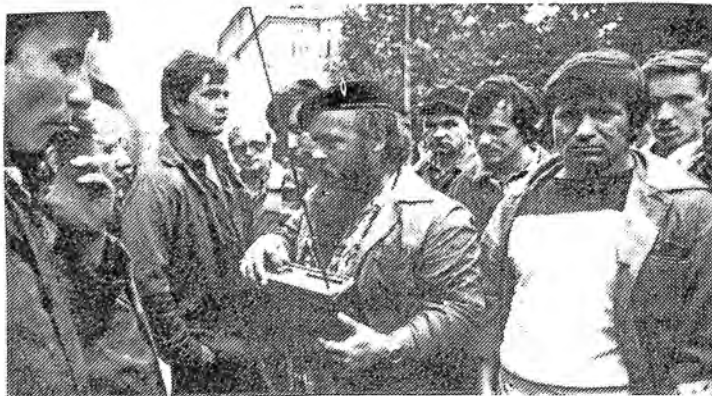
Schürung von Nationalismus, Wehrkunde, religiöse Dunkeltheorien zur Verschleierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, Zementierung der Dreigliedrigkeit des Schulwesens, Verteuerung des Schulbesuchs für die Lohnabhängigen, womit der Geldbeutel die Möglichkeiten der Ausbildung reguliert – das sind Zielpunkte der Reaktion an den Schulen.

Der Stuttgarter Kultusminister versteht sich dabei als Pionier von CDU/CSU. Die DGB-Jugend in Baden-Württemberg hat dagegen eine „Aktion bessere Berufsschulen“ eingeleitet und der Verteuerung des Schulbesuchs den Kampf angesagt. Die Schülerbewegung arbeitet am Aufbau von Vertretungsorganen und bereitet Aktionen vor.

VR Polen

Die Ergebnisse der Kämpfe vom August 1980 sind bedroht

Nach Beendigung ihres ersten landesweiten Kongresses sieht sich die Gewerkschaft „Solidarität“ mit dem Plan des ZK der PVAP konfrontiert, das Abkommen von Gdańsk und das Streikrecht aufzuheben. Kann sie sich einer konzentrierten Aktion der Regierung, der Partei und der sich reorganisierenden Branchengewerkschaften entziehen, oder gelingt es der Regierung, „Solidarität“ die Mitverantwortung für die Krise zuzuschreiben?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,- DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel 0221/ 517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel: 0221/ 517457